



Plenarprotokoll

31. Sitzung

Mittwoch, 31. Mai 2006

Verpflichtung der Abgeordneten

Angelika Birk..... 2127

Bericht zum Verbraucherschutz..... 2128

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/770

Ute Erdsiek-Rave [SPD]..... 2128

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 2130

Torsten Geerds [CDU]..... 2132

Siegrid Tenor-Alschausky
[SPD]..... 2134

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 2136

Lars Harms [SSW]..... 2138

Beschluss: Überweisung an den Sozi-
alausschuss, den Wirtschaftsaus-
schuss, den Europaausschuss und
den Umwelt- und
Agrarausschuss..... 2141

Erste Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes zur Neuordnung von
Amtsgerichtsbezirken..... 2141

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/769

Uwe Döring, Minister für Justiz,
Arbeit und Europa..... 2141, 2153
Thomas Stritzl [CDU]..... 2143
Klaus-Peter Puls [SPD]..... 2144
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 2144, 2151

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2147, 2152	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Anke Spoorendonk [SSW].....	2148, 2153	Drucksache 16/672	
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	2150	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses	
Lothar Hay [SPD].....	2153	Drucksache 16/788	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	2154	Siegrid Tenor-Alschausky [SPD], Berichterstatteerin.....	2165
Pflegewissenschaft und -forschung in Schleswig-Holstein	2154	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2165
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Torsten Geerds [CDU].....	2166
Drucksache 16/780		Siegrid Tenor-Alschausky [SPD].....	2168
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD		Dr. Heiner Garg [FDP].....	2169
Drucksache 16/804		Lars Harms [SSW].....	2169
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2154	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	2171
Torsten Geerds [CDU].....	2155	Beschluss: Annahme des Antrages in der Fassung der Drucksache 16/788.....	2172
Jutta Schümann [SPD].....	2156	Wirtschaftsbericht 2006	2172
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2157, 2164	Bericht der Landesregierung	
Lars Harms [SSW].....	2159	Drucksache 16/779	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2160	Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2172, 2187
Jürgen Weber [SPD].....	2160	Johannes Callsen [CDU].....	2175, 2189
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2161, 2163	Bernd Schröder [SPD].....	2177
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2162	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2179
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/780 Absatz 1		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2182
2. Überweisung des Antrages Drucksache 16/780 Absatz 2 und des Antrages Drucksache 16/804 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss.....	2164	Lars Harms [SSW].....	2184, 2190
Weißbuch „Kommunikationspolitik“	2165	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	2190
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD		Weißbuch „Kommunikationspolitik“	2190
Drucksache 16/793		Antrag der Fraktionen von CDU und SPD	
Beschluss: Tagesordnungspunkt ohne Beschluss unterbrochen.....	2165	Drucksache 16/793	
Gemeinsam gegen Kinderarmut	2165	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	2191
		Manfred Ritzek [CDU].....	2192
		Rolf Fischer [SPD].....	2193
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	2194
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2195
		Anke Spoorendonk [SSW].....	2197

Beschluss: Antrag Drucksache 16/793 durch Berichterstattung der Landesregierung erledigt..... 2198

Keine PKW-Maut auf Autobahnen..... 2198

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/795

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/806

Thomas Stritzl [CDU].....	2198, 2205
Bernd Schröder [SPD].....	2199
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2200
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2201
Lars Harms [SSW].....	2202
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2203
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2204

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrages Drucksache 16/806
2. Annahme des Antrages Drucksache 16/795 in geänderter Fassung..... 2205

* * * *

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt sind Frau Abgeordnete Schlosser-Keichel und Frau Ministerin Dr. Trauernicht. Beiden Kolleginnen wünsche ich von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Abgeordneten Ingrid Franzen und Klaus Müller. Wegen dienstlicher Verpflichtung auf Bundesebene sind Ministerpräsident Carstensen sowie die Minister Dr. von Boetticher und Dr. Stegner beurlaubt.

Meine Damen und Herren, die Abgeordnete Anne Lütkes hat mit Wirkung vom 30. Mai 2006 ihr Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag niedergelegt. Als Nachfolgerin hat der Landeswahlleiter Frau Angelika Birk festgestellt. Frau Birk hat ihr Landtagsmandat heute angenommen.

Frau Birk, ich darf Sie bitten, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen, und bitte die Anwesenden, sich zu erheben. Frau Birk, ich möchte Sie verpflichten und bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir die Eidesformel nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich. - Die Abgeordnete wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete gewissenhaft zu erfüllen, Gesetze und Verfassung zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.)

Frau Birk, ich gratuliere Ihnen und wünsche uns gemeinsam eine erfolgreiche Zusammenarbeit für dieses Land. Herzlich willkommen wieder im Parlament!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 11, 18, 19 sowie 23 bis 25 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 20, 30 und 35. Anträge für eine Aktuelle Stunde oder Fragestunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der

(Präsident Martin Kayenburg)

Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 13. Tagung.

Wir werden heute und morgen und Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist ein Ende der Sitzung gegen 13:30 Uhr zu erwarten, sodass am Freitag eine Mittagspause nicht vorgesehen ist. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, will ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Theodor-Mommsen-Schule aus Bad Oldesloe sowie der Beruflichen Schulen aus Schleswig-Flensburg mit ihren Lehrkräften herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße außerdem unsere ehemaligen Kollegen, Herrn Plüschau, Herrn Poppendiecker und Herrn Professor Wiebe. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ein weiterer Willkommensgruß gilt allen weiteren Gästen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 28 auf:

Bericht zum Verbraucherschutz

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/770

In Vertretung der erkrankten Sozialministerin erteile ich der Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Mittelalter hat man Bäcker, die zu kleines Brot gebacken hatten, an den Pranger gestellt. Das war gewiss eine brutale Form des Verbraucherschutzes, aber sie war von den Bäckerinnungen damals selbst gewollt und wurde von den Verbrauchern begrüßt, weil man verhindern wollte, dass die ehrlichen Bäcker einen Preisnachteil hatten. Im Grunde wurden schon damals die zwei wichtigsten Kriterien des Verbraucherschutzes verfolgt, nämlich Schutz des Verbrauchers vor mangelhafter Ware und Schutz der Wirtschaft vor ruinösen Wettbewerbsbedingungen.

Diese Grundzüge haben sich bis heute nicht geändert. Dennoch ist Verbraucherschutz heute in einer postindustriellen und globalisierten Welt natürlich eine wesentlich umfassendere Aufgabe. Das Ange-

bot an Waren und Dienstleistungen nimmt in rasanter Geschwindigkeit zu und damit eben auch die Schattenseiten, die Fallen, die Nebenwirkungen und die Fußangeln und diese sind für Verbraucher nicht immer ohne weiteres erkennbar.

Gleichzeitig nehmen Umfang und Gewicht **europäischer Regelungen** zu, während parallel immer häufiger auch Deregulierungsstrategien entwickelt werden. Deswegen ist Verbraucherschutz eine umfassende **Querschnittsaufgabe** und dementsprechend haben für diesen Bericht, der unter Federführung des Sozialministeriums entstanden ist, auch das Justizministerium, das Landwirtschafts- und Umweltministerium sowie das Wirtschaftsressort zugeliefert. Dafür danke ich in Stellvertretung der zuständigen Ministerin allen Beteiligten.

(Vereinzelter Beifall)

In dem Bericht geht es zum einen um die so genannten Klassiker des Verbraucherschutzes, also um Verbraucheraufklärung, -information, Ernährungsinformation, gesundheitlichen Verbraucherschutz - Beispiele dafür sind Mogelpackungen und Lebensmittelsicherheit -, zum anderen nehmen der allgemeine und europäische Verbraucherschutz zunehmenden Raum ein. Auch das lässt sich in diesem Bericht ablesen.

Erstens einige Bemerkungen zum **europäischen Verbraucherschutz!** Die rechtlichen Vorgaben werden in Zukunft in noch stärkerem Maße durch die Europäische Union erfolgen, die zum einen eine stetige Liberalisierung der Märkte und zum anderen eine Harmonisierung der Verbraucherschutzregelungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft beabsichtigt. Das heißt, **nationale Regelungen** müssen entsprechend angepasst werden. Deswegen werden die europäische Dimension, die ich eben beschrieben habe, sowie wichtige laufende und geplante Verbraucherschutzformen der Europäischen Union in unserem Bericht abgebildet. Das ist einer der großen Schwerpunkte und ein Wert in diesem Bericht. Damit sind wir vielen anderen Bundesländern einen großen Schritt voraus. Nur Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg sind vergleichbar weit mit einer so umfassenden Darstellung.

Zweitens zum umfassenden Kapitel Verbraucheraufklärung, Verbraucherinformation und Ernährungsinformation! Dieses Kapitel stellt die wichtigsten **Verbraucherschutzinstitutionen** in Schleswig-Holstein vor - das Landeslabor, das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit, die Eichdirektion, die Verbraucherzentrale, das Europäische Verbraucherzentrum, die Deutsche Gesellschaft für

(Ute Erdsiek-Rave)

Ernährung und das Netzwerk Ernährung - und es skizziert mit dem **Verbraucherinformationsgesetz** die aktuelle Rechtslage. An der Zahl und der Verschiedenheit der Institutionen, die mit Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein befasst sind, sieht man, wie umfassend die ganze Problematik ist.

Drittens. Der **allgemeine Verbraucherschutz** erhält aufgrund der aktuellen Entwicklungen in vielen Bereichen ganz besonderes und immer größer werdendes Gewicht. Dabei geht es zum Beispiel um die Themen, die ständig in der Presse diskutiert werden, also um die kostenlose Sperrung teurer Mehrwertdienste für die Handynutzer - dabei gucke ich besonders die jungen Menschen hier oben auf der Tribüne an -, um den Schutz vor Werbeanrufen, vor Spamming, also vor der Versendung unerwünschter Spam-Mails, und vor dem so genannten Phishing, also dem Abfangen geheimer Zugangsdaten für das Online-Banking. Es geht auch um die Patientenrechte und die Gültigkeit von Patientenverfügungen; dies ist ein hoch wichtiges, aber auch umstrittenes Thema. Dann geht es um das Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers auf die Einrichtung eines Girokontos, um Transparenz und Vergleichbarkeit von Versicherungen, um den Schutz vor regionalen Nachteilen etwa bei Versicherungsabschlüssen.

Der vierte Komplex ist der **gesundheitliche Verbraucherschutz**. Er hat gerade in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Vogelgrippe und mit immer wieder auftretenden Lebensmittelskandalen gezeigt, wie absolut unverzichtbar er ist.

Die Prinzipien, bürgernah zu sein, Orientierung zu geben und Bedingungen zu gestalten, gelten für alle Bereiche des Verbraucherschutzes. Sie sind in diesem Bericht abgebildet, sowohl in der Gliederung als auch im Umfang.

Vielleicht kann man diese Prinzipien in einem Satz zusammenfassen und sagen: Verbraucherschutz darf kein Privileg bestimmter Schichten unserer Gesellschaft, also kein Privileg der Gebildeten sein und darf auch keine Frage des Portmonees sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Es muss ein **umfassendes Recht** für alle sein. Verbraucherschutz ist für jeden unverzichtbar. Aufklärung, Orientierung, Hilfestellung sind die Prinzipien. Gerade deshalb sind Sachlichkeit, Neutralität und Wahrheit der Information oberstes Gebot.

Ich glaube, mit diesem Verbraucherschutzbericht wird beides erreicht: zum einen der Schutz des Verbrauchers, also Stärkung der Interessen und Rechte der Menschen, zugleich auch der Schutz der Wirtschaft vor ruinösen Wettbewerbsbedingungen. Des-

wegen wünsche ich diesem Bericht, dass er von allen Bürgerinnen und Bürgern intensiv gelesen und genutzt wird, damit er sozusagen ein Handbuch des Verbraucherschutzes in Schleswig-Holstein wird.

Unser Ziel ist es ja, die Verbraucher vor der Anbahnung von Verträgen und vor dem Abschluss von Verträgen vor Missbrauch, Übervorteilung und Täuschung zu schützen. Das wollen wir durch entsprechende Informationsrechte, Rücktrittsrechte, Schadensersatzrechte erreichen, und zwar nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Heranwachsende. Sie brauchen wahre, verständliche und vor allen Dingen leicht zugängliche Informationen, die transparent sind und Vergleichbarkeit sichern. Nicht zuletzt sind dazu neutrale Einrichtungen wie die **Verbraucherzentralen** notwendig. Solche Anlauf- und Informationsstellen sind absolut unverzichtbar. Deswegen haben wir die Präsenz der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein mit ihren Standorten im Koalitionsvertrag verankert.

Es geht in Zukunft darum, wie in allen Bereichen, die angesprochen worden sind, den **präventiven Verbraucherschutz** zu stärken. Deswegen gehören Initiativen zu einer altersangepassten, altersangemessenen, gesunden Ernährung dazu, die ich als Bildungs- und Frauenministerin natürlich ganz besonders begrüße. Eine gesunde Lebensweise ist gerade für Kinder und Jugendliche unverzichtbar. Da haben wir zum Teil ganz erheblichen Aufklärungsbedarf,

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

ganz besonders - ich muss es leider sagen - bei **Kindern** aus so genannten bildungsfernen Schichten. Der Gesundheitszustand von Kindern bildet sich in diesen Verhältnissen der Gesellschaft ab. Das ist ein Zustand, den wir ändern müssen.

Deswegen haben wir ein Programm zur Früherkennung und zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen entwickelt, außerdem ein Projekt zur Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung an Schulen. Es ist das Projekt REVES. Ich glaube, nur so kann sich der Kreislauf auf Dauer schließen. Verbraucherberatung und -schutz unterstützen den eigenverantwortlichen, mündigen Bürger, und zwar am besten präventiv und von Anfang an.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche diesem Bericht eine weite Verbreitung, eine gute Debatte hier und eine gute Debatte im Ausschuss. Ich hoffe, der Bericht wird das, was wir uns alle wünschen: ein Handbuch für jedermann und für jede Frau in Schleswig-Holstein.

(Ute Erdsiek-Rave)

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Angelika Birk. Es ist zwar nicht ihre erste Rede in diesem Raum, aber die erste nach Annahme des Mandats.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Forderung nach einem umfassenden Landesbericht über den Verbraucherschutz hat ins Schwarze getroffen. Dank des Antrages der Grünen legt die Landesregierung der Öffentlichkeit heute ein dickes Buch vor. Es ist eine **Bilanz des Verbraucherschutzes**. Das Buch kommt gerade rechtzeitig zur Bundestagsberatung des neuen Verbraucherinformationsgesetzes. Auch von unserer Seite sage ich einen herzlichen Dank an die wirklich sehr arbeitsintensive und übersichtlich gestaltete Zusammenfassung als Bilanz der letzten Jahre. Es war ein gutes Stück Arbeit für die Verwaltung. Das verdient unsere Anerkennung.

(Beifall im ganzen Hause)

Der Name Seehofer taucht in dem sachlichen Bericht der Landesregierung natürlich nicht auf. Wer das Papier gründlich liest, findet dort aber genug Beispiele und Argumente oder auch manche beredete Auslassung, die zeigen, dass der jetzt vorliegende Entwurf eines **Verbraucherinformationsgesetzes** des Bundes ein zahnloser Tiger bleibt, und zwar auch auf den klassischen Feldern der **Lebensmittelsicherheit**. Der Landesbericht stellt fest, dass es bei Obst- und Gemüsekontrollen durchaus Schadstoffbelastungen gibt. Nicht selten waren es verschiedene Schadstoffe in einem Lebensmittel. Doch solange der einzelne Schadstoff unter den Grenzwerten bleibt, gibt es keinen gesetzlichen Handlungsbedarf. Das muss sich ändern. Genau an diesem Punkt ist der neue Bundesgesetzentwurf sehr chemiefreundlich.

Greenpeace hat im letzten Jahr durch eine große, bundesweite Supermarktkontrollaktion sogar viele illegale **Schadstoffe in Obst und Gemüse** gefunden, zum Beispiel auch in Hamburg. Da verwundern die vergleichsweise beruhigenden Stellungnahmen des Landesberichts. Sollten Aldi, Lidl und andere Supermärkte ausgerechnet in Kiel und Lübeck gesündere Ware anbieten als eine Zugstunde weiter südlich? Greenpeace beklagte sich, dass auf seine Giffunde in Obst und Gemüse die zuständigen örtlichen und überörtlichen Behörden und Handelsunternehmen auf ihre Messungen und Berichte

nicht reagiert haben. Hierzu müssen Unternehmen und Behörden bundesgesetzlich verpflichtet werden. Aber auch das fehlt im neuen Gesetzentwurf.

Der umfassende Landesbericht schreitet die einzelnen Gebiete des **staatlichen Verbraucherschutzes** ab. Diese staatliche Aufgabe umfasst dank eines gewachsenen kritischen Bewusstseins vieler Menschen inzwischen weit mehr als gesunde Nahrungsmittel oder den energiesparenden und FCKW-freien Kühlschrank. Sie umfasst alle Produkte, zum Beispiel auch Medikamente und medizinische Geräte sowie Strahlenschutz, Finanzdienstleistungen, Rentenversicherung, nicht zu vergessen Fahrgastrechte, Internethandel. Sie wiesen auch auf das Internet in diesem Zusammenhang ausführlich hin, Frau Ministerin. Auch die Energiepreise werden inzwischen auf gesetzlicher Grundlage überprüft. Verbraucherrechte und Schadensersatzregelungen werden definiert.

Dies ist - da sind wir ganz einer Meinung, Frau Erdsiek-Rave - angesichts der Liberalisierung und der **Internationalisierung der Märkte** in allen Bereichen der Daseinsvorsorge notwendig. Es ist eine von vielen einzelnen Bürgerinitiativen, insbesondere im Zusammenhang mit einer von vielen Frauen erkämpften Errungenschaft, die die Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit erfahrbar macht. Verbraucherschutz ist nicht nur eine **Querschnittsaufgabe**, sondern eine unverzichtbare, wichtige Aufgabe. Von daher verwundert es, wenn die **EU-Kommission** diesem Thema eine eher untergeordnete Stellung einräumt.

Trotz der Ansicht der EU-Kommission gibt es für vieles aber inzwischen EU-Richtlinien, die überall in Europa für die gleiche Sicherheit sorgen sollen. Erst jüngst haben die Grünen im **Europäischen Parlament** zum Beispiel mit Erfolg das Verbot gefährlicher Weichmacher in Kinderspielzeug befördert, wie es der Bericht erwähnt. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung den Anwendungsbereich des **Verbraucherinformationsgesetzes** auf Lebensmittel und Tierfutter beschränken will. Hier ist die Landesregierung im Bundesrat gefordert, durch Änderungsanträge zu erreichen, dass diese Beschränkung aufgehoben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Verantwortung für die Umsetzung des Verbraucherschutzes liegt vielfach bei den **Bundesländern**. Um hier effizient zu arbeiten, ist inzwischen unter den Bundesländern Arbeitsteilung vereinbart

(Angelika Birk)

worden. Schleswig-Holstein hat für die Vernetzung im Norden die Federführung, und zwar bis hin zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit skandinavischen Staaten. Ein einheitlicher Handlungsrahmen ist für eine solche Kooperation unerlässlich.

Das neue Gesetz des Bundes sieht hingegen große **Ermessensspielräume** vor. So sind Behörden nicht verpflichtet, die Öffentlichkeit vor wirtschaftlicher Täuschung durch Unternehmen zu informieren.

Der Verbraucherschutzbericht zeigt, dass zehn Jahre rot-grüne Regierung in Schleswig-Holstein das Land in vielen Bereichen zu einem Vorbild auf dem Gebiet des **gesundheitlichen Verbraucherschutzes** gemacht haben. Gerade diejenigen Behörden, die heute von den Koalitionsfraktionen auf den Gebieten der Landwirtschaft und des Umweltschutzes für überflüssig erklärt werden, bauten in den letzten Jahren nach dem BSE-Skandal ein mit vielen Akteuren vor Ort verzahntes System zur Überwachung von Tierhaltung und Futtermitteln auf, das BSE tatsächlich nachhaltig Einhalt gebieten konnte.

Deutlich wird allerdings auch, dass es eine Reihe anderer häufiger Tierkrankheiten in Stallhaltungen gibt, die dank der Kontrollen auch angegangen werden. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unbegreiflich, dass auf EU-Ebene die Aufhebung der Verfütterung von Tiereiweiß an Wiederkäuer diskutiert wird. Im Gegenteil, hier sind auch Fischmehle und manche Fette als Futter infrage zu stellen. Der Landesbericht dokumentiert: Bisher ist Schleswig-Holstein weitgehend frei von **gentechnisch veränderter Landwirtschaft**. Hier hat sich der Einsatz des ehemaligen grünen Umweltministers gelohnt.

(Claus Ehlers [CDU]: Katastrophe!)

Allerdings stiegen in den letzten zwei Jahren die noch geringfügigen Anteile der gentechnisch veränderten Saatgutproben an. Wie wird es aussehen, wenn Herr Seehofer die Gentechnikversuche des Weltkonzerns Monsanto jetzt genehmigt oder wenn - wie die „taz“ vom 17. Mai 2006 berichtet - ab Mai in unserem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern die ersten Kartoffeln mit Choleragenen auf Versuchsfeldern wachsen? Ich hoffe, dass sich Schleswig-Holstein diesen Versuchen nicht anschließen wird.

Auch bundespolitisch setzt sich wieder mehr Lobbyeinfluss durch, wie zum Beispiel bei der Käfighaltung von Hühnern. So wird bedauerlicherweise auch von Schleswig-Holstein - wie aus dem Landesbericht ersichtlich - als Alternative zum Freilandgebot die **Käfighaltung** akzeptiert, und zwar vor und völlig unabhängig von der Vogelgrippe. Dies geschieht, obwohl die Menschen hierzulande

inzwischen so viele Eier aus Freilandhaltung kaufen, dass diese schon etwa zu einem Drittel importiert werden müssen. Das wird auch im Bericht dokumentiert. Was für einen Markt lassen sich hier die Beteiligten der Handelsketten, die für Freiland Eier zuständig sind, entgehen! Was für einen Markt lassen sich hier insbesondere die Geflügelzüchter und die Eierproduzenten entgehen! Ich kann das überhaupt nicht verstehen. Ein Drittel der Freiland Eier müssen importiert werden, weil die Nachfrage der Verbraucher so hoch ist.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Grüne haben erste bundesweite Erfolge bei der **Kontrolle der Energiedienstleistungen** erreicht. Der Landesbericht beschreibt die Nachfrage nach Energieberatungen und Energiepreisberatungen auch als ein großes Arbeitsgebiet der Verbraucherzentralen. Die Menschen hierzulande haben messbar ihren Stromanbieter gewechselt. Es ist leider noch nicht messbar, dass sich die Informationspolitik der Energieunternehmen geändert hat. Viele Rechnungen sind immer noch nicht nachvollziehbar. Die neuerdings vorgeschriebenen Angaben zu den Energiequellen fehlen. Es bedurfte mehrerer Gerichtsurteile, um die Langfristigkeit der Gasverträge und die Bindung an den Ölpreis infrage zu stellen. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf auf bundesgesetzlicher Ebene.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Aspekt zum Thema Energie habe ich allerdings vermisst. Dieser steht im Zusammenhang mit dem Sozialressort. Im vergangenen Winter wurde laut Presseberichten in vielen Regionen des Landes armen Menschen auch bei Minustemperaturen der **Strom** abgeschaltet, weil diese ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Allein in Lübeck hatten 14.000 Haushalte ihre Rechnungen nicht bezahlt, weil das Unternehmen ein halbes Jahr lang nicht gemahnt hatte. Die Zahl der **Säumigen** entspricht in etwa der Anzahl der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Tatsächlich schalteten die Lübecker Stadtwerke Tausenden Menschen für längere Zeit den Strom ab, was vielfach auch bedeutete, über Wochen ohne Heizung zu sein. Es war für die Kommunalpolitik sehr mühsam, die Stadtwerke zur Kooperation mit Sozialbehörden und Wohlfahrtsverbänden zu bewegen und so das Recht auf Zahlung in sehr kleinen Raten zu vereinbaren. Das ist auch ein Feld des Verbraucherschutzes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ersiek-Rave, ich freue mich, dass wir uns darin einig sind, dass die **soziale Frage** eine zuneh-

(Angelika Birk)

mende Bedeutung im Verbraucherschutz hat. Die Entscheidung des Landtages vor einigen Jahren, die Verbraucherberatung zu modernisieren, hat sich als richtig erwiesen. Die verschiedenen **Verbraucherberatungseinrichtungen** bemühen sich mehr als früher, gerade auch Menschen in schwierigen sozialen Lagen und mit wenig Bildung Verbraucherrecht und Verbraucherbildung zu vermitteln. Hierzu versuchen sie, gemeinsam mit vielen Multiplikatoren strategische Allianzen zu bilden, um zum Beispiel gegen die Verschuldung von Jugendlichen, für gesunde Kinderernährung und zur Beratung von älteren Menschen über Finanz- und Internetdienstleistungen niedrigschwellige Angebote zu schaffen.

Diesen Handlungsansatz begrüßen wir sehr. Wir bitten, hierbei zukünftig noch mehr mit **Migrantenorganisationen** zusammenzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund stellt sich aber auch die Frage, ob sich Banken und Sparkassen sowie andere Finanzdienstleister angesichts der zunehmenden Schulden nicht an einem **Finanzierungspool** für **Schuldenberatungsstellen** beteiligen müssen. Die wenigen Einrichtungen sind nämlich total überlaufen. Auf jeden Fall brauchen wir endlich das gesetzlich verbrieftete Recht auf ein eigenes Girokonto. Hier erwarten wir vom Land eine klare Haltung.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Gegen starken Lobbyeinfluss der Wirtschaft und trotz der Tatsache, dass die EU-Kommission Verbraucherschutz nicht als Schwerpunkt definiert, sind eine Reihe von Verbraucherrechten international durchgesetzt worden. Schleswig-Holstein geht in einigen Feldern in seiner Arbeit beispielgebend über die EU- und über die Bundesnormen hinaus. Das Land hat für die bundespolitische Diskussion gute Anregungen gegeben. An einigen Bewertungen des Berichts kann man erkennen, dass dies zukünftig vielleicht weniger der Fall sein wird. Damit sind wir natürlich nicht einverstanden. Ansonsten stellt der Bericht aber einen guten Überblick über den Verbraucherschutz dar. Ich danke an dieser Stelle dem großen Engagement vieler Menschen im Lande, die diesen Bericht überhaupt erst möglich gemacht haben. Wenn sie nicht tätig wären, gäbe es nichts zu berichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb verdient es dieser Bericht, in ansprechender Form in das Internet gestellt zu werden. Hier stimme ich der Ministerin zu. Er stellt ein Stück Verbraucheraufklärung im Land dar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Torsten Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verbraucherinnen und Verbraucher haben in allen Bereichen Schutzrechte. **Verbraucherschutzpolitik** ist daher eine Querschnittsaufgabe. Meine Fraktion ist davon überzeugt, dass die Ernährungswirtschaft, der Verbraucherschutz und die Wertschöpfung für den ländlichen Raum durch Qualitätsstandards nachhaltig gesichert und gestärkt werden.

Der Verbraucherschutz genießt zu Recht eine immer größer werdende Bedeutung; für die Kunden, die ein höheres Maß an Sicherheit verlangen, und für die Erzeuger, die sich nur mit höchster Qualität überhaupt noch am Markt behaupten können. Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität sind dabei das Aushängeschild unserer Land- und Ernährungswirtschaft. Wie in jedem Bereich des menschlichen Lebens kommt es aber auch hier zu Problemen, die es schnell abzustellen gilt.

Zusammenfassend kann man nach der Lektüre des vorliegenden Berichts zum Verbraucherschutz auch feststellen: Nahrungsmittel, die in Schleswig-Holstein hergestellt und geprüft werden, gehören zu den besten und sichersten in Europa.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen auch für die Zukunft gewährleisten, dass **Verbraucherzentralen** handlungsfähig bleiben. Die Kosten - aber auch die Leistungen - der Verbraucherzentralen müssen transparent dargestellt werden. Ein **Verbraucherinformationsgesetz** schafft die Grundlage dafür, dass Ergebnisse von Kontrollen transparent veröffentlicht werden. Das Verbraucherschutzinformationsgesetz ist in Berlin jetzt in der parlamentarischen Beratung. Das ist innerhalb der letzten fünf Jahre übrigens der dritte Versuch, ein bundeseinheitliches Verbraucherinformationsgesetz mit einem **Recht der Verbraucher** auf Zugang zu **Behördeninformationen** durchzusetzen. Auch CDU und SPD haben sich während der Koalitionsverhandlungen hier in Kiel für ein solches Gesetz ausgesprochen. Wir sind froh und dankbar, dass es jetzt in Berlin auf den Weg kommt. Ich glaube, nach einem langen Anlauf und nach langen Diskussionen im Vorwege wird dieses Gesetz die Rechte der Verbraucher deutlich stärken. Hier liegen die Unterschiede zur Kollegin Birk.

Für die CDU-Landtagsfraktion gehören nach unserer Verbraucherpolitik ausreichende Verbraucherin-

(Torsten Geerds)

formationen zum Bild des mündigen Bürgers. Ich bin fest davon überzeugt, dass Verbraucherschutz der Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist. Beides gehört untrennbar zusammen. Im Verbraucherinformationsgesetz geht es darum, den Bürgern eine Dienstleistung anzubieten. Die Bürger bekommen vor allem ein Recht auf Zugang zu Informationen, die bei den Behörden ohnehin vorhanden sind. Deshalb trägt dieses Gesetz auch nicht zu zusätzlicher Bürokratie bei. Vielmehr schafft es eine zusätzliche Dienstleistung der öffentlichen Hand zugunsten der Menschen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der erste wesentliche Punkt in diesem neuen Gesetz ist eine Konsequenz aus den Fleischskandalen des letzten Jahres. Das Stichwort lautete „Gammelfleisch“. Das geltende Recht hat zu der eigenartigen Situation geführt, dass der Name der Firma nicht mehr öffentlich genannt werden durfte, wenn ein verdorbenes Produkt bereits verkauft und im Regelfall schon verzehrt war. Eine solche Situation konnte keinem logisch denkenden Menschen erklärt werden. Daher gilt es jetzt, diese Gesetzeslücke zu schließen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön, wenn Sie das auch so sehen!)

Frau Birk, genau das steht im Gesetzentwurf, den Minister Seehofer im Namen der großen Koalition in Berlin eingebracht hat.

(Zuruf: Lesen Sie auch das Kleingedruckte!)

Bisher war es auch Realität, dass die eine Ebene des Staates, nämlich die Strafverfolgungsbehörden, zwar Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Lebensmittelrecht durchführt, die andere Ebene des Staates aber, nämlich die für Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden, nicht unterrichtet. Die eine Ebene des Staates hat also Erkenntnisse und die andere Ebene des Staates hält sich unwissend. Es ist richtig, dass ein zentrales Element des Gesetzentwurfes die Verpflichtung der **Strafverfolgungsbehörden** ist, die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Ermittlungsbehörden in Zukunft auch zu unterrichten.

Ein für meine Fraktion weiterer gewichtiger Punkt ist, dass Firmen, die selber feststellen, dass ihre Produkte nicht in Ordnung sind, und die die Öffentlichkeit informieren wollen, nicht länger nur auf Eigeninitiative angewiesen sind. Diese Betriebe erhalten in Zukunft Unterstützung von den Behörden. Die Behörden können nun öffentlich vor entsprechenden Produkten warnen und Hinweise auch ins Internet einstellen. Das ist ein wichtiger Fortschritt

und eine richtige Konsequenz aus den Erfahrungen der letzten Monate.

Das Verbraucherinformationsgesetz gilt auch für Kosmetika und Bedarfsgegenstände wie beispielsweise Bekleidung und Schuhe, Spielwaren - ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, wo es Regelungsbedarf gab -, Lebensmittelverpackungen, Bettwäsche, Putz- und Waschmittel, aber auch für Babyartikel wie Schnuller und Flaschen.

Ich finde, es gut, dass wir diesen Bericht der Landesregierung in einer Zeit beraten, in der sich das auch für uns so wichtige **Verbraucherinformationsgesetz** in der parlamentarischen Beratung im Deutschen Bundestag befindet, weil wir jetzt noch die Chance haben, Einfluss zu nehmen. Dieses neue Gesetz bedeutet nicht, dass wir uns jetzt auf Landesebene weniger mit dem Verbraucherschutz befassen sollten. Ganz im Gegenteil, das wäre nicht die Richtung meiner Fraktion.

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung und von den zuständigen Einrichtungen, dass sie weitere Maßnahmen zur **Fortentwicklung der Qualität** unseres Verbraucherschutzes ergreifen. Dazu zählen unter anderem folgende Maßnahmen: Die Lebensmittelsicherheit muss durch eine Qualitätssicherung stets verbessert werden. Wir brauchen dringend wirksame Sanktionen, um Produktschwindel vorbeugen zu können. Wir begrüßen dort auch die Initiative unseres eigenen Justizministers.

Das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ soll weiterentwickelt und zu einem Marketing-Instrument ausgebaut werden. Dabei ist die Qualitätssicherung und der Verbraucherschutz in den Vordergrund zu stellen. Die Prozesse der Qualitäts- und Produktüberwachung vom lebenden Tier bis zum Verkauf sind gemeinsam mit der Land- und Ernährungswirtschaft zu optimieren. Ich glaube, auch hier gibt es weiter dringenden Handlungsbedarf.

Dringend geboten ist ein stärkerer Einsatz beim Missbrauch neuer Technologien, aber auch beim Missbrauch von Kommunikationsdienstleistungen.

Die Schuldnerberatungsstellen brauchen weiterhin volle Unterstützung. Wir brauchen geeignete Aufklärungskampagnen, die die frühzeitige Verschuldung von Kindern und Jugendlichen verhindern. Es ist gut, dass der Landtag heute in einem Antrag aller Fraktionen zum Thema „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ ein klares Bekenntnis zu diesen Beratungsstellen ablegt.

(Torsten Geerds)

Als Sozialpolitiker ist für mich von besonderer Wichtigkeit, dass die Nutzer von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen eine gezielte Aufklärung erhalten. Wir brauchen Beratung und Kontrolle zur Stärkung der Rechte von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die **Aktivitäten des Verbraucherschutzes** müssen sich noch stärker als bisher an den jeweiligen Zielgruppen orientieren. Ich bin froh, dass es uns zum Beispiel über den Kinder- und Jugendaktionsplan der Landesregierung gelingt, Beiträge zu leisten, um für eine ausgewogene und gesunde Ernährung bei Kindern und Jugendlichen zu werben.

Abschließend möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbraucherzentrale und im Europäischen Verbraucherzentrum sowie allen Aktiven, die sich haupt- und ehrenamtlich gerade in diesem Bereich engagieren, im Namen meiner Fraktion herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag, um Verbraucher optimal zu beraten, Missstände aufzudecken und Problemlösungsvorschläge zu entwickeln. Sie sorgen aber auch dafür, dass sich Produkte aus Schleswig-Holstein durch eine hohe Qualität auszeichnen. Damit machen wir etwas richtig Gutes auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen hier vor Ort im Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vielen Dank dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren und den anderen beteiligten Ministerien für den vorliegenden Bericht.

(Beifall bei der SPD)

Er gibt einen hervorragenden Überblick über die Aktivitäten für den Verbraucherschutz in unserem Land, aber auch über den Zusammenhang zwischen EU-Richtlinien, Gesetzen des Bundes und der konkreten Umsetzung in Schleswig-Holstein.

Auch diejenigen, die sich schon länger mit dem Thema Verbraucherschutz beschäftigen, finden immer wieder Bestimmungen, von deren Existenz sie

bisher noch nichts wussten. Da gibt es zum Beispiel das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, das EG-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetz, den Erlass Kriterien für die Haltung von Straußenvögeln (Strauße, Emus und Nandus) oder auch die Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Schon diese kurze Aufzählung macht deutlich, dass das Ziel, Verbraucherschutz zu verwirklichen, **staatliches Handeln** auf verschiedenen Ebenen, grenzüberschreitende Kooperationen und vielfältige Kontrollinstanzen erfordert. Verbraucherschutz bezeichnet die Gesamtheit der Bestrebungen und Maßnahmen, die Menschen in ihrer Rolle als Verbraucherin und Verbraucher von Gütern und Dienstleistungen schützen sollen.

Grundlage eines funktionierenden Verbraucherschutzes ist die **Information** der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dazu bedarf es wahrer und verständlicher Informationen, denn nur der informierte Verbraucher kann sachgerechte Entscheidungen treffen. Genau hier bestehen Defizite. Ein Beispiel: Jeder Verbraucher kann anhand der Ziffern- und Buchstabenkombination, die auf jedes Hühnerei aufgedruckt ist, im Prinzip erkennen, wann und in welchem Land das Ei gelegt wurde, ob die Hühner ihr Leben in Käfigen fristen müssen oder aus Betrieben mit Boden- oder Freilandhaltung stammen - wenn er denn die Zahlen und Buchstaben zuordnen kann. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können, brauchen sie unabhängige Informationen und Beratung. Behörden, das Landeslabor, aber vor allem die Verbraucherzentrale leisten hier unverzichtbare Arbeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Informationen über Lebensmittel, Produkte des täglichen Bedarfs, aber auch über Finanzdienstleistungen wie Versicherungen gehören seit Jahren zum bekannten und viel genutzten Angebot.

Der Bereich des **allgemeinen Verbraucherschutzes** ist gekennzeichnet durch zahlreiche und oft rasche Veränderungen im Bereich der Kommunikation, der Mobilität, neuer Produkte und Dienstleistungen. Viele bislang öffentliche Dienstleistungen wie Post und Bahn, aber auch der Energiebereich wurden liberalisiert. Für Verbraucherinnen und Verbraucher ergeben sich neue Wahlmöglichkeiten, aber auch neue Informations- und Beratungsbedürfnisse.

Leitstelle für den Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein ist die **Verbraucherzentrale**. Nach den Veränderungen in den letzten Jahren ist sie jetzt gut aufgestellt. Die **institutionelle Förderung** des Landes beträgt zurzeit 690.000 € jährlich. Damit wer-

(Siegfried Tenor-Alschausky)

den fünf Beratungsstellen vorgehalten sowie Projekte der EU und des Bundes komplementär finanziert. Die Arbeitsorganisation und die Informationsangebote wurden modernisiert. Es gibt zwar auch noch die altbekannten Broschüren. Diese werden aber in Kooperation mit den Verbraucherzentralen der anderen Bundesländer erstellt und vor allem zielgruppengerecht aufbereitet. So wurde 2005 zum Beispiel der Ratgeber „Verbraucherschutz für ältere Menschen“ herausgegeben, um Senioren zu informieren über Vorsorge- und Betreuungsvollmachten, Patientenverfügungen, aber auch über alterstypische Konsumfallen wie Haustürgeschäfte und Kaffeefahrten.

Auch der Internetauftritt wurde ausgebaut. Ein Projekt zur Schuldenprävention für Jugendliche ist ohne dieses Medium kaum mehr denkbar und liefert auch hier zielgruppengerecht Informationen zur eigenen Wohnung, Handy, Versicherungsverträgen. Ergänzt werden diese Angebote durch die Schulung von Multiplikatoren.

Gezeigt hat sich auch, dass entgegen vieler Befürchtungen Verbraucherinnen und Verbraucher durchaus bereit sind, für unabhängige Beratung zum Beispiel bei der Baufinanzierung eigene kostendeckende Beiträge zu leisten. Deshalb mein Fazit: Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. und das Europäische Verbraucherzentrum leisten gute Arbeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Haushaltsmittel werden sinnvoll, sparsam und der Zielvereinbarung zwischen Sozialministerium und Verbraucherzentrale entsprechend eingesetzt.

Den Zusammenhang zwischen Bestrebungen der EU, durch Richtlinien zur Harmonisierung des Rechts in den Mitgliedstaaten beizutragen, und der Gefahr, dass Verbraucher künftig schlechter geschützt werden als durch unser bisheriges nationales Recht, möchte ich anhand der „**Verbraucherkreditrichtlinie**“ problematisieren. Der in der Diskussion befindliche Vorschlag der EU-Kommission enthält Vorschriften zu den den Vertrag betreffenden verpflichtenden inhaltlichen Angaben, um einen transparenten grenzüberschreitenden Markt zu schaffen. Diese Vorschläge unterschreiten in einigen Punkten unser bisheriges Recht. Den Beschluss des Bundesrates, bei der Setzung von **Standards** eine Reduzierung des Verbraucherschutzniveaus in Deutschland zu verhindern, unterstützt die SPD-Landtagsfraktion deshalb nachdrücklich. Zu begrüßen ist, dass die realen Kreditkosten und Konditionen deutlich darzustellen sind und über Ableh-

nungsgründe oder schlechte Bonitätsbewertungen ausreichend und verständlich zu informieren ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe allerdings Zweifel, ob sich zum Beispiel das Problem des zunehmenden Scoring mithilfe der EU-Richtlinie wird lösen lassen.

Es ist in dieser Debatte leider nicht möglich, auf alle Aspekte des vorliegenden Berichts einzugehen. Beleuchten möchte ich aber noch den Bereich Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen. BSE, Gammelfleisch, Vogelgrippe: Ereignisse wie diese machen auch einer größeren Öffentlichkeit die Notwendigkeit bewusst, dass Verbraucher sich darauf verlassen können müssen, dass **Lebensmittel** sicher sind und über eventuelle Risiken rasch und sachgerecht informiert wird.

Die Ergebnisse der Beprobung durch das Landeslabor zeigen nach dem so genannten nationalen Rückstandskontrollplan, dass die Mängelquoten bei Erzeuger- und Schlachtbetrieben gering sind und im Bundesdurchschnitt liegen. Dass Statistiken genau interpretiert werden müssen, zeigen die Ergebnisse bei der Untersuchung von Lebensmitteln. Schleswig-Holstein hat hier die bundesweit höchste Beanstandungsquote. Begründet ist dies aber durch eine besonders problemorientierte Überwachungsstrategie. Mir ist eine qualifizierte und effektive **staatliche Überwachung** in Schleswig-Holstein, die auch Beanstandungen und Verbesserungen mit sich bringt, lieber als eine Pro-forma-Überwachung mit guten Statistikwerten auf dem Papier.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zu Beginn meiner Rede hatte ich bereits die Medizinprodukte-Betreiberverordnung angesprochen. Hinter diesem Wortungetüm verbirgt sich eine wichtige Maßnahme des **Patientenschutzes**. So wird berichtet, dass es 2004 bei der Untersuchung von urologischen Praxen hinsichtlich der Reinigung, Desinfektion und Sterilisation von Endoskopen zu zahlreichen Beanstandungen kam. Der Grund: In vielen Praxen waren die Bestimmungen der Medizinprodukte-Betreiberverordnung nicht hinreichend bekannt. Koordiniert werden diese Untersuchungen übrigens durch das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit - eine Tatsache, die wir uns bei der Diskussion um die Auflösung dieses Amtes wieder ins Gedächtnis rufen sollten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dass Kontrolle und Aufklärung zum Schutz der Patienten gewirkt haben, zeigen folgende Zahlen: Gab es 2004 noch 19 Praxen mit Beanstandungen, so war das 2005 nur noch bei drei Praxen der Fall.

(Siegrid Tenor-Alschausky)

Zum Schluss möchte ich auf das geplante **Verbraucherinformationsgesetz** des Bundes eingehen. Bei der Einbringung des Berichtsantrages im Januar habe ich die Hoffnung geäußert, dass durch dieses Gesetz ermöglicht wird, dass Verbraucher künftig rasch Auskünfte erhalten werden, wenn es bei Lebensmittelskandalen um Nennung von Firmen und Produkten geht. Der jetzt vorliegende Entwurf - erstellt mit Formulierungshilfe des Seehofer-Ministeriums - ist in diesem Punkt unserer Meinung nach unzureichend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher werden nicht hinreichend gestärkt, die Einschränkungen bei der Nennung konkreter Produkte und Firmen sind zu groß. Ich hoffe sehr, dass es im gerade laufenden Gesetzgebungsverfahren zu einer deutlichen Verbesserung des Verbraucherschutzes kommt.

Für unser Bundesland kann ich feststellen: Auch wenn der Verbraucherschutz nicht mehr im Titel des Sozialministeriums enthalten ist, spielt er in unserem Land keine Nebenrolle.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich - auch ohne Vorlage einer Rednerliste - Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Dass Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein keine Nebenrolle spielt, hat man schon daran gemerkt, dass die stellvertretende Ministerpräsidentin höchstpersönlich dazu gesprochen hat.

(Holger Astrup [SPD]: War nicht schlecht!)

- War nicht schlecht! - Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, als Opposition versucht man natürlich, bei einem solchen Bericht, den Sie als Handbuch oder Handreichung für Verbraucherinnen und Verbraucher bezeichnet haben, ein Haar in der Suppe zu finden. Ich will ganz deutlich sagen: Der Bericht ist informativ, der Bericht gibt eine wunderbare Übersicht darüber, was Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren geleistet hat, und trotzdem versucht man natürlich, eine politische Kernbotschaft herauszufiltern. Das ist schwierig bei einem solchen Bericht, Frau Birk, das ist gar keine Frage. Aber alle Europapolitiker müssten sich - so wie ich das sehe - eigentlich freuen.

Ich finde nämlich nach der Lektüre des Berichtes bei allen Vorbehalten, die Kollegin Tenor-Alschausky in manchen Bereichen angesprochen hat, dass Europa wesentlich besser ist als sein Ruf.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW)

Ich werde das nachher noch an einzelnen Beispielen aufzeigen. Viele aktive **Verbraucherrechte** hätte es ohne die **Europäische Union** in dieser Form überhaupt nicht gegeben. Deswegen sollten sich auch Politiker, gerade auch Europapolitiker - zum Beispiel in der Diskussion mit Schülerinnen und Schülern über Europa -, vielleicht etwas zurücknehmen, was die Witzigkeit von Krümmungsgraden von Bananen oder den Platz für Ölsardinen in Dosen anbelangt. Das mag immer witzig sein, aber ich glaube, die EU leistet mehr, und hier hat sie gezeigt, dass sie mehr leisten kann.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbraucherschutz steht für eine ganze Vielzahl von Instrumenten, die es jedem einzelnen Bürger ermöglichen, als aufgeklärter Konsument am Markt teilzunehmen. Ein ganz wesentliches Instrument des Verbraucherschutzes ist natürlich eine **zielgruppenorientierte Information**. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir uns nicht nur auf veränderte Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher einstellen, sondern wir müssen uns natürlich auch vergegenwärtigen, dass sich ihr Konsumverhalten verändern wird. Senioren stellen nun einmal andere Ansprüche als Kinder und Jugendliche. Gerade deswegen finde ich das Projekt der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zur Anpassung des Verbraucherschutzes an eine älter werdende Gesellschaft oder die Initiative der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu einer entsprechenden Beratung von Senioren vorbildlich und einen richtigen Ansatz.

Wie eine solche Unterscheidung aussehen könnte, zeigt beispielsweise die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, indem sie ihre Beratungsschwerpunkte den Zielgruppen entsprechend ausrichtet und sowohl für Kinder auf der einen Seite als auch für Senioren auf der anderen Seite zielgruppenspezifisch zugeschnittene Angebote vorhält.

Dass der Begriff Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe - das ist in allen Vorreden gefallen - ein weites Feld umfasst und es nicht immer einfach ist, diesem Anspruch gerecht zu werden, zeigt dieser Bericht auch - im Übrigen ungeschminkt, wie ich fand.

(Dr. Heiner Garg)

Es geht nicht nur um den passiven Schutz der Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher. Es geht auch darum, dass sie entsprechende **Rechte** haben, die sie aktiv einfordern können.

Ich komme zu dem, was die **Europäische Union** möglich gemacht hat. Es zeigt sich, dass Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union mitnichten nur zu mehr Bürokratie führen, sondern zum Teil geradezu vorbildlich die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gestärkt werden. Empfinden Bürgerinnen und Bürger die europäischen Vorgaben manchmal als bürokratisches Monster oder als zu weiten Eingriff in ihren Alltag, werden die für sie neu geschaffenen Rechte zum Glück - ich will sagen Gott sei Dank - ganz selbstverständlich in Anspruch genommen.

Da in ein paar Wochen wieder die so genannte Sommerreisewelle losgeht, will ich ein ganz einfaches Beispiel an den Anfang stellen. Ohne die entsprechenden Regelungen der EU zur Stärkung der Rechte von Passagieren im Flugverkehr wären Fluggäste heute noch von freiwilligen Selbstverpflichtungen einzelner Fluggesellschaften bei Überbuchungen und Verspätungen abhängig - so wie es im Übrigen Fahrgäste im Schienenverkehr nach wie vor erleben. Dank dieser Rechte sind Fluggäste jetzt europaweit besser gestellt als Bahnkunden, die nach wie vor auf Kulanz, Selbstverpflichtung oder Pilotprojekte des jeweiligen Verkehrsunternehmens angewiesen sind. Dass solche Rechte nicht nur auf den Endverbraucher beschränkt sein können, sondern sich sogar auf Unternehmen erstrecken, zeigt die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken.

Auch hier werden die wirtschaftlichen Interessen rechtmäßig handelnder Unternehmen vor Schädigungen durch unlauter handelnde Mitbewerber geschützt, auch aufgrund der europäischen Richtlinien.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie weit Verbraucher und Unternehmer von diesen europäischen Vorgaben zur Öffnung der Märkte und des Wettbewerbs profitieren können, wird im Bereich der Telekommunikationsdienstleistungen deutlich.

Als Resultat der Liberalisierung haben Verbraucher heute nicht nur die Möglichkeit, Anbieter frei zu wählen. Auch das Telefonieren kostet deutlich weniger als noch vor zehn Jahren. Schnelle Datenleitungen können sich heute nicht nur Unternehmen leisten, sondern viele - nicht alle, aber viele - Verbraucherinnen und Verbraucher. Deutlich wird,

dass der Verbraucherschutz auch ein Instrument der wirtschaftlichen Weiterentwicklung sein kann.

Dass im Verbraucherschutz noch nicht alle Ziele erreicht worden sind, zeigt die Situation derjenigen Verbraucherinnen und Verbraucher - Frau Birk, Sie haben es angesprochen -, die sich für Erdgas als Energieträger entschieden haben. Hier gibt es immer noch keinen Markt. Vielmehr spricht der Bericht zu Recht von so genannten gefangenen Kunden, die von Erdgaslieferungen eines Versorgers abhängig sind. Dabei wird aber deutlich, dass sich vor allem etwas zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher ändert, wenn mehr **Wettbewerb** zugelassen wird. Das heißt für uns nichts anderes, als dass ein funktionierender Wettbewerb ein wirksames Instrument des Verbraucherschutzes ist.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ein weiteres Instrument des Verbraucherschutzes ist **Transparenz**. Deutlich wird dies gerade im Bereich der Lebensmittelsicherheit und der Lebensmittelkontrollen. Frau Erdsiek-Rave, hier ist die Landesregierung gerade gefordert, dieses Instrument wirksam einzusetzen und wirksam fortzuentwickeln, um den Verbraucher vor vergammeltem Fleisch, falsch deklarierten Stoffen oder gesundheitsschädlichen Zutaten wirksam zu schützen. Deshalb ist Transparenz eine wichtige Voraussetzung für funktionsfähigen Verbraucherschutz. Wenn die Transparenz diese Aufgabe erfüllen soll, dann braucht sie auch eine gute Datenbasis. Diese haben wir nur dann, wenn **Kontrollen** tatsächlich stattfinden. Frau Tenor-Alschausky, an dieser Stelle gebe ich Ihrem Einwand völlig Recht: Geschönte Statistiken oder Statistiken, die nur deshalb schön aussehen, weil entsprechende Kontrollen nicht stattgefunden haben, nutzen uns an dieser Stelle gar nichts.

Ausweislich des Berichts sind für solche Kontrollen in Schleswig-Holstein derzeit 190 Lebensmittelkontrolleure, Tierärzte und weiteres Fachpersonal vorgesehen, die im Bereich der Fleischhygieneüberwachung durch weitere 169 Tierärzte unterstützt werden. Frau Erdsiek-Rave, ich hätte den Herrn Kollegen Landwirtschaftsminister gern gefragt, ob diese Stellen mittlerweile besetzt sind. Ich würde weiterhin gern wissen, ob diese Stellen auch so vernetzt sind, wie wir es anlässlich der Debatte über die **Lebensmittelsicherheit** im Dezember 2005 von der Landesregierung gefordert haben und wie es später auch dargestellt wurde. Die letzte uns bekannte Zahl aus dem Jahre 2003 von 59,8 Lebensmittelkontrolleuren in ganz Schleswig-Holstein

(Dr. Heiner Garg)

im Bereich der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung weicht davon natürlich erheblich ab.

Gerade das breit gefächerte Tätigkeitsfeld der **Lebensmittelkontrolleure** bedeutet, dass viele Spezialisten notwendig sind, um die geforderte Transparenz auch tatsächlich herstellen zu können. Wie wichtig entsprechende Kontrollen in Schleswig-Holstein sein werden, zeigen gerade die im bundesweiten Vergleich hohen Beanstandungsquoten bei diversen Lebensmitteln. Das ist der Punkt, den Sie angesprochen haben, Frau Kollegin Tenor-Alschausky. Diese hohen Beanstandungsquoten werden zwar auf eine besondere Inspektions- und Probeentnahmestrategie zurückgeführt; es ist aber wenig beruhigend, wenn diese Strategien von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt werden. Frau Erdsiek-Rave, ich meine also, der Landwirtschaftsminister muss an seinem Teil des Berichtes noch ein wenig nacharbeiten, ich will nicht sagen „nachsitzen“.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss - es soll ja eine schöne Debatte werden - gibt es noch etwas für den Kollegen Ehlers. Ein wichtiges Element des Verbraucherschutzes ist - jedenfalls für uns - auch der **Tierschutz**. Dabei geht es nicht nur darum, was an Tiere verfüttert wird, sondern auch darum, wie Nutztiere gehalten werden.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Thema Tierschutz zeigt sich, dass Verbraucher ein hohes Interesse an vertiefenden Informationen und Aufklärung haben, dass dieses Interesse aber nicht automatisch zu einem veränderten Kauf- oder Konsumverhalten führt. Das zeigt die Debatte um die Legehennenhaltung aus meiner Sicht ganz besonders deutlich.

(Zuruf von der CDU)

- Abwarten! - Einerseits wird die Käfighaltung von der Mehrzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher als nicht tierschutzgerecht abgelehnt. Andererseits wird bei der Kaufentscheidung in den meisten Fällen letztlich aber doch auf das billigere Angebot vom Discounter zurückgegriffen, wobei man im Zweifel noch nicht einmal genau darauf achtet, wie die Tiere gehalten wurden. Hier scheint umfassende **Aufklärung** das Kaufverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher eben nur marginal zu beeinflussen.

Es ist deshalb, wie ich meine, umso mehr Aufgabe der Politik, hier weiter am Ball zu bleiben und auch zu moderieren. Moderation heißt für mich in diesem Fall, dass sich Politik nicht auf die Aufklärung allein beschränken darf, sondern auch die rechtlichen Spielregeln ganz klar vorgeben muss. Diese rechtlichen Spielregeln sollten dann, bitte schön, auch glaubwürdig sein. Wenig hilfreich sind in diesem Fall Signale der Politik wie zum Beispiel jene, die Legehennenhaltungsverordnung erneut aufzuweichen oder aber die Initiative des Landes Schleswig-Holstein zur Pelztierhaltung erst einmal zurückzustellen.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht hat die Instrumente für mehr Verbraucherschutz aufgezeigt und bietet mit Sicherheit eine breite Grundlage für weitere Diskussionen darüber, wie die Instrumente künftig besser eingesetzt werden können. Ich freue mich auf interessante und kritische Ausschussberatungen und meine schon, dass das, was für die Legehennenhaltung gilt, für die Politik insgesamt gelten sollte, nämlich ein bisschen mehr Mut und auch ein bisschen mehr Ehrlichkeit zu zeigen, um die Vorhaben, die man angepackt hat, umzusetzen. Dann wird etwas daraus - und dies gilt nicht nur für den Verbraucherschutz.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht der Landesregierung gibt einen umfassenden Einblick in das weite Feld des Verbraucherschutzes. Er unterteilt hierbei in den gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie den allgemeinen und wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Er gibt jeweils einen Einblick in Bezug auf den Stand, die rechtlichen Grundlagen, die Initiativen sowie die Ziele in Schleswig-Holstein. Er ist insofern in der Tat ein Werk, das man den Leuten in die Hand geben kann. Darüber hinaus macht er deutlich, welchen Stellenwert der Verbraucherschutz auf EU-Ebene hat - der Kollege Garg hat eben schon darauf hingewiesen - und wie die Handlungsfelder und verbraucherpolitischen Strategien der EU-Kommission aussehen. Für diesen umfassenden Bericht möchte ich deshalb ganz besonders den zuständigen Mitarbeitern danken.

(Lars Harms)

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lebens- und Futtermittelskandale, Liberalisierung des Telefon- oder des Energiemarktes und vieles mehr verunsichern große Teile der Bevölkerung. Die Zusammenhänge werden immer komplexer und verworrener, sodass der Wunsch nach Informationen oder Aufklärung vonseiten des Verbrauchers steigt. Hier wird deutlich, wie wichtig die entsprechende **Informationsarbeit** der zuständigen behördlichen und institutionellen Stellen auch künftig ist. Hier gibt die Landesregierung gerade für die Zukunft das Ziel vor, den **präventiven Charakter** des Verbraucherschutzes im Sinne von Aufklärung, Information und Beratung zu verstärken. Diesen Ansatz eines modernen Verbraucherschutzes unterstützen wir voll und ganz, wie wir es auch schon in der Vergangenheit getan haben. Um ebendiese Ziele erreichen zu können, bedarf es der Arbeit der zuständigen Verbraucherschutzinstitutionen.

Neben den behördlichen Institutionen kommt hierbei dem **Europäischen Verbraucherzentrum** und insbesondere der **Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein** eine wichtige Funktion zu. Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein hat die Funktion einer Leitstelle für Verbraucherarbeit in diesem Lande. Der Umfang des im Bericht genannten Leistungsangebotes unterstreicht diese Leitfunktion. Die Verbraucherzentrale ist der Ansprechpartner, da sie einen niederschweligen Zugang zu einer anbieterunabhängigen Beratung bietet. Sie ist führender Dienstleister für Verbraucherinnen und Verbraucher. Daher ist es auch in Zukunft wichtig, dass die Verbraucherzentrale im Land erreichbar ist und dies auch so bleibt. Wir haben gerade in der letzten Legislaturperiode erlebt, dass die Verbraucherzentrale durch schwieriges Fahrwasser musste und dass es dort erhebliche Einschnitte gegeben hat. Wir haben kritisiert, dass insbesondere der **nördliche Landesteil** durch die strukturellen Änderungen bei der Verbraucherzentrale verloren hat. Angesichts der Bedeutung der Verbraucherzentrale - dies hebt die Landesregierung in dem Bericht ja hervor - darf es derartige Einschnitte nicht mehr geben. Wir gehen daher davon aus, dass die getroffene Vereinbarung zwischen der Landesregierung und der Verbraucherzentrale dazu beiträgt, die formulierten Ziele der Verbraucherzentrale zu erreichen. Nur so können die Interessen des Verbraucherschutzes in Schleswig-Holstein weiterhin gewahrt bleiben.

Damit Verbraucheraufklärung und Verbraucherinformation gewährleistet werden kann, brauchen wir einen gesetzlichen Rahmen und eine entsprechende Kontrolle. Wir benötigen aber auch den freien Zu-

gang zu gewünschten Informationen, damit eine sachliche und objektive Verbraucherinformation und **Verbraucheraufklärung** gewährleistet werden kann.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass Verbraucherinformation und Verbraucheraufklärung auf zweierlei Weise gestärkt werden soll: durch Schaffung von Zugangsrechten zu bei Behörden vorhandenen Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher und durch Einräumung von Befugnissen für behördliche Informationen über Tatbestände, die Gesundheitsgefahren und -risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher indizieren. Um dies zu erreichen und um die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, wird vonseiten der Bundesregierung die Schaffung eines **Verbraucherinformationsgesetzes** angestrebt. Auf diese Weise sollen bestehende Informationsdefizite für Verbraucher ausgeglichen werden.

Der Bericht macht deutlich, dass wir in Schleswig-Holstein durch das **Informationsfreiheitsgesetz** bereits einen umfassenden Informationszuganganspruch für alle Bürgerinnen und Bürger bei den Behörden des Landes, der Kreise, der Ämter und Gemeinden sowie bei Körperschaften des öffentlichen Rechts haben. Das heißt, dass Schleswig-Holstein mit seinem bestehenden Informationsfreiheitsgesetz bereits heute Verbraucheransprüche erfüllt, die künftig in anderen Bundesländern erst noch umgesetzt werden müssen. Was Schleswig-Holstein angeht, so wissen wir, dass das Informationsfreiheitsgesetz noch um den Aspekt der **Umweltinformationsrichtlinie** erweitert werden muss. Wir begrüßen daher auch den Schritt der Landesregierung, dass künftig eine einheitliche Regelung in einem Gesetz erfolgen soll. Das trägt zur besseren Verständlichkeit und zur Erleichterung bei.

Eines muss jedoch bei der Änderung und Erweiterung des Informationsfreiheitsgesetzes unbedingt beachtet werden. Es darf hierbei keine Verschlechterung des bestehenden Informationsfreiheitsgesetzes geben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen Schritt zurück bei dem bestehenden Gesetz, der sich zuungunsten der Verbraucher auswirkt, wird der SSW nicht mitmachen. Denn für uns ist das Recht auf Information kein lästiger Verwaltungsakt, sondern ein Instrument, das auch dazu beiträgt, die **Rechte der Verbraucher** zu stärken. Unter diesem Aspekt werden wir auch die Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes genau verfolgen, denn Schleswig-Holstein muss beim Infor-

(Lars Harms)

mationsfreiheitsgesetz weiterhin die Vorreiterrolle innehaben.

Mit dem **Verbraucherinformationsgesetz** auf **Bundesebene** werden wir endlich eine Regelung bekommen, die das Informationsrecht auch auf Bundesebene umfasst. Somit werden die Informationsrechte auf dem Gebiet der Sicherheit von Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika bundesweit gewährleistet. Dies ist aus mehrfacher Sicht sinnvoll. Zum einen beschränkt sich der Markt für diese Erzeugnisse nicht nur regional auf einzelne Bundesländer, zum anderen erreichen wir auf diese Weise eine einheitliche Ausgestaltung der Informationsrechte und einen gleichwertigen Schutz über die Ländergrenzen hinaus. Drittens werden für Unternehmen die gleichen Voraussetzungen geschaffen, wenn es darum geht, welche Informationen von Behörden an die Öffentlichkeit gegeben werden dürfen und welche eben nicht.

Zuletzt durch die Vorfälle im Zusammenhang mit den Gammelfleischskandalen ist die Diskussion um die Lebensmittelsicherheit aufs Neue aufgekommen. Dies hat letztlich den Ausschlag dafür gegeben, dass über bundeseinheitliche Standards und Kontrollen nachgedacht werden muss. Aus dem Bericht geht beispielsweise hervor, dass die Ergebnisse von Betriebskontrollen bei Verstößen eine Spanne von 6 bis 72 % aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Maßstäbe, die in den einzelnen Bundesländern zu einer formalen Beanstandung führen, ungleich sind und daher einen tatsächlichen Vergleich nicht zulassen.

Gleiches gilt für Proben von Lebensmitteln. Hier handelt es sich um eine Beanstandungsquote von 6,6 bis 20,2 %. Aber auch hier gibt es unterschiedliche **Überwachungs- und Probenahmestrategien**, sodass diese Zahlen bundesweit nicht vergleichbar sind. Derartige unterschiedliche Vorgehensweisen führen zu einer Verzerrung bei der Lebensmittelsicherheit und führen zu Unsicherheiten beim Verbraucher. Daher benötigen wir einheitlich hohe **Standards**, die eine wirkliche Vergleichbarkeit der Kontrollen und Ergebnisse zulassen.

Gleiches gilt im Übrigen auch bei der Produktion von Lebensmitteln. Hier macht der Bericht deutlich, in welchem Dilemma die Lebensmittelproduzenten stecken. Auf der einen Seite haben wir einen Verbraucheranspruch auf hohe Qualität. Auf der anderen Seite haben wir den Konsumenten, der an der Ladentheke das preiswertere Produkt bevorzugt. Aber glücklicherweise ist ein Umdenken erkennbar. Denn der Kunde ist gewillt, sein Einkaufsverhalten dahin gehend zu verändern, dass er

Aspekte wie artgerechte Tierhaltung und umweltgerechte Produktion stärker berücksichtigt. So hat auch eine aktuelle Verbraucherumfrage der Europäischen Union ergeben, dass 57 % der Befragten bereit wären, für Lebensmittel aus tiergerechter Haltung mehr zu bezahlen. Daher ist es begrüßenswert, dass die Landesregierung den Aktionsplan Tierschutz der Europäischen Kommission unterstützt, damit die Tierschutzpolitik der EU auf europäischer und internationaler Ebene transparenter wird.

Einer der Hauptaktionsbereiche der EU ist die Verbesserung der Information und die Aufklärung von Tierhaltern und der allgemeinen Öffentlichkeit. Wir brauchen also die sachgerechte Informationen sowie eine verbesserte Kennzeichnung der Produkte. Nur so erreichen wir, dass Lebensmittel die entsprechende Wertschöpfung erfahren.

Um den Einkauf der Kunden aber zu erleichtern, sollten diese Produkte besser gekennzeichnet werden. Somit wären wir bei der **einheitlichen Vergleichbarkeit** von Lebensmitteln. Wir haben in Schleswig-Holstein mit den **Qualitätstoren** durchaus Erfolge erzielen können. Jedoch reicht dieser Schritt nicht aus, um den Verbrauchern letztlich die Qualitätsunterschiede deutlich zu machen. Hier benötigen wir bundesweite Qualitätssiegel, wie wir es bereits beim Bio-Siegel haben. Ein solches Qualitätssiegel muss deutlich dokumentieren, dass von der Produktion über die Lagerung bis zum Verkauf alles in Ordnung ist. Diese Schritte müssen für den Verbraucher transparent sein, damit er frei bei der Produktwahl entscheiden kann.

Es geht also nicht um ein regionales Siegel, das vornehmlich die Herkunft einer Ware dokumentiert, sondern um ein einfach lesbares Zeichen, das die Qualität von der Herstellung bis zur Veredelung dokumentiert. Wenn man dann noch das Wappen unseres Bundeslandes daneben aufdruckt, ist das natürlich in Ordnung. Aber die Qualität und die Sicherheit des Produktes müssen in Zukunft unbedingt im Vordergrund stehen. Das müssen wir auch bei zukünftigen Förderungen berücksichtigen und unsere Politik in diesem Bereich bundesweit abstimmen. Nur dann hat der Verbraucher eine wirkliche Transparenz.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Präsident Martin Kayenburg)

Ich schlage vor, den Bericht dem Sozialausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Europaausschuss und dem Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung von Amtsgerichtsbezirken

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/769

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung.

Das Wort hat der Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herr Uwe Döring. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Dezember haben wir schon einmal über die anstehende Strukturreform der Amtsgerichte hier im Hause debattiert. Nun liegt der vom Kabinett gebilligte Gesetzentwurf vor, der umsetzen soll, was im Dezember von mir vorgeschlagen worden ist. Die in dem Gesetzentwurf zugrunde gelegten Kriterien sind dieselben, die wir in unserem ausführlichen Konzept im Dezember 2005 dargelegt haben. Deshalb hat sich auch am Ergebnis im Kern nichts geändert. Der Gesetzentwurf sieht die **Auflösung** der fünf **Amtsgerichte** Bad Oldesloe, Bad Schwartau, Geesthacht, Kappeln und Mölln vor.

Leider findet sich in einigen Stellungnahmen noch immer die Behauptung, es fehlten klare Kriterien für die **Struktur der Amtsgerichte**. Diese Behauptung ist falsch und wird durch ständiges Wiederholen nicht richtiger. Nur zur Erinnerung: Die Landesregierung will die Leistungsstärke unserer Amtsgerichte langfristig sichern. Wir brauchen in Zukunft Amtsgerichte, die groß genug sind, um diese Spezialisierung der Beschäftigten zu ermöglichen. Sie müssen eine ausreichende Vertretung sicherstellen können und eine effiziente Gerichtsverwaltung gewährleisten. Nur dann können die Amtsgerichte auch in Zukunft ihre Aufgaben in gewohnter Qualität, effizient, schnell und damit bürgernah erfüllen.

Nicht im Vordergrund stehen dabei Einsparziele. Das haben wir von Anfang an gesagt. Das unter-

scheidet unseren Vorschlag von anderen Reformen auch in anderen Ländern. Ich glaube, mittlerweile haben auch alle begriffen, wie wichtig eine moderne, leistungsfähige Justiz für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden ist und dass eine leistungsstarke Justiz auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiger Standortfaktor ist. Dennoch muss die Reform der Amtsgerichtsstruktur natürlich wirtschaftlich sein. Das ist gewährleistet. Wir sparen auf Sicht sogar etwas Geld.

Unsere Amtsgerichte müssen auf die vielfältigen Änderungen in Staat und Gesellschaft rasch und flexibel reagieren können. In unserem Konzept steht ausführlich und nachvollziehbar beschrieben, wie ein Amtsgericht nach unserer Meinung aussehen muss, das diesen Anforderungen genügt. Wir können dabei auf umfangreiche Vorarbeiten aufbauen, namentlich auf die so genannte **Kienbaum-Studie** aus den 90er-Jahren. Die Überlegungen dieser **Kienbaum-Studie** sind im Grundsatz überzeugend. Wir haben sie aktualisiert und angepasst. Das geschah im Wesentlichen mit Blick auf die rasante Entwicklung in der Kommunikationstechnik, weshalb heute mit einer geringeren Personalausstattung, als dies damals angenommen wurde, langfristig Leistungsfähigkeit und Effizienz gewährleistet werden kann.

Nicht zuletzt konnte ich auch bei meinem Amtsantritt auf gründliche Vorüberlegungen meiner Amtsvorgängerin aufbauen. Diese Vorüberlegungen und die daraus abgeleiteten Gerichtsaufösungen decken sich weitgehend mit dem, was im Gesetzentwurf steht.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Das ist doch interessant!)

Wir haben als **Mindestgröße**, die ein Amtsgericht haben soll, die Zahl von acht Richterinnen und Richtern und 67 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt. Alle zur Auflösung vorgesehenen Amtsgerichte unterschreiten beide Vorgaben deutlich. Sicherlich muss ein Amtsgericht nicht so groß sein wie das in Kiel. Aber unterhalb einer gewissen Mindestgröße drohen auf lange Sicht organisatorische Probleme, die die Effizienz und die Leistungsfähigkeit der **Rechtsgewährung** beeinträchtigen können. Auch in Zukunft ist die Größenstruktur flexibel genug, um den **regionalen Besonderheiten** gerecht zu werden. Auch in Zukunft bleiben Landgerichte im ländlichen Raum vertreten, damit der Gang zum Amtsgericht keine Fernreise wird.

Ein alternatives, ähnlich strukturiertes Konzept habe ich bisher nicht gesehen. Geäußerte Kritik läuft, wenn man Reformen vorhat, eigentlich immer dar-

(Minister Uwe Döring)

auf hinaus, alles so zu belassen, wie es ist. Warum aber ausgerechnet die sehr unterschiedliche räumliche Verteilung und Größe der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte nicht verbesserungsfähig sein soll, hat man mir bisher noch nicht erklären können. Die jetzige Struktur kommt vielmehr dadurch zustande, dass man einmal eine Reform angefangen und dann an einer bestimmten Stelle des Landes aufgehört hat, diese Reform fortzuführen. Wir führen sie fort und führen sie hier zu Ende.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Neue Argumente gegen die Reform sind auch im formellen **Beteiligungsverfahren** nicht vorgebracht worden. Natürlich sind die betroffenen Städte damit nicht zufrieden, dass sie ihr Amtsgericht verlieren. Das kann ich verstehen. Natürlich ist jede Auflösung von Gerichten mit Belastungen für Beschäftigte verbunden. Wir stehen in engem Kontakt mit den Gerichten und werden alles dafür tun, dass bei der Umsetzung die Interessen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu kurz kommen. Individuelle Härten sollen vermieden oder wenigstens abgemildert werden.

Auch wenn die Zahl der aufzulösenden Amtsgerichte unverändert geblieben ist, haben wir das **Konzept** an drei Stellen geändert und dies im Gesetzentwurf berücksichtigt. Das war Ergebnis der Anhörung, die auch nicht, wie man damit sagen kann, eine nur formale war. Wir haben hier auch Änderungen vorgenommen.

Zu **Modifizierungen** ist es bei der Aufteilung des Amtsgerichtsbezirks Bad Oldesloe gekommen. Aus Gründen der Bürgernähe sollen die Gemeinden des Amtes Nordstormarn und die Stadt Reinfeld nunmehr zum Amtsgericht Lübeck statt zum Amtsgericht Ahrensburg verlegt werden. Dies war ein Wunsch aus der Region, des Amtes Nordstormarn, die gesagt haben: Wenn es denn schon aufgelöst werden soll, dann bitte so. Allerdings haben auch sie an erster Stelle gesagt - das muss man der Redlichkeit halber hier auch sagen -, sie seien nicht für eine Auflösung. Dies ist organisatorisch sinnvoll und auch wirtschaftlich zu vertreten.

Wegen dieser Änderung der bisher geplanten Aufteilung der Kommunen des Amtsgerichtsbezirks Bad Oldesloe ist der bisher geplante Anbau in Ahrensburg nicht mehr notwendig.

Wegen der kaum noch zumutbaren Aufteilung des Amtsgerichts Lübeck auf fünf Liegenschaften ist allerdings ganz unabhängig von der **Strukturreform** eine Überplanung für den Gerichtsstandort Lübeck erfolgt. Zur Lösung der bereits bestehenden

Unterbringungsprobleme und für die Aufnahme von Personal- und Aktenbeständen der aufzulösenden Amtsgerichte Bad Schwartau und Bad Oldesloe ist ein Anbau an das bestehende Gerichtsgebäude vorgesehen. Im Zuge der Reform der Amtsgerichtsstruktur kann so die Unterbringung des Amtsgerichts Lübeck deutlich verbessert werden. Zukünftig wird es nur noch auf zwei Liegenschaften aufgeteilt sein. Dies ist ein wesentlicher Fortschritt.

Schließlich verschieben sich wegen der Bauzeit für den Anbau die Auflösungszeiträume für die Amtsgerichte Bad Schwartau - bisher war hier der 1. Oktober 2007 vorgesehen - und Bad Oldesloe - bisher 1. Oktober 2008 - auf den 1. April 2009.

Der Übergang der Zuständigkeit einiger Gemeinden vom Amtsgericht Ahrensburg zum Amtsgericht Reinbek erfolgt bereits zum 1. April 2007. Diese Änderung ist sinnvoll, weil zu diesem Datum auch die Sachsenwaldgemeinden Wentorf, Wohldorf und Aumühle in den Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts Reinbek fallen.

Meine Damen und Herren, wegen der vorgestellten Änderungen ist eine neue **Wirtschaftlichkeitsberechnung** nach der Kapitalwertmethode erstellt worden. Die Amtsgerichtsstrukturreform bleibt in der vorgeschlagenen Konzeption, trotz des neu überplanten Standortes in Lübeck, und die weiteren Änderungen sind wirtschaftlich.

Wir haben den Gesetzentwurf mit größtmöglicher Sorgfalt erarbeitet. Den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich hierfür ausdrücklich. Ich glaube, der Gesetzentwurf ist eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen im Landtag. Im Interesse aller Beteiligten hoffe ich auf eine gründliche, aber auch zügige Beratung des Gesetzentwurfs, damit für die Betroffenen schnell Klarheit herrscht und die nötigen Umsetzungsmaßnahmen rechtzeitig in Angriff genommen werden und in Kraft treten können. Politisch diskutieren wir das seit knapp einem Jahr. Neue Argumente habe ich bisher nicht gehört.

Meine Damen und Herren, die Strukturreform der Amtsgerichte wird zu Recht als ein wichtiger Baustein der Strukturreform bezeichnet, die sich die Landesregierung vorgenommen hat. Auch wenn wir sicherlich noch Überzeugungsarbeit leisten müssen, haben wir - davon bin ich überzeugt - den richtigen Weg eingeschlagen. Sicher, man kann über alles streiten, auch über die angemessene Zahl und Größe von Amtsgerichten. Aber irgendwann muss man sich entscheiden. Über diese und andere Reformen ist lange genug geredet worden. Über die richtige Zahl der Amtsgerichte redet man bereits

(Minister Uwe Döring)

seit Jahrzehnten. Es ist gut, dass diesen Worten nun endlich auch Taten folgen können. Dies sind wir dem Land, den Bürgerinnen und Bürgern und auch einer zukunftsfähigen Justiz schuldig.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Thomas Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Justizminister hat darauf hingewiesen, dass wir zur Amtsgerichtsstrukturreform bereits eine Debatte hier im Landtag hatten. Herr Minister, Sie haben damals in Ihrer Rede gesagt, dass starke, unabhängige Gerichte Grundpfeiler unseres Rechtsstaates seien und dass die Amtsgerichte vor diesem Hintergrund auch ein besonderes Gewicht hätten. Dies ist auch die Überzeugung der CDU-Landtagsfraktion.

Sie haben Recht: Dinge müssen sich auch verändern können. Dass eine **Amtsgerichtsstrukturreform** mehreren Ansprüchen und auch Erwartungshaltungen ausgesetzt ist und deshalb nicht allen gerecht werden kann, muss man insbesondere dorthin sagen, wo es berechtigte Sorgen und Besorgnisse im Hinblick auf die regional- und strukturpolitischen Auswirkungen gibt. Gleichwohl ist es richtig - ich will den Finanzminister nicht im Wortlaut zitieren -, dass wir in Zeiten knapper Kassen keine Möglichkeit haben, ausschließlich struktur- oder regionalpolitische Gesichtspunkte zu bedienen. Deswegen ist das Ziel des Gesetzentwurfs richtig, es Richtern zu ermöglichen, sich stärker als bisher zu spezialisieren und hierdurch eine Effizienzsteigerung und eine Beschleunigung der Verfahren zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund muss Prüfmaßstab in erster Linie die Erreichung dieses Zieles sein. Denn es geht in Zeiten einer wachsenden Verrechtlichung in Staat und Gesellschaft auch darum, eine **fachliche Spezialisierung** des richterlichen und des nicht richterlichen **Personals** zu ermöglichen und das mindestens in den vier Kernbereichen amtsrichterlicher Tätigkeit, nämlich im Zivilrecht, im Familienrecht, im Strafrecht und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Ferner - Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen - ist es durch die Überarbeitung des Ursprungsentwurfs und durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen gelungen darzutun, dass auch ein Entlastungseffekt für den Landeshaushalt zu erwarten ist. Das ist begrüßenswert. Denn es ist auch unsere Über-

zeugung, dass Reformen nicht um ihrer selbst Willen gemacht werden sollten, sondern insbesondere in Zeiten knapper Kassen auch positive Entlastungswirkungen für den Gesamthaushalt aufweisen müssen.

Die Prämissen von Effizienz, Leistungsfähigkeit und Bürgernähe sind aber genauso wichtig wie richtig. Wir unterstreichen den Satz, dass die Fahrt zum Amtsgericht nicht zu einer Tagestour werden darf. Insofern ist auch **Bürgernähe** ein wichtiges Element, welches wir im Ausschuss noch einmal gemeinsam zu betrachten haben werden. Aber der Gesetzentwurf der Landesregierung hat sich deutlich Mühe gegeben, auch in diesem Bereich Strukturen so zu schaffen und neu zu gliedern, dass sie diesem Anspruch gerecht werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Sie mögen eine andere Auffassung haben. Sie haben gleich Gelegenheit, sie hier darzutun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Im Gegensatz zu Ihnen war ich schon einmal in einem Gerichtssaal!)

- Das mag sein. Sie sind im Zweifel auch mit dem Auto hingefahren. Das ist ja auch Ihr täglich Brot. Darüber will ich gar nicht streiten. Ich will nur darauf hinweisen, Herr Kollege Kubicki, dass die Reform der Amtsgerichte in Schleswig-Holstein eine Frage ist, die Regierung und Parlament schon seit den 70er-Jahren beschäftigt. Das muss man ehrlicherweise auch sagen. Das heißt: Die Überlegungen, hier zu Veränderungen zu kommen, sind, wenn ich diesen Zeitraum betrachte, breit angelegt gewesen. Dann ist es natürlich irgendwann auch Zeit, Reformen abzuschließen.

In den anstehenden parlamentarischen Beratungen im Ausschuss wird es nun allerdings auch darauf ankommen, **Folgewirkungen** wie zum Beispiel im Raum Lübeck vertieft zu diskutieren. In diesem Sinne wird sich die CDU-Landtagsfraktion auf der Grundlage des Koalitionsvertrages zu einer Amtsgerichtsstrukturreform bekennen und die Beratungen im Ausschuss konstruktiv kritisch begleiten mit dem Ziel, eine möglichst stimmige Amtsgerichtsstrukturreform im Land Schleswig-Holstein gemeinsam auf den Weg zu bringen. Ich denke, der Herr Minister hat Recht: Es ist Zeit, dass aus den ständigen Überlegungen jetzt auch Erfolg versprechende Handlungen werden.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An jedem der 27 Amtsgerichtsstandorte in Schleswig-Holstein gibt es gute Gründe, die für die Erhaltung des **örtlichen Amtsgerichts** sprechen. Denn auch Justiz ist eine öffentliche Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger und jeder, der sie in Anspruch nehmen will oder muss, möchte sein Gericht schnell erreichen und seinen Fall von qualifiziertem Richter- und Rechtspflegepersonal ohne zeitliche Verzögerung und ohne inhaltliche Mängel bearbeitet und erledigt haben. Diesem Anspruch gerecht zu werden, nimmt wiederum jedes Amtsgericht in Schleswig-Holstein für sich in Anspruch. Deshalb bedarf es nicht nur guter, sondern besserer Gründe für eine Strukturreform, die zur Schließung von Amtsgerichten führt.

Der Regierungsentwurf für ein Gesetz zur **Neuordnung der Amtsgerichtsbezirke** in Schleswig-Holstein benennt als solche Gründe die zunehmende Komplexität unserer Lebensverhältnisse, die damit einhergehende zunehmende Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen, das daraus folgende Komplizierterwerden des materiellen und des prozessualen Rechts, die zunehmende Tendenz der Bürgerinnen und Bürger, Konflikte vor Gericht auszufeuchten und die daraus wiederum folgende zunehmende und absehbar weiter steigende Belastung gerade der erstinstanzlichen Amtsgerichte.

Wenn es so ist, dass schon heute kleinere Amtsgerichte auf längere Ausfälle im Personalbereich und auf anwachsende Rückstände nicht ohne Unterstützung anderer Gerichte reagieren können, und wenn es so ist, dass angesichts der Bandbreite der richterlichen und rechtspflegerischen Aufgaben bei zu kleinteiliger personeller Besetzung die erforderliche Spezialisierung in den nachgefragten Tätigkeitsbereichen nicht ausreichend geboten werden kann, dann, meine Damen und Herren, ist es landespolitische Pflicht, auch durch die Umstrukturierung von Amtsgerichtsbezirken und eine damit verbundene **Schließung** einzelner kleinerer Amtsgerichte dafür Sorge zu tragen, dass unsere Amtsgerichte insgesamt ihrer Bürgerberatungs-, Rechtssicherungs- und Streitentscheidungsfunktionen gerecht bleiben und auf die wachsenden und sich ständig verändernden Herausforderungen sachgerecht, schnell und flexibel reagieren können.

(Beifall bei der SPD)

Der Regierungsentwurf, meine Damen und Herren, sieht vor, fünf kleinere Amtsgerichte zu schließen und ihre Bezirke angrenzenden Amtsgerichten zuzuordnen. Für jeden einzelnen Standort, für Kappeln, für Geesthacht, für Bad Schwartau, für Mölln und für Bad Oldesloe, ist das ein schmerzhafter Standortverlust. Für jeden Bürger und jede Bürgerin in Kappeln, in Geesthacht, in Bad Schwartau, in Mölln und Bad Oldesloe werden allerdings die mit der Aufhebung der genannten Amtsgerichte im Einzelfall verbundenen längeren Anfahrtswege zumutbar bleiben. Dasselbe gilt für die Arbeitswege der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu aufnehmenden Nachbargerichten und das gilt auch für die Reisewege der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle als Bürger und Rechtsanwalt hinzufügen: Der SPD-Landtagsfraktion geht es bei der Reform insbesondere um die **Bürgernähe** und nicht vorrangig um die Rechtsanwaltsnähe unserer Amtsgerichte.

Dazu eine weitere Bemerkung: Wenn mit der Reform wie vorgesehen gleichzeitig Gebietsteile aus den Bezirken der aufnehmenden Amtsgerichte Schwarzenbek, Lübeck und Ahrensburg bestehenden bleibenden Amtsgerichten zugeschlagen werden, werden insbesondere im Landgerichtsbezirk Lübeck die neu entstehenden vergrößerten Amtsgerichte den Recht suchenden Bürgerinnen und Bürgern sogar noch bessere Servicemöglichkeiten bieten können, und es besteht endlich auch die Möglichkeit - der Minister hat darauf hingewiesen -, die in fünf Liegenschaften zerfledderte Amtsgerichtslandschaft in Lübeck selbst neu zu ordnen und örtlich und organisatorisch zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren, in der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs sollen wir die Grundsätze eines Gesetzentwurfs beraten. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Ansätze und Grundsätze des Regierungsgesetzentwurfs zur Neuordnung der Amtsgerichtsbezirke in Schleswig-Holstein. Über Einzelheiten und die nähere Ausgestaltung sollten wir im zuständigen Fachausschuss weiter beraten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Astrup, was sich hinter dem

(Wolfgang Kubicki)

eher harmlosen Titel „Gesetz zur Neuordnung von Amtsgerichtsbezirken“ verbirgt, ist nichts anderes als das Gesetz zur Schließung von Amtsgerichtsstandorten. Wir haben hier und heute das Endprodukt einer Reform vorliegen, deren Nutzen nicht nachgewiesen ist, deren Schaden für die von **Schließung** der Amtsgerichte betroffenen **Standorte** aber schon heute erkennbar wird. Hier handelt es sich namentlich um die Städte Kappeln, Geesthacht, Mölln, Bad Schwartau und Bad Oldesloe. Es interessiert mich momentan noch nicht wirklich, wie nach der Schließung der Amtsgerichtsstandorte die Bürgernähe durch die Neustrukturierung der Amtsgerichtsbezirke am besten zu gestalten ist. Mich interessiert eine sinnhafte und nachvollziehbare Begründung für diese Reform. Diese Erklärung ist die Landesregierung bis heute schuldig geblieben. Allein die Tatsache, dass die großen Fraktionen diesen Koalitionsvertrag so vereinbart haben, kann es ja nicht sein.

Herr Kollege Stritzl, ich erinnere mich an Debatten über große Reformvorhaben, die Neuordnung der Finanzämter und andere Sachen mehr, zu denen wir heute einmal fragen müssen, Herr Finanzminister Wiegard, was aus den großen Erklärungen zu dieser Neuordnung und den finanziellen Einsparpotenzialen wirklich geworden ist.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns liegen zahlreiche Schreiben - wir haben einen ganzen Ordner voll davon - von Bürgermeistern, Kommunalparlamenten sowie den Amtsgerichtsdirektoren und den Landgerichtspräsidenten vor, die diese Reform in Gänze und nicht nur im Detail infrage stellen. Herr Kollege Puls, man sollte vielleicht auch einmal auf die hören, die das Ding ja umsetzen sollen. Mir kommt die Argumentation manchmal so vor, als würden Sie sagen: Wir können im Parlament auch beschließen, dass alle Menschen mit 400 km/h über die Autobahn fahren sollen. Dann sagen die Automobilclubs zwar, das gehe gar nicht, aber Sie sagen: Das ist völlig egal; wir sind der Überzeugung, das sei effizienter, weil der Verkehr schneller abgewickelt wird. Sie sollten gelegentlich auch einmal auf die hören, die auch etwas von der Materie verstehen.

Auch die Amtsgerichtsdirektoren und Landgerichtspräsidenten können nicht erkennen, worin die Aussage der Landesregierung ihre Begründung findet, dass die heutige Amtsgerichtsstruktur den Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen ist. Denn eines hat die Landesregierung immer herausgestellt: Erstens. Sparen ist nicht der Grund für diese Strukturreform. Und Zweitens. Die Amtsgerichte

haben in der Vergangenheit ausnahmslos gute Arbeit geleistet. Warum also gerade jetzt eine Reform, wo wir noch nicht einmal wissen, wohin der Zug auf **Bundesebene** bei der allgemeinen **Rechtsstrukturreform** fährt? Beispielsweise bei der Frage der **Zweizügigkeit** müssten wir komplett neu denken, weil wir dann ein einziges Eingangsgericht hätten und keine Amtsgerichte und Landgerichte mehr. Warum also jetzt? Diese Frage kann nicht schlüssig beantwortet werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei erscheinen die **Grundannahmen** dieses Konzeptes der Landesregierung für diese Amtsgerichtsstrukturreform willkürlich und beliebig. Ich komme zu einigen konkreten Punkten des **Konzeptes**. Da gibt es die These, dass der demographische Wandel zu einschneidenden Veränderungen in der Gesellschaft führen wird, die es bereits heute notwendig machen, Strukturen bei den Amtsgerichten zu schaffen, die sich Veränderungen anpassen können. Dies ist kein Satz von mir; so steht es im Konzept der Landesregierung.

Im selben Absatz führt die Landesregierung aber aus, heute sei noch nicht absehbar, wie sich dieser Wandel auf die Justiz auswirken wird. Man weiß also bereits, was man machen muss, ohne zu wissen, warum. Das scheint in Gänze die Systematik dieser Regierung zu sein.

Eines hat das Justizministerium aber doch erkannt: Es werden künftig mehr **Betreuungsfälle** erwartet, was uns angesichts des demographischen Wandels auch nicht verwundern kann. Bedarf es hierfür aber neuer Gerichtsstrukturen und größerer Einheiten? Eher das Gegenteil ist der Fall. Größere Gerichte bedeuten für diese Personen größere Entfernungen und erhöhen damit zusätzlich deren Aufwand oder den Aufwand der Richter. Gerade in diesen Fällen ist die **Ortsnähe** immens wichtig, wie man aus Stellungnahmen der Richterverbände herauslesen kann, Kollege Puls.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir zum nächsten und wohl maßgeblichen fachlichen Argument! Durch die **neue Gerichtsstruktur** sollen Rahmenbedingungen für eine Spezialisierung der Richterschaft und eine optimale Vertretungsstruktur im Krankheits- und Urlaubsfall geschaffen werden. „Dieses Kriterium stößt in der amtsgerichtlichen Praxis auf Ablehnung“, so das Zitat des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes. In der damaligen Projektgruppe zur Optimierung der Amtsgerichtsstruktur hatte dieses Argument aber eine nur nachrangige Bedeutung. Warum

(Wolfgang Kubicki)

dieses nun auf einmal als maßgebliches Kriterium für die Reform der Amtsgerichtsstruktur ausgewählt wird, erschließt sich den Fachleuten und im Übrigen auch mir nicht.

Darüber hinaus ist der Ansatz für die Rechtfertigung einer **Personalstärke** von mindestens acht Richtern an einem Gericht zu starr und schematisch. So sollen künftig für die vier Rechtsprechungsbereiche Zivilrecht, Strafrecht, freiwillige Gerichtsbarkeit und Familienrecht jeweils zwei Richterinnen oder Richter vorhanden sein, die sich gegenseitig vertreten. Selbst die für die Amtsgerichtsreform sehr viel offenere Neue Richtervereinigung, die ja immerhin die Schließung der Amtsgerichtsstandorte Kappeln, Mölln, Geesthacht und Bad Oldesloe befürwortet, hält diese Acht-Stellen-Struktur für nicht überzeugend. Ich zitiere aus der „NRV-Info“ vom Oktober 2005:

„Acht Richter führen gerade einmal in Zivilsachen zu zwei Dezernaten, also dort, wo die Spezialisierung noch am wenigsten benötigt werden dürfte. In Familien- und FGG-Sachen wäre das bei einer Größe von 11 bis 15 Richtern der Fall, in Strafsachen schon bei sechs Richtern.“

Dieser Konzeption der Landesregierung ist darüber hinaus entgegenzuhalten, dass bereits mit der heutigen Gerichtsstruktur eine Vertretung jederzeit gewährleistet ist, auch bei kleineren Gerichtsstandorten. Das Konzept der Landesregierung stellt zwar die These auf, bietet aber keinen Beleg dafür, dass hier ein Optimierungsbedarf besteht. Gleiches muss man zur Spezialisierung sagen. Auch die Tatsache, dass bei Amtsgerichten, und zwar nicht nur bei den kleinen Amtsgerichten, Richter in mehreren der vier bereits genannten Rechtsbereiche tätig sind, ist als solches kein Argument für eine Reform.

Übrigens: Auch beim Amtsgericht Kiel - eines der größten im Lande, sogar das größte im Land - sind Richter in verschiedenen Bereichen gleichzeitig tätig, in Strafdezernaten, in Zivilsenaten, in FGG-Sachen.

Dass sich in der heutigen Struktur Effizienzdefizite zeigen, kann die Landesregierung nicht belegen.

Kommen wir zur **wirtschaftlichen Seite**, dem Raumbedarf und den vom Ministerium errechneten Einsparpotenzialen! Da haben sich die Zahlen sozusagen weiterentwickelt, ohne dass ich darauf eingehen will, dass Herr Minister Döring ja in früherer Funktion gesagt hat, ihm gelinge, alles wirtschaftlich zu rechnen. In der Unterrichtung der Landesregierung zu diesem Gesetzentwurf vom Februar dieses Jahres waren zunächst circa 3,1 Millionen € an

Baukosten bei den aufnehmenden Gerichten eingeplant. Nach dem heute hier im Landtag vorliegenden Gesetzentwurf muss bereits mit 5,7 Millionen € an Baukosten bei den aufnehmenden Standorten gerechnet werden. Das ist eine Steigerung der Baukosten um immerhin 84 %. Das ist einiges mehr als die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Bei den ab 2011 erwarteten **Einsparungen** bei den Miet- und Bewirtschaftungskosten hat das Justizministerium im Februar in der Unterrichtung zu diesem Gesetzentwurf noch folgende Erkenntnisse vorweisen können - ich zitiere aus Seite 3 der Unterrichtung -:

„Aufgrund der Abmietung der aufzulösenden Amtsgerichte werden Einsparungen bei den Miet- und Bewirtschaftungskosten in Höhe von jährlich 744.000 € beziehungsweise im Fall einer Mietfinanzierung in Höhe von jährlich 566.000 € erwartet.“

Im heute vorliegenden Gesetzentwurf rechnet man nun pauschal mit Einsparungen bei den Miet- und Bewirtschaftungskosten in Höhe von 698.000 €. Ich glaube, es kann durchaus Verständnis dafür gebracht werden, wenn dieser Zahlensalat das Vertrauen in die Einsparberechnungen der Landesregierung nicht gerade stärkt.

(Beifall bei der FDP)

Im Gegenteil. Es hat unsere von Anfang an gehegten Zweifel an den diesbezüglichen Aussagen des Justizministeriums eher bestätigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch einmal den Vorsitzenden des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes, Herrn Martins, aus seiner Stellungnahme vom 29. September 2005 zitieren, weil ich diesen Satz für außerordentlich wichtig halte:

„Die Schwäche des Konzeptes zeigt sich insbesondere - und in geradezu erschreckender Weise - beim Kriterium Bürgernähe.“

Dies gilt insbesondere für den **Sonderfall Kappeln** und die umliegenden Gemeinden - wobei bisher nicht klar ist, warum Kappeln zu Schleswig kommen soll und Maasholm zu Flensburg. Bürgernähe erreichen Sie nur mit dem Erhalt des Amtsgerichts. Bahnanschluss bis nach Süderbrarup hat diese Stadt nur an den Heringstagen oder sonstigen Tagen, wenn die alte Dampfbahn einmal fährt. Es ist außerordentlich mühsam für Menschen, die in Kappeln, Maasholm oder Olpenitz wohnen, die Amtsgerichte in Schleswig, Flensburg oder Eckernförde zu erreichen, wenn sie keinen eigenen PKW haben. So dauert nach einer Recherche bei der Autokraft,

(Wolfgang Kubicki)

die wir angestellt haben, die kürzeste einzelne Fahrt von Maasholm bis zum Flensburger ZOB morgens zwischen sieben und acht Uhr eine Stunde und 13 Minuten mit viermaligem Umsteigen. Dies ist insbesondere für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Betreuungsfälle, die dort künftig begutachtet werden sollen, eine Zumutung.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sie sind mit der Praxis nicht vertraut, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Wadephul, selbstverständlich werden Betreuungsfälle auch von Richtern aufgesucht. Richter besuchen beispielsweise auch Heime, wenn es um die Frage geht, ob Leute fixiert werden sollen. Insofern ist die Aussage, Richter blieben nur an ihrem Schreibtisch sitzen, mit der Praxis nicht in Übereinstimmung zu bringen - wie vieles, was diese große Koalition auf den Weg bringt, ohne dass sie in der Sache Bescheid weiß.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Darüber hinaus haben sich sowohl SPD- als auch CDU-geführte Landesregierungen immer nach der Devise verhalten: Behördenpolitik ist auch **Strukturpolitik**. Zur Diskussion um die Schließung von Amtsgerichtsstandorten gehören auch strukturpolitische Erwägungen. Sie alle wissen, dass Kappeln als strukturschwache Region von der Schließung von Bundesbehörden extrem betroffen war. Alle, die hier im Parlament sitzen - Kollege Hay, Sie an erster Stelle -, haben sich immer gegen diese Maßnahmen aus Berlin zur Wehr gesetzt. Wir haben hier einstimmige Resolutionen und Beschlüsse gefasst. Wir sollten jetzt nicht mit der Schließung des Amtsgerichts dem Ganzen noch die Krone aufsetzen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Auf der Tribüne begrüße ich herzlich den SSW-Ortsverein Mürwik/Sankt Jürgen aus Flensburg sowie Schülerinnen und Schüler der Theodor-Mommensen-Schule aus Bad Oldesloe mit ihren Lehrkräften.
- Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich an die Zeit, als ein Sarg durch Bad Bramstedt getragen wurde. Damals, unter der ersten rot-grünen Koalition im Land, wurde das Amtsgericht in Bad Bramstedt geschlossen, weil ansonsten ein Neubau notwendig gewesen wäre und man diese Kosten einsparen wollte. Damals marschierte an der Spitze des Sarges der CDU-Ortsverein Bad Bramstedt und protestierte gegen die Landesregierung - mit wohlwollender und lautstarker Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion. Wir hätten die heutige Debatte nicht in der Form, wie sich Herr Stritzl hier geäußert hat, wenn die CDU noch in der Opposition wäre.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Das Sein bestimmt das Bewusstsein!)

Ich gehöre zu denen, die das vor fünf Jahren durchgeföhrt und dafür gekämpft haben, dass es richtig ist, eine notwendige Einsparung vorzunehmen, die für die Bürger übrigens auch wesentlich mehr Service gebracht hat, und werde deswegen heute nicht antreten und gegen eine Reform kämpfen, weil ich glaube, dass wir aus grundsätzlichen oppositionellen Erwägungen immer gegen die Landesregierung sein müssten. Ich glaube aber, dass es andere Gesichtspunkte gibt, die heute bedacht werden müssen.

Zunächst einmal ist es selbst Minister Döring, der ja für seinen Ausspruch bekannt ist: „Ich rechne jedes Projekt wirtschaftlich“, nicht gelungen, dieses Projekt so wirtschaftlich zu rechnen, dass er hier sagen könnte, es gebe **finanzielle Gründe**, die dafür sprechen. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Da erstaunt mich auch der Beitrag des Kollegen Stritzl, der das als Begründung für die Entscheidung der CDU-Fraktion gebracht hat. Das war schon etwas verwirrend, um es vorsichtig auszudrücken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über eine Gerichtsreform sprechen, ist auch das richtig, was der Kollege von der FDP gesagt hat, dass wir nämlich eine Grundsatzdiskussion über die **Strukturen von Gerichten** führen müssen, dass auch bundesweit über die Eingangsstufe der Gerichte diskutiert wird und dass wir uns überlegen müssen, welche strukturellen Auswirkungen

(Karl-Martin Hentschel)

das auf eine Gerichtsreform hat. Das ist eine wichtige Überlegung.

Herr Minister, insofern stimme ich in dieser Frage mit Ihrer Vorgängerin überein. Es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, das, was Sie jetzt machen, sei die Konsequenz aus dem, was vorher geplant worden ist. Die Diskussion ist ja ganz anders gelaufen. Wir haben mit der Frage begonnen: Welche weiteren Gerichte muss man jetzt weiter schließen? Wir haben mit der Feststellung geendet: Wir müssen eine grundsätzliche Strukturreform in den Gerichten vorbereiten, die in engem Zusammenhang mit einer Verwaltungsreform steht. **Verwaltungsreform** und Gerichtsreform können durchaus zusammengeführt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ist das so? - Es gibt zwei Aspekte, die wir bei der Frage zu berücksichtigen haben, wie Amtsgerichte konstituiert sein müssen. Der eine Aspekt ist: Wir wollen **Bürgernähe**, wir wollen Präsenz der Gerichte vor Ort. Deshalb sagen die Menschen auch immer: Ich möchte, dass ich einen Ansprechpartner vor Ort habe, wenn es um Fragen geht, bei denen ich das Gericht benötige. Der zweite Gesichtspunkt ist Kompetenz, Spezialisierung und **Effizienz** der Gerichte. Das spricht natürlich für eine zentrale Organisation, die ermöglicht, dass in den Gerichten wirtschaftlicher und in den jeweiligen Sachgebieten fachlich kompetent gearbeitet wird.

Um das in Übereinstimmung zu bringen, ist es sinnvoll und möglich, in Zukunft zu einer drastischen Reduzierung der Amtsgerichte zu kommen, wenn ich gleichzeitig die Präsenz vor Ort gewährleiste. Das heißt, wir brauchen in den Kommunen Gerichtstage, wir brauchen Ansprechpartner, wir brauchen Bürgerbüros, wo an bestimmten Tagen in gerichtlichen Fragen Ansprechpartner vorhanden sind, sodass die Bürger die Probleme, die sie mit dem Gericht haben, oder Anträge, die sie stellen wollen, vor Ort in ihrer Kommune besprechen können. Das hängt mit unseren Vorstellungen einer Strukturreform der Kommunen zusammen, dass wir größere Kommunen mit einem **Servicebüro** vor Ort haben wollen, in dem regelmäßig Rechtspfleger anwesend sind und wir einen solchen Service bieten können.

Wenn wir vor Ort einen solchen Service bieten können, wenn wir es weiter möglich machen, dass Prozesse in Form von Gerichtstagen vor Ort in den Rathäusern stattfinden, dann ist es möglich, Amtsgerichte in wesentlich größerem Umfang als jetzt zusammenzulegen, möglicherweise am Standort der Landgerichte, um zu einer wesentlich effizienteren Gerichtsstruktur zu kommen.

Herr Minister, was Sie hier vorschlagen, ist kein **Strukturkonzept**. Es ist nicht klar, worauf das hinausläuft. Es ist nicht klar, wo die Bürgernähe verbessert wird. Kollege Puls, es ist nicht deutlich geworden, wo bei der jetzigen Reform die Bürgernähe verbessert wird und wo die Qualität verbessert wird. Es ist eine Reform, die sich nur auf zwei Kreise bezieht und kein Gesamtkonzept für das Land liefert. Und es ist eine Reform, die auch finanziell keine erkennbaren Einsparungen bringt. Wenn Ihnen das schon nicht gelingt, gehe ich davon aus, dass es auch anderen nicht gelingen wird.

Insofern schlagen wir vor, für die Gerichtsstrukturen zu einem **Gesamtkonzept** zu kommen in Übereinstimmung mit der bundesweiten Diskussion über Gerichtsstrukturen. Wenn wir ein solches Gesamtkonzept hinbekommen, können die Gerichte durchaus radikaler zusammengeführt werden, mit Sprechstunden von Rechtspflegern im Rathaus, die jeden Dienstag Antragsannahme und Beratung anbieten, mit E-Government, mit auswärtigen Gerichtstagen im Ratssaal und so weiter, sodass die Präsenz der Gerichte vor Ort auch in Zukunft gewährleistet ist.

Es ist schade, dass wir dazu bis heute nicht gekommen sind. Denn Schleswig-Holstein könnte mit einer solchen Amtsgerichtsreform seine Modernisierungsfähigkeit unter Beweis stellen. Das selbst gesteckte Ziel „Fit für die Zukunft“ erreicht die Landesregierung bisher weder mit ihrem Konzept für die Kommunalverwaltungsreform noch mit dem für die Neustrukturierung der Amtsgerichte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Frau Vorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Neuordnung der Amtsgerichtsbezirke hat - wir wissen es - in den betroffenen Regionen des Landes für erhebliche Unruhe gesorgt. Dies wundert niemanden. Denn mit der geplanten Strukturveränderung gehen bei fünf Amtsgerichten im Land die Lichter aus. Dass dies vor Ort niemand wünscht, ist mittlerweile mehr als deutlich geworden. Schließlich liegen uns umfangreiche Stellungnahmen zum vorgelegten Konzept der Landesregierung vor. Auch hat es im Landtag bereits eine ausführliche Debatte zur Reform der Amtsgerichte gegeben.

(Anke Spoorendonk)

Doch nun liegt uns der Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Es ist zu erkennen, dass die Landesregierung keinen Deut von ihren Plänen abgewichen ist. Sie hält an ihrem Beschluss fest, die Amtsgerichte Kappeln und Geesthacht sowie Mölln, Bad Schwartau und Bad Oldesloe aufzuheben.

Dies ist aus der Sicht des SSW sehr bedauerlich. Denn ich glaube, dass sich die Landesregierung mit dieser Art von Planung letztlich keinen Gefallen tun wird. Eines wird bei dem gesamten Rechenwerk um mögliche Einsparungen und Personalbedarfsberechnung völlig außer Acht gelassen, nämlich das, was man die „**weichen Faktoren**“ nennen könnte. Das heißt, dass Amtsgerichte vor Ort immer auch eine andere Rolle spielen, die nicht ausschließlich unter justizfachlichen Gesichtspunkten betrachtet werden kann.

Die Landesregierung begründet ihre Entscheidung damit, die Amtsgerichte zukunftsfähig auszurichten. Demnach geht sie davon aus, dass es trotz sinkender Bevölkerungszahl einen Zuwachs an Verfahren geben wird. Ziel der Landesregierung ist es daher, die Amtsgerichte so aufzustellen, dass sie auf kommende Herausforderungen schnell und flexibel reagieren können. Das geht aus der Begründung des Gesetzentwurfs hervor.

Eine Mindestzahl von acht Richtern je Amtsgericht - zwei Richter für jedes Rechtsgebiet - ist nach Auffassung der Landesregierung das Minimum für die Richterschaft. Die Zahl der Mitarbeiter für ein modernes und flexibles Amtsgericht wurde anhand eines bestimmten Berechnungssystems ermittelt. Demnach soll die **Gesamtbeschäftigtenzahl** bei mindestens 67 Mitarbeitern liegen. Aufgrund der zunehmenden Komplexität des materiellen Rechts und der Annahme, dass sich die Verrechtlichung der Lebensverhältnisse künftig verstärken wird, wurden diese Zahlen ermittelt. All das kann man hier nachlesen.

Was jedoch bei der Neuordnung der Amtsgerichte völlig außer Acht gelassen wird, ist die Tatsache, dass diese Amtsgerichte schon jetzt sehr **effektiv** und **effizient** arbeiten. Es stellt sich also die Frage: Warum sollten sie das in Zukunft nicht leisten können?

Darüber hinaus ist nicht nachgewiesen, dass größere Gerichte schneller und effektiver arbeiten als kleinere Gerichte. Es ist nicht belegt, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer bei großen Gerichten kürzer ist als bei kleineren.

In der schleswig-holsteinischen Justiz hat es in den letzten zehn Jahren bereits grundlegende Reformen gegeben. Die Einführung des elektronischen

Grundbuchs und das elektronische zentralisierte Mahnverfahren sind ein Teil dieser Reformen.

Aber auch bei den **Strukturen** hat sich Wesentliches geändert. So hat es eine Reorganisation der Aufbau- und Ablaufstruktur gegeben und es wurden eine Professionalisierung der Verwaltung und eine Verbesserung der Personalwirtschaft durchgeführt. Diese Reformen wurden von der Justiz und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitkonzipiert und durchgeführt. Aus diesem Grund gehören die schleswig-holsteinischen Gerichte und Amtsgerichte heute zu den modernsten in ganz Deutschland. Dies konnte aber nur erreicht werden, weil es immer eine enge Zusammenarbeit zwischen der Justiz und dem Ministerium gegeben hat. Eine solche Zusammenarbeit hat es, auch wenn es der Herr Minister anders sieht, aus Sicht des SSW in diesem Fall nicht gegeben. Auch wenn die Landesregierung nach dem **Beteiligungsverfahren** Änderungen am ursprünglichen Konzept durchgeführt hat, bleibt festzustellen, dass sie letztlich die Neuordnung der Amtsgerichte im Alleingang beschlossen hat. Dann ist es nachvollziehbar, dass die Enttäuschung bei der Justiz über diese Vorgehensweise groß ist.

Aber ich will es gern auch positiv sehen. Dass die Landesregierung bei der Änderung des ursprünglichen Konzepts doch noch auf einige Stellungnahmen eingegangen ist, lässt hoffen, dass es im parlamentarischen Verfahren noch Spielraum für weitere Änderungen gibt. Wir werden es sehen.

Natürlich hat die Neuordnung der Amtsgerichte auch eine **wirtschaftliche Komponente**. Das Land will, übergeordnet betrachtet - wir hören es immer wieder -, sparen. Aber dem Konzept der Landesregierung ist zu entnehmen - ich zitiere es und tue es gern -:

„Die Strukturreform wird insbesondere für neu anzumietende Liegenschaften, aber auch in anderen Bereichen erhebliche Investitionen für das Land erforderlich machen. Auf der anderen Seite zeichnet sich ab, dass sich nur in geringfügigem Maße Einsparungen durch die Reform erzielen lassen werden.“

Die Reform kann also nicht als Sparpaket verkauft werden, lieber Kollege Stritzl. Ich denke, es ist wichtig, das noch einmal zu sagen, weil wir ja immer wieder auch hören, dass Fusionen per se zu Einsparungen führen würden, und weil Sparen praktisch als Ersatz für eine richtige Politik herüberkommt.

(Beifall bei SSW und FDP)

(Anke Spoorendonk)

Hierzu passt im Übrigen auch die Aussage des Präsidenten des Landgerichts Lübeck, der angesichts des demografischen Wandels und der ansteigenden Zahl von **Betreuungsverfahren** darauf aufmerksam macht, dass die Schließungen in diesem Bereich kontraproduktiv sind. Denn gerade in Betreuungssachen bedeutet die Konzentration auf wenige Standorte eine erhebliche Ausweitung der örtlichen Zuständigkeiten jedes einzelnen Gerichts und damit deutlich weitere Wege und eine weitere erhebliche Anhebung der Kosten in Betreuungssachen.

Ich gebe dem Kollegen Puls natürlich Recht, dass es hier nicht um Rechtsanwälte, sondern um Justiz- und Bürgernähe geht. Gerade die **Bürgernähe** der Justiz sollte weiterhin ein wichtiger Gesichtspunkt bleiben.

Hierbei verspricht sich die Landesregierung, dass sich die Servicemöglichkeiten der Gerichte durch größere Amtsgerichte verbessern, da diese bei Personalausfällen flexibler reagieren können. Berücksichtigt wird aber nicht, dass bei Sachentscheiden in einem eher kleineren örtlichen Zuständigkeitsbereich die Besonderheiten vor Ort besser eingeschätzt werden können. Es gibt natürlich schon flexible Vertretungsregelungen.

Auch wenn sich die **Entfernungen** in den von der Reform betroffenen Regionen vergrößern, befinden sie sich nach Einschätzung der Landesregierung immer noch in einem zumutbaren Rahmen. Dies wage ich aber zu bezweifeln. Was die Landesregierung sagt, mag für einige Regionen noch gelten, aber es gilt nicht für alle und gilt auf jeden Fall nicht für die strukturschwache Region, die den Standort des **Amtsgerichts Kappeln** ausmacht.

Wir alle wissen, dass gerade die Region um Kappeln seit Jahren durch den Wegzug von Bundesbehörden, Bundeswehr und Firmen sehr stark gelitten hat. Wenn die Landesregierung jetzt beabsichtigt, das Amtsgericht in Kappeln zu schließen, ist das eine weitere Schwächung der Region.

(Beifall bei SSW und FDP)

Ein solches Signal hat neben der strukturpolitischen Bedeutung auch einen symbolischen Charakter. - Dass wir nämlich den Standort Kappeln völlig aufgeben. Dies ist es doch, was bei den Menschen vor Ort herüberkommt.

Wer die Stellungnahmen zum Standort Kappeln gründlich gelesen hat, erkennt den hohen Wert, den das Amtsgericht in Kappeln für die Bevölkerung hat. Diesen Aspekt muss die Landesregierung aus unserer Sicht weiter berücksichtigen. Sie muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein und erkennen,

welche Folgen die Schließung des Amtsgerichts Kappeln mit sich bringt.

Ich fasse zusammen. Grundsätzlich vertritt der SSW, lieber Kollege Astrup, nicht die Auffassung, dass immer alles so bleiben sollte wie bisher. Wir haben aber eine ganze Reihe von Fragen, die noch nicht beantwortet worden sind. Ich habe hier schon einige wichtige Fragen genannt.

Was für uns weiterhin eine Rolle spielt, ist - der Herr Minister hat es schon angesprochen -, dass es für diese Reform schon Vorläufer gegeben hat. Der Minister hat gesagt, diese Reform sei nicht zu Ende geführt worden. Das trifft aber nicht für das ganze Land zu. Im Landesteil Schleswig ist die Reform der Amtsgerichtsbarkeit durchgeführt worden. Kappeln ist aus guten, nachvollziehbaren Gründen jedes Mal ausgenommen worden. Diese Gründe, die für Kappeln sprachen und weiterhin sprechen, gelten auch für den SSW. Die damit zusammenhängenden Fragen sind ebenfalls nicht beantwortet worden. Das ist etwas, was wir in der Ausschussberatung natürlich weiter aufgreifen werden.

(Beifall bei SSW und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der angemeldeten Redezeit erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, dem Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadephul.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe das Engagement des SSW für Kappeln. Wenn wir derartige Reformpläne angehen, dann müssen wir aber den Blick auf das ganze Land richten. Wir müssen die Standorte, die zur Disposition stehen, mit gleichem Maß betrachten. Ich verkenne auch nicht, dass es für die betroffenen Standorte ein Problem gibt und dass es auch psychologische Signale gibt. Wir diskutieren aber ständig über die knappe Finanzlage des Landes. Wenn dann etwas getan werden soll, dann müssen wir auch bereit sein, mutig zu handeln.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich fand es interessant, dass der Herr Justizminister in seiner Kritik an den Ausführungen des Kollegen Hentschel darauf hingewiesen hat, dass er im Wesentlichen auf den Plänen der ausgeschiedenen Kollegin Lütkes hat aufbauen können. Dies sage ich zur Wiederholung an diesem Ort. Ihr gespanntes Verhältnis zur Kollegin Lütkes haben wir in den vergangenen Tagen verfolgen können. Das gehört

(Dr. Johann Wadephul)

zur Wahrheit dazu. Dazu gehört auch, dass wir als CDU-Fraktion an der einen oder anderen Stelle auch nicht zu 100 % mit dem Konzept zufrieden sind. Der Kollege Puls weiß, dass dies beispielsweise für das Gericht in seinem Heimatort Reinbek gilt. Das liegt auch daran, dass Frau Lütkes es für richtig gehalten hat, kurz vor dem Ende der vergangenen Legislaturperiode einen 20-Jahres-Mietvertrag für dieses Gericht abzuschließen. Um es vornehm zu sagen, war es wenig mutig, als Grüne in der Verantwortung nicht selber diese Gerichtsreform anzugehen. In so einer Situation aber noch einen 20-jährigen Mietvertrag abzuschließen, der uns jetzt alle Möglichkeiten nimmt, ist - so muss ich sagen - ein krasses politisches Fehlverhalten gewesen. Darauf muss hingewiesen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde über die **Entfernungen** gesprochen. Selbst der Kollege Kubicki, dem ich eine solche Affinität zum öffentlichen Personennahverkehr gar nicht zugetraut hätte, hat nächtelang in den Auto-kraft-Fahrplänen gewühlt, um zu sehen, wie man wohin kommt. Kollege Kubicki, man muss dazu konsequenterweise sagen: Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt darüber nachdenken, wo Gerichte stehen müssen, dann müssen wir im Grunde wieder neue Gerichtsstandorte eröffnen. Ich komme aus Dithmarschen. Gehen Sie einmal nach Pahlen. Das ist ein paar hundert Meter von Erfde und der Grenze nach Schleswig-Flensburg entfernt. Fahren Sie von dort einmal zum Amtsgericht nach Meldorf. Das ist eine elendige Reise, die wir hier zumuten. Ich kenne aber aus Dithmarschen nicht eine einzige Klage eines Bürgers oder einer Bürgerin dahin gehend, dass dies nicht zumutbar oder machbar wäre. Man ist nicht jeden zweiten Tag vor Gericht.

(Holger Astrup [SPD]: Jedenfalls nicht alle! - Heiterkeit)

Im Einzelfall ist das für diejenigen, die nicht motorisiert sind, auch einmal machbar. Die Gerichte nehmen außerdem auf solche Situationen sehr viel Rücksicht. Gerade unter diesem Gesichtspunkt finden viele Verhandlungen vor Ort statt.

Der Herr Justizminister hat darauf hingewiesen: Wenn ich mir angucke, was zu Beginn der 70er-Jahre gemacht wurde, als man etwa 30 Gerichtsstandorte geschlossen hat, die auch einen symbolischen Wert hatten, denn auch die Amtsgerichte in Tönning und in Friedrichstadt haben eine Bedeutung, dann wird deutlich, dass dies einschneidend war. Niemand aber denkt im Traum daran, dies wieder umzukehren.

Daher sage ich: Das, was jetzt stattfindet, ist insofern durchaus gerechtfertigt, als dass wir uns einmal das Thema der **Spezialisierung** ansehen müssen. Wir haben darüber diskutiert. Wir haben mittlerweile nahezu 15 Fachanwaltschaften. Ich arbeite viel zum Thema Arzthaftungsrecht. Wenn ich zum Amtsgericht fahre, dann treffe ich dort bei Fällen, bei denen der Streitwert etwa bei 4.500 € liegt, was im Falle von Fehlbehandlungen im Krankenhaus und Schmerzensgeld schon eine Menge Geld ist, auf einen Richter, der gerade eine Mietsache oder drei Verkehrsunfälle hinter sich hat. Dieser Richter macht kein Arzthaftungsrecht. Bei Fällen mit einem Streitwert von 5.500 € gehe ich zum Landgericht. Dort wird dieser Fall nicht von einem Einzelrichter verhandelt, sondern von einer ganzen Kammer, also von drei Berufsrichtern. Diese Berufsrichter haben sich nur auf Berufshaftungsrecht spezialisiert. Dies hat ein ganz anderes Niveau. Dieses Minus an Spezialisierung und dieses Weniger an Fachlichkeit, das wir an den Amtsgerichten haben, können wir durch diese Reform nicht voll kompensieren, aber wir fangen es in einem gewissen Maße auf. Das ist sinnvoll und gut und deshalb machen wir das.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Lieber Kollege Wadephul, ich bin immer wieder beeindruckt von der Argumentation des Fraktionsvorsitzenden der Union. Man muss bei den Sätzen immer etwas nachdenken, um dahinter zu kommen, was damit eigentlich gemeint ist. Niemand in diesem Saal will irgendwo die Wiedereröffnung von Amtsgerichten. Die spannende Frage ist aber, warum zum jetzigen Zeitpunkt beispielsweise das Amtsgericht Kappeln geschlossen werden muss. Dass wir im Hamburger Randbereich Strukturveränderungen vornehmen können, steht außer Frage. Wenn das Argument aber **Effizienz, Größe und sachliche Ausstattung** lautet, auf die ich noch zurückkomme, dann reichen in Schleswig-Holstein vier Amtsgerichte in den großen Städten. Dadurch erreicht man eine Spezialisierung und eine Größe, die ausreichend ist, um alle Anforderungen, die auch vom Kollegen Stritzl so vehement auf den Tisch geworfen wurden, möglicherweise zu erfüllen. Ich habe daran allerdings Zweifel, denn ich

(Wolfgang Kubicki)

stelle fest: Je größer ein Amtsgericht ist, desto ineffizienter wird es eigentlich, weil die Verwaltungsstruktur, die dazwischen hängt, unheimlich viele Probleme bereitet. Man muss sich nur die Amtsgerichte in Hamburg und Berlin angucken. Man muss sich angucken, wie viel Leerlauf bei dieser Größenordnung vorhanden ist und wie mangelhaft die Kommunikation untereinander gelegentlich ist.

Zu dem Argument der **Bürgernähe** sage ich: Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den öffentlichen Personennahverkehr benutzen. Um mich geht es dabei auch nicht. Ich wohne auch nicht in Kappeln oder in Maasholm. Das Argument der Bürgernähe ist aber ein Argument, das Sozialdemokraten und Vertreter der Christlichen Union immer vor sich hertragen.

(Beifall bei der FDP)

Hier muss man schon fragen, wie man mit Leuten umgeht, die nicht über Autos, Dienstwagen oder andere Verkehrsträger verfügen und auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind. Das sind in aller Regel ältere Leute und sozial Schwächere, die nicht die Möglichkeit haben, sich im Zweifelsfall einen fachspezialisierten Anwalt zu leisten, der nur gegen Honorarvereinbarungen und nicht auf Basis von Prozesskostenhilfe arbeitet. Abgesehen davon müssen die Menschen vor Gericht auch immer erst einmal Prozesskostenhilfe erreichen. Diese Menschen müssen sich vom Gericht einen Beratungsschein abholen, um überhaupt mit einem Anwalt kommunizieren zu können. Man muss also im Kopf haben, dass die Leute erst einmal zum Gericht müssen, um sich dort einen Beratungsschein zu holen, um dann einen Anwalt aufsuchen zu können, der sich mit ihrem Problem beschäftigt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Johann Wadehul [CDU]: Das ist falsch!)

- Herr Kollege Wadehul, das ist überhaupt nicht falsch. Ich sehe schon, Sie haben noch nie in diesem Bereich gearbeitet. Wir leisten in dieser Frage gern Nachhilfe.

Herr Kollege Wadehul, das Argument der **Spezialisierung** würde ich gelten lassen, wenn die von Ihnen zitierten Fälle amtsgerichtlicher Entscheidungen bei den Leuten, von denen Sie glauben, sie seien in der Materie nicht so zu Hause, mit einer höheren **Aufhebungsquote** versehen wären. Das sind sie aber nicht. In diesem Land sind Entscheidungen von kleineren Amtsgerichten bei Landgerichten nicht mit einer höheren Aufhebungsquote versehen als von größeren Amtsgerichten. Insofern kann das Argument nicht zutreffen. Es stimmt in der Regel

auch nicht. Ich habe schon Kammern erlebt, die glaubten, sie seien spezialisiert. Ich war verzweifelt darüber, wie die Spezialisierung ausgesehen hat, weil die Fluktuation bei den Richtern auch dazu führt, dass Richter sich in eine Materie einarbeiten müssen. Wenn sie ein bis drei Jahre in einer Kammer sind und diese anschließend wieder verlassen müssen, dann ist die Spezialisierung in diesem Bereich nicht so manifest. Vielleicht ist sie das bei dem Vorsitzenden, der länger da ist. Bei den beisitzenden Richtern ist dies jedenfalls nicht so.

Man kann die Frage der Spezialisierung anders lösen. In anderen Bereichen haben wir das auch gemacht. Man kann dies zum Beispiel durch **funktionale Zuständigkeiten** lösen. Wir können für bestimmte Bereiche Schwerpunktgerichte schaffen. Dazu müssen wir keine Amtsgerichte auflösen. Da es momentan dafür kein sinnvolles Begründungselement außer dem gibt, dass die große Koalition es vereinbart hat, stellt sich mir wirklich die Frage, ob wir das umsetzen müssen. Herr Kollege Wadehul, ich frage mich wirklich, was in der CDU-Fraktion eine Veränderung der Bewusstseinslage herbeigeführt hat.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Das steht bei uns im Programm!)

Vor über einem Jahr war die CDU-Fraktion noch mit uns der gleichen Auffassung. Bei Ihnen im Wahlprogramm steht, dass das Amtsgericht Kappeln aufgelöst wird? - Ich bin in 14 Tagen bei dem Bürgermeister der Gemeinde Kappeln. Der wird mir erzählen, was die Union vor Ort vor der Wahl gesagt hat. Wir müssen uns fragen, was dazu geführt hat, dass sich diese Haltung verändert hat. Das ist die spannende Frage. Es geht nicht um den Grundsatz der Strukturreform. Es geht um die Frage: Warum diese Reform und warum jetzt? Es gibt dafür kein sachliches Begründungselement. Deshalb denke ich, wir sollten uns im Ausschuss noch einmal intensiver darüber unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Ich habe meinen Redebeitrag mit der vorigen Justizministerin abge-

(Karl-Martin Hentschel)

stimmt, um dem vorzubeugen, was Sie hier gemacht haben, als Sie versucht haben, diese sozusagen als Kronzeugin für Ihre Reform zu benennen. Das geht so nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagegen verwahre ich mich, auch im Namen von Frau Lütkes. Das Manko der Fachlichkeit, wie es von Herrn Wadephul hier beschrieben worden ist, können Sie bei dieser Reform nun wirklich nicht beseitigen. Es ist eine Reform, die sich sowieso nur auf zwei Kreise bezieht.

Zur Bürgernähe sagt Ihr Konzept überhaupt nichts, auch wenn das hier so betont wird.

Mein Vorschlag ist also, grundsätzlich noch einmal nachzudenken und ein abgestimmtes Konzept für eine Justizreform in ganz Schleswig-Holstein vorzulegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es auch ganz kurz machen, aber der Beitrag des Kollegen Wadephul reizt mich denn doch, ein paar Bemerkungen zu machen.

Wer sich mit Geschichte beschäftigt, lernt auch, dass man nicht falsche Parallelen ziehen darf. Das ist vielleicht der eigentliche Nutzen von Geschichte. Wenn gesagt wird, dass wir mit der Amtsgerichtsstruktur Sachen nicht zu Ende geführt haben, und wenn gesagt wird, dass Kappeln eigentlich schon im ersten Anlauf der Amtsgerichtsreform hätte gestrichen werden müssen, dann vergisst man, dass deutlich gesagt wurde, warum Kappeln ausgenommen wurde. Es waren andere als justizfachliche Gründe, die dazu führten, dass Kappeln ausgenommen wurde. Wer sich die Landkarte der Verteilung der Amtsgerichte noch einmal ansieht, wird sehen, dass es im Landesteil Schleswig wesentlich weniger Amtsgerichte gibt als südlich des Kanals. Das hat auch Gründe, denn dort wurde die Amtsgerichtsreform nicht zu Ende geführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte darum, dass man sich im Ausschuss noch einmal mit der Frage beschäftigt, wie wir eine **gerechte Strukturreform** für das ganze Land hinbekommen. Dass

Amtsgerichte vor Ort anders wahrgenommen werden als nur als Gerichte – das denke ich -, ist eine Binsenwahrheit. Das muss für uns auch eine Rolle spielen. Wir haben eine Verpflichtung dem ganzen Land gegenüber, nicht zuletzt auch gegenüber den strukturschwachen Regionen. Dazu gehört die Region Kappeln.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, dem Herrn Abgeordneten Lothar Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Spoorendonk reizt mich selten zu einem Kurzbeitrag, diesmal muss ich doch darauf reagieren. Ich bin seit wenigen Tagen 56 Jahre alt und in diesen 56 Jahren zweimal beim Gericht gewesen. Das heißt, es gibt andere Behörden, die verlangen die Bürgernähe.

Zweite Bemerkung. Es gab in den 70er-Jahren durchaus **nicht fachliche Gründe** - die hatten auch etwas mit der damaligen SPD-Fraktion zu tun -, dass Kappeln nicht geschlossen wurde. Das galt auch für Lauenburg mit den vier Amtsgerichten. Diese nicht fachlichen Gründe gelten heute nicht mehr, weil man nach mehr als 20 Jahren einen zweiten Schritt bei der Amtsgerichtsstrukturreform vollzieht. In der Konsequenz Ihrer Argumentation müssten Sie eigentlich den Antrag stellen, die Amtsgerichte Tönning, Friedrichstadt, Wyk und in Dithmarschen inklusive Bordsesbüll wieder aufzumachen, weil dort die gleichen Verkehrsverhältnisse gelten. Das wäre die Konsequenz Ihrer Argumentation. Diese Anträge können Sie hier gern zum Haushalt 2007/2008 stellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der verbleibenden Redezeit erteile ich das Wort dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Uwe Döring.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann das ganz kurz machen. Lothar Hay hat schon einige Sachen vorweggenommen, die ich nur unterstreichen kann. Ich möchte nur noch auf eine Ange-

(Minister Uwe Döring)

legenheit eingehen, die meine Amtsvorgängerin betrifft. Herr Hentschel, ich will das hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, diese Vorarbeiten sind durchgeführt worden, und zwar im Detail. Es ist nur nicht entschieden worden und ich sage Ihnen auch warum: ganz einfach, weil Sie keinen Mut hatten zu entscheiden. Dass ich das an dieser Stelle nicht mehr mit Anne Lütkes diskutieren kann, fällt wohl eher in Ihren Zuständigkeitsbereich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist beantragt worden, Herr Oppositionsführer, den Gesetzentwurf Drucksache 16/769 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so entschieden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Pflegewissenschaft und -forschung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/780

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/804

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Angelika Birk.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist zu Recht darauf hin, dass wir zunächst über Absatz 1 des Antrages Drucksache 16/780 abstimmen sollten. Danach wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden. Damit kommen wir zur Aussprache über die Absätze 2 ff. und über den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere liebe Kollegen von der SPD, dieses Verhalten macht doch etwas Schmunzeln. Offensichtlich haben Sie Angst, die Regierung könne nicht berichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich hatte eigentlich Frau Erdsiek-Rave, die in doppelter Funktion hier sprechen könnte, nämlich einmal als Vertreterin der Sozialministerin, aber eben auch als frühere Wissenschaftsministerin, schon zugehört, dass sie Frau genug ist, hierzu Position zu beziehen. Aber sei es drum.

(Zuruf von der SPD)

Sie hat den ganzen Vorgang zum UK S-H verfolgt. Schon zum damaligen Zeitpunkt - und das ist der erste Grund, warum es an der Zeit ist, nicht nur zu berichten, sondern auch zu entscheiden - war das Thema **Pflegeforschung** zwischen den damaligen Koalitionsfraktionen und dem Wissenschaftsminister Thema. Wenn jetzt Herr Staatssekretär Körner hier zuhören würde, wüsste er das auch. Wir haben sogar einen Schriftwechsel darüber geführt, weil schon damals deutlich war: Wir brauchen Pflegeforschung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war nur eine Frage der Zeit, man konnte nicht alles auf einmal machen, das UK S-H gründen und zusätzlich dieses neue Thema festigen.

Nun ist Zeit ins Land gegangen und erfreulicherweise - das möchte ich hier unterstreichen - ist das UK S-H nicht untätig geblieben. Aus der Mitte der Praktikerinnen und Praktiker sind Vorschläge gemacht worden und es sind sogar Gelder für eine Stiftungsprofessur eingeworben worden. Ich meine, bei so viel **Eigenengagement**, das die öffentliche Hand erst einmal nichts kostet, müssten wir tätig werden. Schleswig-Holstein ist das einzige Land in der BRD ohne Pflegeforschung. Es ist doch unglaublich - wenn wir uns überlegen: wir sind Gesundheitsland Schleswig-Holstein! -, dass es in einem so wichtigen Bereich, der alle Patientinnen und Patienten betrifft, ob sie nun im Krankenhaus sind, ob sie ambulant gepflegt werden müssen, ob sie in Heimen sind, keine Forschung gibt. Das ist einfach ein Stück aus dem Tollhaus, wenn wir das hier heute wieder vertagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Angelika Birk)

Ich glaube, dass Schleswig-Holstein nicht darum herumkommt zu handeln. Ich sage jetzt einmal etwas selbstkritisch zu diesem hohen Haus: Selbst wenn der Landtag sich nicht bewegt, es wird sich etwas tun. Die Medizin vor Ort und die Krankenhäuser können sich das gar nicht mehr leisten, ohne auszukommen. Wissen Sie, was sie derzeit machen? Wenn sie leitendes Personal suchen, gehen die in die anderen Bundesländer. Die führenden Kräfte in Schleswig-Holsteins Krankenhäusern kommen zunehmend nicht mehr aus den eigenen Reihen, weil hier keine Weiterqualifikation in ein solches Führungsamt möglich ist. Allein das sollte uns zu denken geben, denn es geht nicht darum, dass jede Krankenschwester den Doktorhut aufhat. Es geht darum, ein Masterstudium für diejenigen einzurichten, die Verantwortung in der Pflege sowohl für die Lehre als auch für die Leitung von Stationen oder die Leitung von gesamten Krankenhäusern übernehmen. Darum geht es. Das ist ein Schritt, der längst überfällig ist.

Wir haben hier nun ein Modell aus dem UK S-H vorliegen. Die Koalitionsfraktionen wollen grundsätzlich noch einmal prüfen und auch andere Modelle vorschlagen lassen. Schauen wir einmal, ob dabei sehr viel Konkretes herauskommt. Wir jedenfalls wissen, was wir wollen. Ich finde, wir sind es den Leuten, die hier vorgearbeitet haben, schuldig, dass die Initiative aufgegriffen wird.

Die Uni Lübeck steht schon in den Startlöchern und wartet nur noch auf dieses politische Signal heute, dass auch politisch gewollt wird, was fachlich längst notwendig ist. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir die Anträge zur Abstimmung stellen. Schauen wir einmal, wie lange die Koalition braucht, um zu erkennen, dass das, was wir hier vorschlagen, längst an der Zeit ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage denjenigen, die schon so lange vorgearbeitet haben: Halten Sie durch! Schleswig-Holstein kommt an der Pflegeforschung nicht vorbei und Sie haben dazu gute Vorarbeit geleistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Frau Abgeordneter Birk und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Torsten Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Recht auf menschenwürdige **Pflege** - darüber sind wir uns alle einig - soll als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden. Schleswig-Holstein geht mit dieser **Staatszielbestimmung** einen ganz anderen Weg als alle anderen Bundesländer. Wir werden uns nach der endgültigen Verankerung in der Landesverfassung - noch mehr als Politiker anderer Bundesländer - daran messen lassen müssen, ob wir die richtigen Prioritäten setzen, um älteren und jüngeren Pflegebedürftigen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Messlatte für uns in Schleswig-Holstein liegt also wesentlich höher als in anderen Bundesländern.

Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob wir die knappen Haushaltsmittel so ausgeben, dass sie die Lebenssituation der Pflegebedürftigen nachhaltig verbessern können. Genau diese Frage werfen die beiden vorliegenden Anträge auf.

Die Fraktionen von CDU und SPD wollen prüfen, inwieweit Pflegewissenschaft, Pflegeforschung und Weiterbildung in der Pflege innerhalb der vorhandenen Hochschulstrukturen und des UK S-H gestärkt werden können. Wir wollen ganz genau wissen, ob damit knappe Ressourcen optimal eingesetzt werden können.

Wir verfolgen gemeinsam das Ziel, die Pflege am und mit dem Menschen zu verbessern. Das sind wir den Pflegebedürftigen, aber auch den pflegenden Angehörigen schuldig. Kann es gelingen, durch die Gründung eines solchen Instituts die **Lebenssituation** von Pflegebedürftigen und die der pflegenden Angehörigen zu verbessern? Ist es möglich, das Ziel „ambulant vor stationär“ noch stärker in den Blickwinkel zu nehmen? Welche Notwendigkeit besteht gerade angesichts der demographischen Entwicklung und der sich daraus ergebenden verstärkten auftretenden Pflegebedürftigkeit zur Gründung eines Instituts für Pflegewissenschaften? Sind wir auf die pflegerischen Herausforderungen durch eine immer größere Anzahl von an Altersdemenz leidenden Menschen ausreichend vorbereitet? Die Pflegeforschung muss auf einer sehr fundierten Grundlage basieren.

Die CDU-Landtagsfraktion erkennt an, dass am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein bereits eine Arbeitsgruppe Pflegeforschung eingerichtet worden ist. Sie besteht zurzeit aus zwei Mitarbeiterinnen, die leitende und beratende wissenschaftliche Tätigkeiten durchführen.

(Torsten Geerds)

Diese Arbeitsgruppe führt bereits heute Pflegeforschungsprojekte durch, die zum Ziel haben, die pflegerische Versorgung kontinuierlich zu verbessern. Dabei gilt es, an einem weiteren Ziel zu arbeiten. Irgendwann muss es eine Vergleichbarkeit der pflegerischen Versorgung geben, nicht nur im Land Schleswig-Holstein, sondern deutschlandweit und irgendwann auch europaweit. Das ist wichtig für die Pflegebedürftigen, für die pflegenden Angehörigen, für das Pflegepersonal, aber auch für die jeweilige Pflegeeinrichtung, die sich am Markt behaupten muss.

Ein weiterer Schwerpunkt soll in der **pflegewissenschaftlichen Qualifikation** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen. Ich will ganz deutlich sagen: Wir als CDU wollen das Hauptaugenmerk auf die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter legen, weil wir damit wirklich etwas für die Menschen, aber auch für diejenigen, die dort arbeiten, tun. Wir müssen uns während der Diskussion die Frage stellen, ob es uns mit der Gründung eines solchen Instituts gelingen kann, den Ausbildungsstand und damit auch das Image des Pflegepersonals deutlich weiter zu steigern.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Müssen wir uns nicht fragen!)

- Herr Hentschel, wir stellen uns hin und wieder noch Fragen; das ist vielleicht der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Fraktion. - Nicht umsonst reden wir sehr selbstbewusst vom Gesundheitsland Schleswig-Holstein. Wir wollen die medizinische und die pflegerische Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen. Dabei sind die Schwerpunkte Geriatrie, Gerontopsychiatrie und die nachhaltige Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger besonders zu berücksichtigen.

Wir bitten zu prüfen, inwieweit die Gründung eines Instituts für Pflegewissenschaften realistisch ist

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

und einen nachhaltigen Beitrag zur Steigerung der Pflegequalität leisten kann. Wir bitten um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von CDU und SPD.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Torsten Geerds und erteile für die SPD-Fraktion Frau Abgeordneter Jutta Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann fast sagen: In jeder Sitzung eine **Stiftungsprofessur**, erst eine für Palliativmedizin und jetzt eine für Pflegewissenschaft. Das wiederholt sich ein Stück weit. Demnächst haben wir noch eine für Gerontopsychiatrie und so weiter. Das klingt zunächst einmal sehr gut, aber nichtsdestotrotz müssen wir doch etwas intensiver über die Umsetzungs- und Realisierungsmöglichkeiten nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bereits mehrfach über die ständig **steigende Bedeutung** der **Pflege** von alten und kranken Menschen gesprochen. Diese Herausforderungen wachsen aufgrund der demographischen Veränderungen quantitativ wie qualitativ. Aber auch der medizinische Fortschritt stellt neue Anforderungen an eine qualifizierte Pflege, zum Beispiel nach schweren Operationen oder bei der Versorgung von Frühgeburten.

Wenn wir von Pflege sprechen, so meinen wir damit auch immer die drei wichtigen Berufsfelder in diesem Bereich, nämlich die Kranken-, die Kinderkranken- und die Altenpflege. Wir müssen alle drei Berufe nennen. Alle Berufe hat der Bundesgesetzgeber definiert und die Ausbildungen gesetzlich geregelt. Für die Krankenpflege ist das letztmalig 2003 erfolgt.

Das Dilemma, das in der Begründung des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richtig beschrieben ist, liegt darin, dass weder staatliche noch private Krankenhäuser - aber auch ambulante Dienste und Pflegeheime - wirtschaftlich in der Lage sind, die **persönliche Zuwendung** für den kranken oder alten Menschen so intensiv zu gestalten, wie dieses wünschenswert wäre. Geringe Personalkapazitäten und infolgedessen geringe Zeitbudgets führen dazu, dass die Patienten sich häufig allein gelassen fühlen. Die finanziellen Ressourcen der Krankenhäuser und der Träger der Pflege werden sich nicht grundsätzlich verbessern. Umso wichtiger ist es, immer wieder Pflegeprozesse zu optimieren und die Qualität der Pflege durch bessere Ausbildung zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Pflegewissenschaft ist heute ein eigenständiger Zweig im wissenschaftlichen Bereich, neben den anderen medizinischen Wissenschaften. Die Kollegin Birk hat darauf hingewiesen, dass wir in den letzten Jahren zunehmend Lehrstühle für Pflegewissenschaften im Bundesgebiet bekommen haben. Das ist gut und richtig so. Aber ob wir einen eige-

(Jutta Schümann)

nen Lehrstuhl brauchen, darüber müssen wir intensiv nachdenken.

Schließlich brauchen wir - das ist auch deutlich geworden und steht fest - **Professionalität** im Bereich der Pflegelehre und im Pflegemanagement. Pflege ist schwere körperliche Arbeit und sie ist seelisch belastend, besonders wenn der Pflegenden weiß, dass am Ende seiner Arbeit nicht die Heilung, sondern ein irreversibler Zustand, zum Beispiel eine Behinderung, bestehen bleibt oder der Tod des Patienten steht. Sensibilität und Mitgefühl mit dem leidenden Menschen konkurrieren mit der Notwendigkeit eines psychischen Selbstschutzes des Pflegenden. All das erfordert eine qualitativ hochwertige Ausbildung und ständige Fort- und Weiterbildung.

Einen wichtigen Ansatz, die Pflege auf **gleicher Verantwortungsebene** wie die medizinische und kaufmännische Leitung anzusiedeln, hat das Land mit dem Gesetz über die Gründung des UK S-H gewählt, indem ein Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice in den vierköpfigen Klinikumsvorstand mit einbezogen wurde. Das ist in der Tat eine wichtige strukturelle Voraussetzung dafür, dass die unterschiedlichen Disziplinen in einer Klinik auf Augenhöhe miteinander darüber entscheiden können, was für die gesamte Versorgung der Menschen im Klinikum wichtig und notwendig ist.

Meine Fraktion verfolgt die derzeitige Diskussion innerhalb des UK S-H, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Pflege zu institutionalisieren, mit Interesse. Dies setzt natürlich die **Kooperation** mit einer Mediziner ausbildenden **Hochschule** voraus. Hier wäre natürlich eine Kooperation mit der Universität Lübeck nahe liegend. Ich würde jedoch auch die CAU oder eventuell sogar eine Hochschule außerhalb Schleswig-Holsteins zunächst einmal mit in den Blick nehmen. Es ist deshalb wichtig, dass die Landesregierung darüber im Plenum oder in den beiden zuständigen Ausschüssen, also im Sozialausschuss und im Bildungsausschuss, Bericht erstattet. Für einen Ad-hoc-Bericht mit konkreter Beschlussfassung sehe ich im Moment jedoch keine Notwendigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch kurz etwas zu dem Vorschlag einer **Stiftungsprofessur** sagen. Auch die Diskussion darüber ist nicht neu. Diese Diskussion kann vor allem nicht losgelöst von der finanziellen Lage des Landes geführt werden. Stiftungsprofessuren werden, wie wir alle wissen, nicht für unbegrenzte Zeit geschaffen, sondern sie gehen nach einer festgelegten Zahl von Jahren in den finanziellen Verantwortungsbereich der Hochschule und damit des Landes über. Deshalb sollten wir mit der Einrichtung einer Stiftungs-

professur sehr vorsichtig sein. Damit würde sich nach wenigen Jahren eine **finanzielle Folgewirkung** ergeben, die sicherlich nicht als additiv anzusehen wäre, sondern die die betreffende Uni zwingen würde, die Finanzierung dieser Stiftungsprofessur durch Streichungen in anderen Instituten und anderen Fakultäten zu gewährleisten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte daher, den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD anzunehmen, in dem wir die Landesregierung bitten, bis Ende des Jahres zu prüfen, in welcher Form die Pflegewissenschaft am UK S-H und an unseren beiden Universitäten verankert werden könnte.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Jutta Schümann und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will einmal etwas Ungewöhnliches tun und versuchen, die Gemeinsamkeiten, die es in Bezug auf das Ziel ja ganz offensichtlich gibt, herauszuarbeiten. Weder Frau Schümann noch Herr Geerds haben bestritten, dass ein solches Vorhaben grundsätzlich notwendig ist. Das finde ich auch in Ordnung. Ich komme mir jetzt in etwa so wie in Debatten vor, die wir hier schon zur Palliativmedizin oder auch zu anderen sozialpolitischen Themen geführt haben. In solchen Debatten hat eine Fraktion - oft war es eine Oppositionsfraktion - ein Thema auf den Tisch gebracht und wollte damit etwas auf den Weg bringen, wobei wir uns zunächst nicht gegenseitig erklärt haben, was nicht funktioniert, sondern einen Weg gesucht haben, wie man zusammenkommen kann und wie man für die auch hier in Rede stehende Gruppe - diese Gruppe wird immer größer; ich komme gleich noch darauf zu sprechen - wirklich etwas bewegen kann.

Die Kollegin Heinold hat den vorliegenden Antrag formuliert, auch wenn die Kollegin Birk hier dazu gesprochen hat. Ich bin davon überzeugt, dass Frau Kollegin Heinold aufgrund ihrer Erfahrungen, die sie im Finanzausschuss sammeln durfte - dies eint uns, Frau Kollegin -, sehr genau wusste, was der von ihr unterbreitete Vorschlag bedeutet, und dass Sie aufgrund der Debatten, die wir über die Palliativmedizin und über den Lehrstuhl für die **Stif-**

(Dr. Heiner Garg)

tungsprofessur in den beteiligten Ausschüssen „friedlich“ geführt haben, auch um die **Schwierigkeiten** wusste. Frau Heinold, ich bin Ihnen zunächst einmal ausgesprochen dankbar für diesen Anstoß. Es ist ein Vorschlag, den ich in fast jeder Rede, die ich zur Pflegeproblematik gehalten habe, selbst mit auf den Weg gegeben habe. Ich bin davon überzeugt, dass die herkömmliche Pflege heute nicht mehr ausreichend ist. Es gibt eine Art von Überlieferung, wie man mit Pflegebedürftigen umgeht, insbesondere im stationären Bereich, aber immer mehr auch im ambulanten Bereich. Dieses Erfahrungswissen ist notwendig und hilft pflegebedürftigen Menschen auch. Dieses Erfahrungswissen allein genügt aber nicht mehr dem Anspruch einer **modernen Pflege**. Die Kollegin Schümann hat dies im Prinzip auch schon ausgeführt.

Wir sehen uns mit dem Problem der demographischen Entwicklung konfrontiert. Die Menschen werden nicht nur immer älter, sondern es wird auch immer mehr ältere Menschen geben. Dies bedeutet, dass wir infolge der **Pflegeeintrittswahrscheinlichkeiten** mehr Pflegebedürftige haben werden. Da müssen wir uns nichts vormachen. Natürlich wird es immer mehr Pflegebedürftige geben. Aufgrund so genannter soziodemographischer Faktoren kommt noch ein entscheidender Effekt hinzu.

Wir werden in Zukunft immer mehr Einpersonenhaushalte haben. Wir werden in Zukunft eine viel höhere Frauenerwerbsquote haben und auch haben müssen, als es bislang der Fall war. Damit ist das Pflegepotenzial angesprochen, das heute als Töchter/Mütter-Pflegepotenzial bezeichnet wird. Das Potenzial der Töchter, die ihre Mütter heute pflegen, beziehungsweise das Potenzial der Frauen, die ihre Familienangehörigen heute noch pflegen - deshalb rechnet sich die Pflegekasse im Übrigen heute auch noch; sonst würde sie sich schon lange nicht mehr rechnen -, wird in Zukunft wegbrechen. Nun steht unsere zivilisierte Gesellschaft vor dem Problem, dass sie dieses Wegbrechen des **familiären Pflegepersonals** in irgendeiner Form auffangen muss, und zwar durch professionalisierte Pflegestrukturen in der ganze Bandbreite vom Wohnen mit Service - früher hieß es, wie ich glaube, betreutes Wohnen - bis hin zu Angeboten im stationären Hospizbereich. Es geht hier also um das ganze Spektrum von Angeboten, das wir haben, angefangen bei den ambulanten Pflegediensten bis hin zur stationären Unterbringung.

Ich sehe hier die Notwendigkeit, nicht nur für die Pflegebedürftigen etwas auf den Weg zu bringen. Angesichts eines zurückgehenden Erwerbspotenzials geht es vielmehr auch darum, die Pflegeberufe

wieder attraktiver zu machen. Wie wollen wir denn vor junge Mädchen und hoffentlich auch Männer treten und ihnen einen Beruf im Pflegebereich schmackhaft machen, wenn die **Aufstiegsmöglichkeiten** in der Regel - jedenfalls bis heute - nur begrenzt sind? Heute heißt es in der Regel: einmal Pflegedienstleitung - immer Pflegedienstleitung. Wenn ich mit 25 Jahren Pflegedienstleiter geworden bin, so bleibe ich dies im Zweifel bis zum Alter von 60 oder 65 Jahren, weil die Aufstiegsmöglichkeiten - ich will es einmal ganz vorsichtig ausdrücken - einfach begrenzt sind.

Das heißt, wir täten wirklich gut daran - ich erspare mit hier jetzt den Fachvortrag -, im Sozialausschuss zu versuchen, das, was wir haben wollen - im Ziel sind wir uns, wie ich glaube, einig oder zumindest nicht weit voneinander entfernt -, auch wirklich zu erreichen. Dies ist aus meiner Sicht nicht zuletzt für die Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe insgesamt notwendig. Von uns wurde der Vorschlag gemacht, die Ausbildung als Basisausbildung mit einer anschließenden Spezialisierung zu konzipieren. Auch darüber werden wir im Fachausschuss noch zu reden haben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir all das in den Blick nehmen und nicht das Trennende betonen, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen, bin ich eigentlich ganz hoffnungsfroh, dass es uns gelingt, das angestrebte Ziel zu erreichen. Frau Kollegin Birk, ich habe mich allerdings zunächst etwas über den Koalitionsantrag geärgert. Es sah nämlich so aus, als ob die Opposition eine Initiative startet und wir einen Prüfauftrag hinterher geschoben bekommen. Sei's drum! Ich glaube, so war es nicht gemeint. Nach den Redebeiträgen der Vertreter der Regierungsfractionen sollten wir uns, wie ich glaube, alle Mühe geben, jetzt im Sinne der Pflegebedürftigen und derer, die in Zukunft in diesem Bereich arbeiten müssen, etwas auf den Weg zu bringen. - Ich bedanke mich für Ihre Geduld und dafür, dass ich meine Redezeit um zehn Sekunden überziehen durfte.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg und erteile für den SSW Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren hat sich die Pflege entscheidend weiterentwickelt. Noch vor wenigen Jahren mussten die Altenpflegeschülerinnen und -schüler ihre Ausbildung selbst bezahlen und nicht einmal das war eine Garantie für eine **professionelle Qualifizierung**. Die Altenpflegeausbildung bot ein wildes Durcheinander: Jedes Bundesland suchte nach eigenen Lösungswegen. Als dann aber das Interesse an dem Beruf nachließ und die fortschreitende Professionalisierung der Pflegeberufe vor allem im angelsächsischen und skandinavischen Raum, aber auch bei uns nicht mehr zu übersehen war, wurden entscheidende Veränderungen angegangen.

Ich möchte den großen Reformwillen und auch die Einführung wichtiger pflegerischer Standards noch einmal in Erinnerung rufen. Der Weg war weit und trotz vieler Unkenrufe hat sich das **Berufsbild** in der **Altenpflege** gründlich verändert. Die Universitäten in Berlin, Freiburg oder auch Witten-Herdecke haben durch ihre Forschungen geholfen, die Qualität der Pflege zu verbessern.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Veröffentlichungen aus diesen Universitäten werden eifrig gelesen und auch die Erkenntnisse werden umgesetzt. Wie in der Pädagogik oder in der Krankenpflege hat sich auch in der Altenpflege die Erkenntnis herumgesprochen, dass eine solide Weiterbildung unabdingbar ist. Die Verweildauer im Beruf steigt und die Zufriedenheit wächst. Das alles kommt auch den Menschen zugute, um die es geht, nämlich den Alten. Man darf sich aber nicht auf den Lorbeeren ausruhen, denn der entscheidende Schub steht uns noch bevor: die **Akademisierung** der Altenpflege.

Altenpflege hat jahrelang das Image der Sterbe- und Hinfälligenpflege gehabt, die sich von der medizinisch geprägten Krankenpflege gründlich unterscheidet, weil sie den Zustand der Patienten nicht verbessern könne. Heute wissen wir, dass das Humbug ist. Eine qualifizierte Altenpflege kann dem alten Menschen neue Perspektiven eröffnen, ihn gesundheitlich stärken und vor allem in der Prävention segensreich wirken. Es stünde Schleswig-Holstein daher gut zu Gesicht, die Pflegewissenschaft in die Initiative Gesundheitsland Schleswig-Holstein zu integrieren. Wir sollten die neue Kooperation sinnvoll umsetzen, denn auf diese Weise ziehen wir interessierte Studierende in das Land. Dazu bedarf es weiterer intensiver Forschung. Der SSW un-

terstützt daher ausdrücklich die Einrichtung einer **Stiftungsprofessur**.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun dies, auch wenn wir wissen, dass damit die langfristige **Finanzierung** einer solchen Professur noch nicht geregelt wäre. Dies wäre aber immerhin ein erster Schritt. Dieser Schritt sollte getan werden, zumal man an der Uni Lübeck der Idee durchaus aufgeschlossen gegenübersteht. Allerdings muss auch das Land hier ein finanzielles Signal setzen. Schließlich zählt die Uni Lübeck derzeit zu den Verlierern beim Anreizbudget. Wer eine universitäre Ausbildung in diesem Bereich will, muss dann auch für die finanziellen Grundlagen sorgen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung hat hier eine wichtige Zukunftsaufgabe, der sie sich annehmen muss.

Eine qualitativ gute Pflege kommt nicht nur den Alten zugute, sondern auch den Altenpflegern, die dann wieder mehr Spaß am Beruf gewinnen. Nebenbei erhöhen sich für alle auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Dennoch haben sich die Vorteile einer professionellen Pflege noch nicht überall herumgesprochen. Ansonsten wäre die Finanzierung des Pflege-Instituts schon lange unter Dach und Fach. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen achtet bei seinen Besuchen in den Einrichtungen zunehmend auf diese Faktoren. Jetzt müssen nur noch die Finanziere begreifen - und das sind überwiegend die Pflegekassen -, dass ausgebildete Pflegemanager viel Geld sparen können. Das System muss umsteuern, Pflege muss professionalisiert werden!

Doch die Realität in unseren Heimen sieht noch lange nicht nach Akademisierung aus. Der einzige Akademiker in einem Heim ist meistens der Verwaltungsleiter. Absolventen des zukünftigen Pflege-Instituts müssen die Heime erst einmal davon überzeugen, für sie eine Stelle zu schaffen. Das dürfte ihnen auch nicht schwer fallen - davon bin ich überzeugt -, denn die Kostenargumente haben sie ja auf ihrer Seite. Das Land muss aber endlich Nägel mit Köpfen machen, hier etwas anschieben,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Voraussetzungen für eine professionelle Altenpflege schaffen und die Idee an der Uni Lübeck unterstützen.

(Lars Harms)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Bevor ich das Wort für zwei Dreiminutenbeiträge erteile, begrüße ich sehr herzlich auf der Tribüne die Herren des Sanitätsleitzentrums 140 aus Munster. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile das Wort zum einem Dreiminutenbeitrag dem Herrn Kollegen Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Erstens. Brauchen wir eigentlich einen Lehrstuhl für Pflege auch in Schleswig-Holstein? Wir müssen in der gesamten Betrachtung des Gesundheitswesens, gerade, was die Krankenhäuser betrifft, zu einem Paradigmenwechsel kommen. Alle Untersuchungen zeigen immer mehr, dass der Heilungserfolg auch in Krankenhäusern, nicht nur zu Hause, fast zur Hälfte auch von der Betreuung, der Pflege abhängt. Das heißt, nicht nur der Arzt ist entscheidend dafür, ob der Patient gesundet, sondern die gesamte Frage des Wohlbefindens, der psychischen Eingebundenheit ist entscheidend dafür, ob der Patient gesund wird.

Wenn das aber so ist, kann es nicht sein, dass man sagt, der Arzt ist ein akademischer Beruf, der sich von Schwestern und Pflegern helfen lässt, die Pflege aber ist ein nicht akademischer Bereich, ist „nebenbei“. Um den maximalen Erfolg zu gewährleisten, muss die **Pflege im Krankenhaus** den gleichen Stellenwert haben wie die ärztliche, medizinische Betreuung. Dazu brauchen wir an einem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein viel mehr als einen Lehrstuhl. Das ist nur der Anfang.

Zweitens. Wenn wir zu der Entscheidung kommen, dass wir so etwas wollen, muss nach dem geltenden Hochschulgesetz das Parlament entscheiden. Denn die **Zielvereinbarungen** der Landesregierung mit den **Hochschulen** werden auf der Grundlage einer Eckpunkteentscheidung des Parlaments verhandelt. So steht es im Hochschulgesetz. Dieser Parlamentsvorbehalt ist explizit in das Hochschulgesetz geschrieben worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich halte das auch für richtig. Das sind nämlich grundlegende Entscheidungen, die das Parlament treffen soll. Wie das dann umgesetzt wird, soll die Regierung entscheiden. Deswegen bedarf es einer Entscheidung des Parlaments, dass wir eine solche Ausbildung wollen.

Eine solche **Ausbildung** - das ist völlig klar - wird nur in den Medizinischen Hochschulen angesichts der Vorgabe, dass Lehrstühle abgebaut werden, wenn es zu Schwerpunktverlagerungen kommt, möglich sein. Wenn wir zu einer **Pflegewissenschaft** in Schleswig-Holstein kommen, müssen die Fakultäten das an einer anderen Stelle einsparen. Das bedeutet schmerzliche Entscheidungen. Sie werden ihnen durch eine Stiftungsprofessur erleichtert. Das ist erfreulich. Aber das ist nur eine vorübergehende Geschichte, denn letztlich müssen die Entscheidungen in den Fakultäten getroffen werden. Wenn das UK S-H aber sagt: „Wir wollen das, wir brauchen das“, dann ist das ein ganz deutliches Signal. Denn die Ärzte, die dort sind, sind überwiegend jene, die als Professoren in den Fakultäten vertreten sind. Das ist eine ganz klare Entscheidung, dass der Medizinstandort Schleswig-Holstein eine solche Pflegewissenschaft braucht.

Lediglich die Angst an den Fakultäten, dass das auf Kosten ihrer Lehrstühle geht, hindert die Fakultäten daran, sich in Bewegung zu setzen. Deswegen brauchen wir schnellstmöglich eine politische Entscheidung. Ich freue mich, dass sich die Regierungsfractionen jetzt bereit gefunden haben, beide Anträge an den Ausschuss zu überweisen, sodass wir die Diskussion dort mit dem Ministerium fortsetzen können

(Glocke der Präsidentin)

und hoffentlich möglichst rasch, möglichst noch bis zum Herbst, zu einer Entscheidung des Parlaments kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Beitrag des Kollegen Hentschel waren wir schon ziemlich nah am Ergebnis - hatte ich den Eindruck.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Jürgen Weber)

Zwei Dinge haben mich aufmerken lassen, Herr Kollege Hentschel. Sie haben den Hinweis gegeben, man müsse über die Frage nachdenken, dass auch im Bereich Pflege akademische Berufe sein müssten. Es ist interessant, darüber zu diskutieren. Das ist neu.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist auch nicht das, wovon wir hier in diesem Antrag gesprochen haben. Deswegen glaube ich, man muss ein paar Missverständnisse aus dem Weg räumen.

Erstens reden wir nicht nur und vielleicht nicht in erster Linie über Verbesserung von Pflege. Über dem Antrag steht „Pflegerwissenschaft und -forschung“. Deshalb erlaube ich mir, aus wissenschaftspolitischer Sicht ein paar Anmerkungen zu machen. Wir reden darüber, dass es **neue medizinische Bereiche** gibt, für die wir die entsprechende pflegerische Antwort wissenschaftlich noch gar nicht erarbeitet und erforscht haben. Das müssen wir tun.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der zentrale Ansatz, über den wir reden müssen. Ich will die Bereiche in der Kürze der Zeit gar nicht nennen. Das heißt in der Konsequenz, dass wir über die Fragen nachdenken müssen: Wo soll das alles erforscht werden? Müssen wir das an jeder deutschen Universität mit Medizin machen?

(Lothar Hay [SPD]: Flensburg!)

Wie soll das, was erforscht wird, in Anwendung gebracht werden? Wie sollen wir das in Qualifizierung, in Weiterbildung und weitere ähnliche Maßnahmen einbauen? Über die Abstufung müssen wir reden.

Zweitens müssen wir über die Frage reden, ob wir in Schleswig-Holstein einen eigenen Forschungsbereich brauchen, und wenn wir ihn brauchen, welchen Bereich wir brauchen. Der **Bereich Pflegewissenschaft** ist zu breit, als das man ihn mit einem Lehrstuhl abdecken könnte. Darüber muss noch etwas dezidierter geredet werden. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen die verschiedenen Optionen prüfen. Es ist auch vorstellbar, dass in einer **Kooperation mit Hamburg** neue Wege gefunden werden. Das muss meines Erachtens geprüft werden.

Drittens: Stiftungslehrstuhl. Dazu ist schon etwas gesagt worden. Er birgt gewisse Risiken. Ich erinnere nicht nur an die Palliativmedizin, sondern ich erinnere auch an das Thema Allgemeinmedizin.

Dazu hatten wir eine leidige Diskussion. Wenn wir das machen, wenn wir das akzeptieren, kann das nur Folgendes heißen. Herr Kollege Hentschel, Sie sprachen von der **Umwidmung eines Lehrstuhls**. Das kann die Hochschule jetzt schon machen. Da brauchen wir überhaupt keine Zielvereinbarung zu ändern. Einzelne Lehrstühle in Fakultäten im Rahmen der Autonomie der Hochschule zu ändern, können die Hochschulen jeden Tag machen, wenn sie einen frei werdenden Lehrstuhl haben. Das können sie jeden Tag machen. Dazu brauchen wir nichts zu beschließen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden es aber nicht! Sie werden es aus egoistischen Gründen nicht tun! Das ist logisch!)

- Das haben wir in anderen Bereichen auch gemerkt.

Die politische Frage für uns ist folgende: Wenn Stiftungsprofessuren, dann nur, wenn klar ist, in welchem Bereich, und dass das innerhalb der Budgets der Hochschule fortgesetzt wird. Das steht übrigens nicht in Ihrem Antrag, Herr Hentschel. In Ihrem Antrag steht: zusätzliche finanzielle Unterstützung durch das Land.

(Glocke der Präsidentin)

Das, was Sie hier gesagt haben, steht nicht in Ihrem Antrag.

Es gibt Beratungsbedarf. Wir sollten die Beratung im Ausschuss fortsetzen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Es gibt noch vieles zu klären.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erhält die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die lebhaftige Debatte und die Ausschussüberweisung. Ich möchte aber klarstellen, dass das Wort „zusätzlich“, Herr Weber, nicht in unserem Antrag steht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Dann erhält jetzt Herr Minister Dietrich Austermann für die Landesregierung das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach dem letzten Beitrag des Abgeordneten Weber kann ich es relativ kurz machen. Wer sich den Antrag der Fraktion der Grünen ansieht, stellt fest, dass darin im ersten Absatz eine Forderung nach einem Bericht der Landesregierung erhoben wird. Im zweiten Absatz sollen die Schlussfolgerungen aus dem Bericht, der noch nicht gegeben worden ist, gezogen werden. Das ist das eine Problem.

Das zweite Problem ist, dass die Unterscheidung zwischen dem, was **praktische Pflege** auf der einen Seite ist, und dem, was **Pflegeforschung** auf der anderen Seite ist, offensichtlich durcheinander geht. Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen. Ich möchte hier nachdrücklich zum Ausdruck bringen, dass überhaupt niemand Veranlassung hat, darüber nachzudenken, dass im Bereich Pflege in Schleswig-Holstein nicht Optimales geleistet wird von vielen Beteiligten, die damit befasst sind. Es ist wichtig, das festzustellen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wenn man über **zusätzliche Studiengänge**, über zusätzliche Institute Entscheidungen trifft, wird man zunächst einmal die Gesamtlandschaft beobachten.

Derzeit bereiten wir gemeinsam mit dem UK S-H über eine **Potenzialanalyse** Entscheidungen vor, die wahrscheinlich im Herbst vom Parlament getroffen werden. Wir sind auch dabei, Entscheidungen zu treffen, die sich auf die Konstruktion der beiden Medizinischen Fakultäten in Kiel und in Lübeck beziehen. Auch insofern kann ich nur darum bitten, dass dem Antrag der Koalition so stattgegeben wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben vereinbart, dass wir beide Anträge an den Ausschuss überweisen! Das überlassen Sie einmal schön dem Ausschuss!)

- Herr Garg, das bedeutet, zunächst einmal die Situation gründlich zu analysieren: Wie sieht die Wissenschaftslandschaft in Schleswig-Holstein aus? Welche Pläne haben wir in der nächsten Zeit und welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Der Antrag der Grünen - das habe ich eben gesagt; wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie es bemerkt - bedeutet praktisch, dass ich den zweiten Schritt vor dem ersten mache. Dazu kann ich nicht raten, weil dies auch wirtschaftlich unvernünftig ist.

Bereits Ende 2004 ist am UK S-H das **Zentrum für Gesundheitsberufe** eingerichtet worden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schon zwei Jahre her!)

- Aber Sie tun so, als gäbe es das noch gar nicht! - Es ist eingerichtet worden und bietet als größter schleswig-holsteinischer Ausbilder in Gesundheitsberufen beispielsweise Ausbildungsgänge für Gesundheits- und Krankenpflege, aber auch für medizinische Assistentinnen und Assistenten und Hebammen an.

Mit dem Bildungszentrum soll nicht nur die Ausbildung, sondern sollen auch **Fort- und Weiterbildung** in den **Gesundheitsberufen** weiter professionalisiert werden. Das geschieht inzwischen. Zudem hat das UK S-H eine **Arbeitsgruppe „Pflegeforschung“** eingerichtet. Auch diese wird bei Ihnen nicht erwähnt. Sie ist vorhanden und ich denke, dass auch diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit leistet und auch weiter leisten wird.

Hier geht es meines Erachtens ein bisschen durcheinander. Ich nehme noch einmal das auf, was der Abgeordnete Weber gesagt hat. Man hat den Eindruck, dass bei Ihnen Pflege nur von Personen geleistet wird, die eine akademische Ausbildung haben.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Falsch!)

- Selbstverständlich. Die Qualität einer liebevollen Pflege hängt aber nicht unbedingt vom Grad der Ausbildung desjenigen ab, der sie leistet. Ich denke, dass es notwendig ist, darauf hinzuweisen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Für bestimmte **Funktionen**, zum Beispiel für leitende Pflegekräfte, könnte eine Ausbildung auf Fachhochschulebene in Analogie zum Bachelor-Studiengang Physiotherapie an der Fachhochschule Kiel sachgerecht sein. Im Bundesgebiet gibt es bereits 17 Fachhochschulen, die eine akademische Pflegeausbildung ermöglichen. An weiteren Fachhochschulen befinden sich Pflegestudiengänge in Vorbereitung. Ob allerdings eine solche Ausbildung auch in Schleswig-Holstein stattfinden muss, hängt von der Nachfrage und - wie hier richtig gesagt worden ist - auch von der Schwerpunktsetzung der Hochschule ab.

Neben den Fachhochschulstudiengängen gibt es stärker forschungsorientierte Studiengänge an Universitäten wie Berlin, Bielefeld und Halle. Auch dort ist der Bedarf vorhanden und wird gedeckt. Diese Studiengänge zeichnen sich durch starke In-

(Minister Dietrich Austermann)

terdisziplinarität und insbesondere durch einen hohen sozialwissenschaftlichen Anteil aus.

Der Aufbau eines Schwerpunkts „Pflegerwissenschaft und Forschung“ an der **Universität Lübeck** würde eine adäquate Personal- und Sachausstattung erfordern und damit Geld kosten und Ressourcen binden. Dabei würde auch mit Blick auf die angesprochene Verzahnung der Pflegewissenschaft mit sozialwissenschaftlichen Elementen die Finanzierung eines solchen Pflegeschwerpunktes über die Finanzierung einer möglichen Stiftungsprofessur deutlich hinausgehen.

Auch für das **UK S-H** wird die Einrichtung eines Instituts für Pflegeforschung Strukturentscheidungen und Mitwirkung bedeuten. Hier ist mit Recht - auch durch einen Zwischenruf von Herrn Klug - darauf hingewiesen worden, dass die Universitäten selbst darüber entscheiden können, in welchen Bereichen sie welche Schwerpunkte setzen. Ich denke, dass es richtig ist, in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich das UK S-H in einem schwierigen wirtschaftlichen Fahrwasser befindet und dass wir deshalb, wie Sie wissen, gerade im Begriff sind, die Ausrichtung der Hochschulmedizin neu zu justieren, die Profilbildung und die Schwerpunktsetzung neu zu fassen. Wir müssen vorhandene begrenzte Mittel effizienter einsetzen. Deshalb kann man nicht einfach sagen: Wir brauchen einen neuen Lehrstuhl, ein neues Institut, eine neue Einrichtung. Vielmehr geht es darum, dass wir das, was vorhanden ist, in seiner Qualität steigern und ergänzen und in der Zuständigkeit der Hochschulen die richtigen Entscheidungen treffen.

Insofern stimme ich Ihnen zu. Wir sollten darüber reden, aber bitte ohne jede Eile, meinerwegen selbstverständlich auch über beide Anträge, aber ich glaube, dass es richtig ist, dass man den Gesamtzusammenhang erkennen muss und dass noch einmal unterstrichen werden muss, dass die Qualität der Pflege in Schleswig-Holstein in vollem Umfang gewährleistet ist.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Es folgen nun weitere Wortbeiträge nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Zunächst erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, bis eben waren wir uns so

schön einig und nun kommen Sie mit Ihrem Beitrag.

Wir haben einen Antrag gestellt, der in das ganz normale parlamentarische Verfahren passt. Wir haben gesagt: Lasst doch die Landesregierung den Sachstand berichten. Dann haben wir aus unserer Sicht eine inhaltliche Positionierung vorgenommen, haben gesagt, was wir wollen und dass die Zielvereinbarungen dies zukünftig beinhalten müssen. Das normale Parlamentsverfahren gebietet nun eine Ausschussüberweisung beider Anträge.

Nun bestand das erste Kuriosum darin, dass die Landesregierung zunächst nicht berichten wollte, am Ende der Debatte aber doch berichtet, was die Diskussion nicht zwangsläufig verbessert.

Zweitens sagen Sie erneut - Herr Austermann, und Sie tun das immer wieder -: Das Parlament soll hier nicht mitmischen, es soll keine politischen Entscheidungen treffen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unmöglich!)

Ob Sie politische Entscheidungen wollen oder nicht, Herr Austermann, ist Ihr Problem. Dieser Landtag wird weiter politisch diskutieren und er wird politische Entscheidungen treffen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Entscheidung, auf die wir uns jetzt verständigt haben, ist richtig. Beide Anträge sollen an den Ausschuss überwiesen werden. Dort werden wir uns darüber unterhalten, ob unsere inhaltliche Positionierung Unterstützung findet. Wenn ja, ist zu fragen: Wie können wir sie auf den Weg bringen? Findet sie keine Unterstützung, ist zu fragen: Gibt es vielleicht andere Vorschläge vonseiten der SPD oder der CDU, was man stattdessen tun kann?

In der Sache sind wir uns ja einig und darüber bin ich sehr froh. Es geht nicht darum, das gesamte Pflegepersonal zu Akademikern zu machen. Das hat niemand gesagt. Es geht darum, dass wir der **Pflegerwissenschaft** und der Pflegeforschung in unserem Gesundheitssystem einen höheren Stellenwert geben, als diese jetzt haben, und zwar im Interesse der älter werdenden Bevölkerung, aber auch im Interesse der gesamten Bevölkerung, die einen Anspruch darauf hat, qualitativ gut gepflegt zu werden, profitieren sollen die Patienten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für einen weiteren Wortbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrscheinlich wundert es Sie nicht sonderlich, dass ich nach der Rede des Herrn Ministers noch einmal ans Rednerpult gegangen bin. Herr Minister, ich will Ihnen in aller Ruhe, aber mit Ärger im Bauch sagen: Ich fand Ihren Beitrag unmöglich.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

- Moment! - Ich fand es unmöglich. Die sozialpolitischen Sprecher aller Fraktionen, auch der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, haben sich darüber verständigt, dass man, wenn man das Gemeinsame und nicht das Trennende betonen will, versucht, beide Anträge an den Ausschuss zu überweisen und darüber inhaltlich zu reden. Die Kollegin Heinold hat das schon dargestellt.

Das, was Sie gemacht haben, ist nichts anderes als der Versuch, den Sie ja immer wieder starten: Das Parlament hat angeblich nichts mehr zu sagen, weil die Regierung - in diesem Falle Sie - bestimmt, wie wir uns in Zukunft im Ausschuss über bestimmte Anträge zu unterhalten haben. Ich finde ein solches Verhalten eines Mitgliedes der Landesregierung unmöglich und ich lasse mir das auch nicht gefallen. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So funktioniert Politik nicht, jedenfalls nicht, solange wir in diesem Landtag sitzen. Sie müssen uns nicht erklären, was in den beiden Anträgen steht, und Sie müssen uns wahrlich auch nicht erklären - das hat der Kollege Weber getan und davon verstehen Sie als ehemaliger haushaltspolitischer Sprecher im Zweifel auch nichts -, was mit den Erkenntnissen aus pflegewissenschaftlichen Studien und Arbeiten geschieht. Wahrscheinlich wissen Sie noch nicht einmal, dass die **Pflegewissenschaft** ganz unterschiedliche Teildisziplinen kennt, so beispielsweise die gerontologische Pflege. Es gibt bereits **Lehrstühle** für ein gezieltes **Pflegepersonalmanagement**, es gibt das Pflegequalitätsmanagement.

Um alle diese Facetten zu besprechen, wollen wir beide Anträge zur Beratung an den Ausschuss über-

weisen. Selbstverständlich wirken sich die Erkenntnisse aus den einzelnen Teildisziplinen unterschiedlich auf die Umsetzung, auf die Pflegequalität, auf die Ausbildung in den Pflegeberufen und letztlich auch auf das Ergebnis von Pflege aus.

Ihre Belehrungen zum Thema Pflege können Sie sich also in Zukunft sparen. Ich bin wirklich ärgerlich darüber, dass Sie erneut den Versuch gemacht haben, eine Ausschussberatung, die auf einem guten Weg war, vom Rednerpult aus zu zerschießen, und kann nur an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, sich das in dieser Form nicht gefallen zu lassen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Anträge in den Ausschuss zu überweisen. Es ist beantragt worden, Absatz 2 des Antrages Drucksache 16/780 sowie den Antrag Drucksache 16/804 federführend dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

(Unruhe)

Ich frage die Fraktionen - -

(Zurufe)

Die Fraktionen haben mir damit ein Signal gegeben, keinen weiteren Tagesordnungspunkt aufzurufen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterbreche ich die Sitzung und wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:50 bis 15:03 Uhr)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Vor allem begrüße ich auf der Tribüne Genossenschaftsmitglieder der coop Schleswig-Holstein und weitere Gäste und bitte um Entschuldigung, dass wir hier mit solch einer Verspätung anfangen.

(Beifall)

Wenn man Kritik übt, trifft man immer die, die schon in der Kirche drin sind. Es sind die, die drau-

(Präsident Martin Kayenburg)

Ben sind, gemeint. Ich finde das in dieser Form nicht vertretbar und werde das nachher noch einmal deutlich machen.

(Beifall)

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, will ich mitteilen, dass Minister Wiegard wegen dienstlicher Verpflichtung auf Bundesebene ab jetzt beurlaubt ist. Im Übrigen stelle ich die Tagesordnung - Ihr Einverständnis vorausgesetzt - so um, dass ich zunächst Tagesordnungspunkt 16 aufrufe. Die Begründung: Minister Austermann ist zurzeit draußen bei den Studenten. Ich halte die Umstellung deswegen für gerechtfertigt. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Weißbuch „Kommunikationspolitik“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/793

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, wir können nicht ohne die Regierung tagen!)

- Die Regierung wird sich gleich entschuldigen, denke ich einmal.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann soll die Regierung kommen! Ich schlage vor, dass wir die Regierung bitten, hierher zu kommen! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Weitere Zuerufe)

- Es ist der Antrag gestellt, die Sitzung zu unterbrechen, bis die Regierung vertreten ist. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist beschlossen, die Sitzung zu unterbrechen, bis die Regierung hier vertreten ist. Ich bitte die Verwaltung, dafür zu sorgen, dass die Regierung hier antritt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Irgendein Minister wird ja wohl Zeit haben!)

(Unterbrechung: 15:06 bis 15:13 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Gemeinsam gegen Kinderarmut

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/672

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/788

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky, das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 23. März 2006 überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ in zwei Sitzungen, zuletzt am 18. Mai 2006, beraten. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrages in der Ihnen mit Drucksache 16/788 vorliegenden Fassung. Ich verzichte darauf, alle Unterpunkte zu verlesen, da ich davon ausgehe, dass die Rednerinnen und Redner der Fraktionen inhaltlich dazu Stellung nehmen werden.

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Ich sehe keine Wortmeldung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe jetzt anwesende Landesregierung! Mit unserem ursprünglichen Antrag zur Armutsberichtserstattung hat die grüne Landtagsfraktion eine Debatte über die aktuelle Armutssituation in Schleswig-Holstein angestoßen. Anlass war auch die Kampagne von UNICEF Deutschland und den Sozialverbänden, die eine Reihe konkreter Vorschläge zur Armutsbekämpfung bei Kindern und Familien in Schleswig-Holstein beinhaltete. Zu dieser Kampagne gehörten auch Regionalkonferenzen, die vor Ort auf ein sehr positives Echo gestoßen sind.

Wir haben diese gute Initiative im Landtag aufgegriffen. Mit unserem Entschließungsantrag vom März wollten wir erreichen, dass der Landtag ein deutliches politisches Signal setzt und konkrete Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg bringt.

(Monika Heinold)

Dieses Ziel ist mit der heutigen Beschlussempfehlung des Sozialausschusses erreicht. Ich freue mich, dass es uns parteiübergreifend gelungen ist, 14 differenzierte Maßnahmen aufzulisten, die heute hoffentlich beschlossen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vielen Dank auch an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss. Dort hat es eine sehr konstruktive Debatte gegeben. Es wird zu vier Maßnahmen kommen, die auf Landesebene fast alle umgesetzt werden können.

Dabei knüpfen viele Forderungen an bereits bestehende Konzepte und Projekte an. Gerade angesichts der Haushaltssituation ist das ein notwendiges Signal. Dies reicht von Erhalt der **Kinderschutzzentren** bis hin zum bedarfsgerechten Ausbau von **Kinderbetreuungsangeboten**.

Alle Kinder in Schleswig-Holstein, egal, in welchem Elternhaus sie leben, haben ein Recht auf ein gesundes Aufwachsen, auf eine gute Bildung, auf Förderung und Unterstützung. Gemeinsame Anträge führen natürlich auch dazu, dass von eigenen Forderungen Abstriche gemacht werden müssen. So ist von unserer Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulangeboten nur noch ein bedarfsgerechter Ausbau übrig geblieben. Da bleibt nur zu hoffen, dass diejenigen, die den Bedarf ermitteln, genauer hinschauen und den Bedarf in der Fläche erkennen.

Ein Punkt in unserem gemeinsamen Antrag ist mir besonders wichtig. Trotz der schwierigen Haushaltslage soll es mittelfristig zu einem **beitragsfreien letzten Kindergartenjahr** kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich halte dies für ganz wichtig. Vorbild kann für uns Rheinland-Pfalz sein, wo man gerade die Kindertagesstättengebühren grundsätzlich abschaffen will, wie immer das auch finanziert wird. Gerade für Kinder aus armen Familien ist es ein großes Geschenk, eine Kindertagesstätte besuchen zu können.

Mit dem heutigen Beschluss wird erfreulicherweise eine andere Marschroute eingeschlagen. Wir hatten schon einmal einen Antrag zur Familienpolitik gestellt, in dem das beitragsfreie Kindertagesstättenjahr enthalten war. Anfang dieses Jahres ist der Antrag abgelehnt worden. Jetzt wird er angenommen.

Ich möchte noch zwei Punkte nennen, die Bestandteil des Antrages der Grünen waren und nun leider in dem gemeinsamen Antrag nicht mehr auftau-

chen. Zum einen handelt es sich um unsere Forderung nach einer **Kindergrundsicherung**. Sie war nicht konsensfähig, obwohl sie Bestandteil des Forderungskatalogs von UNICEF und anderen war. Ebenfalls ist nicht die Festlegung enthalten, dass Fördermöglichkeiten für Kindertageseinrichtungen nicht an der Barriere der **Elternbeiträge** scheitern dürfen. Schade, dass dies nicht mit aufgenommen worden ist.

Auch haben CDU und SPD unsere Forderung, den **Schulbesuch von Kindern ohne gesicherten Aufenthalt** sicherzustellen, nicht aufgenommen. Mit diesem Thema muss sich der Innen- und Rechtsausschuss noch einmal beschäftigen, weil es wichtig ist, dass alle Kinder in Deutschland die Schule unabhängig vom Elternhaus und unabhängig vom Status der Eltern besuchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist erfreulich, dass wir in dem gemeinsamen Antrag heute viele Maßnahmen haben, die wir beschließen werden. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, **Kinderarmut**, die es auch in Schleswig-Holstein leider gibt, zu bekämpfen und einzudämmen. Ich denke, das ist ein gutes Signal an die Kinder und ihre Familien in Schleswig-Holstein. Wenn der Antrag beschlossen wird, haben wir viel zu tun, um alles umzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Thorsten Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Mitgliedern des Sozialausschusses ist es gelungen, sich auf eine gemeinsame Beschlusslage für einen Antrag zur Bekämpfung der Kinderarmut zu verständigen. Es gab einen Änderungsantrag von CDU und SPD zum Antrag der Grünen. Ich finde es gut, dass es uns gelungen ist, uns auf wesentliche Punkte zu verständigen, und gesagt haben: Wir wollen uns auf die Felder konzentrieren, auf denen wir in Schleswig-Holstein direkt etwas beeinflussen können.

Familie ist für die CDU überall dort - ich will es noch einmal darlegen -, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Dabei ist die Familie der Ort, wo Gemeinsinn begründet, gefördert, gefordert und weitergegeben werden kann. Damit die Familie ihre Verantwortung wahrnehmen

(Torsten Geerds)

kann, braucht sie entsprechende Rahmenbedingungen und, wo es notwendig ist, gezielte Unterstützung. Das sind die Punkte, die wir in unseren gemeinsamen Antrag aufgenommen haben.

Wenn wir in Deutschland über Armut reden, dann reden wir allerdings nicht nur über materielle Nöte, sondern auch über Vernachlässigung, Verwahrlosung und Gewalt gegen Kinder. Dies möchte ich ausdrücklich betonen.

Wir wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten kindgerechte und familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und für eine bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sorgen.

Wir brauchen eine Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit und Kindererziehung für Väter und Mütter. Wir brauchen aber auch eine Parallelität von Beruf und Erziehung ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit. Auch das sagen wir sehr deutlich. Dazu muss die Arbeit im Erwerbsleben und in der Familie besser, gerechter - also fairer - verteilt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele hoch qualifizierte Frauen. Deren Potenzial muss genutzt werden. Alle Anstrengungen, die Arbeitswelt familienfreundlich zu gestalten, müssen unternommen werden.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt es, dass das Thema „familienfreundlicher Betrieb“ im Wirtschaftsministerium herausgehoben bearbeitet wird. Wir wagen in unserem Antrag trotz der miserablen Haushaltssituation, auf die Frau Heinold verwiesen hat, eine sehr klare Aussage zur **Kita-Versorgung** in Schleswig-Holstein. Die CDU-Landtagsfraktion will von dem Ziel nicht ablassen, für ein kostenfreies Kindertagesstättenjahr zu kämpfen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das kann allerdings nur durch Einsparungen und Umschichtungen in den eigenen Haushalten gelingen. Bei der finanziellen Lage des Landes und der Kommunen ist eine **gebührenfreie Kinderbetreuung** ohne deutliche Einschränkungen in anderen Bereichen eben nicht finanzierbar. Langfristig ist ein kostenfreies letztes Kindertagesstättenjahr aber anzustreben, um allen Kindern ein vorschulisches Bildungsangebot zu ermöglichen.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Sowohl für den Grundschul- als auch für den weiterführenden Schulbereich bleibt ein flächendeckendes bedarfsgerechtes Angebot an **Ganztagschulen** unser Ziel.

Das Leben in unserer Gesellschaft wird immer vielschichtiger. Daher wird die Eltern- und die Familienberatung immer wichtiger. Die CDU-Landtagsfraktion will den Fortbestand der **Familienbildungsstätten** sichern. Wir freuen wir uns insbesondere über die Zustimmung der Grünen, denn hier hat es einen Positionswechsel gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Ekkehard Klug ist noch nie in die Verlegenheit gekommen, dieses Land mit regieren zu dürfen. - Wir müssen Beratungs- und Hilfsangebote weiterentwickeln. Dabei gilt es insbesondere, **Angebote der Elternschulung** und der Elternberatung auszubauen. Wir würdigen ausdrücklich die ehrenamtliche Arbeit von engagierten Bürgerinnen und Bürgern an den Kinder-, Jugend- und Elterntelefonen. Wir sagen ganz klar, dass wir auf die qualitativ hohe Arbeit der **Fachberatungsstellen** nicht verzichten können, die den Kindern helfen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Gemeinsam stellen wir fest, dass der **Kinder- und Jugendaktionsplan** der Landesregierung schon nach wenigen Monaten zu einem großen Erfolg geworden ist. Alle Bausteine befinden sich in der konkreten Umsetzung.

Integration statt Ausgrenzung ist eine weitere Antwort auf die Armut von Kindern in unserem Land. Wir wollen als Landtag sichergestellt wissen, dass die Kinder von Migranten eine gute medizinische Versorgung erhalten. Damit junge Menschen in unserer Gesellschaft zuhause sind, setzt die CDU-Landtagsfraktion auf Integration so früh wie möglich; in der Kindertagesstätte, in der Schule, beim Berufseinstieg. Wir wollen die Integration junger Menschen verschiedener Herkunft fördern und Ausgrenzung bekämpfen. Armut bekämpft man durch Teilhabe. Die Kinder von Deutschen müssen genauso wie die Kinder von ausländischen Mitbürgern Zugang zu Vereinen, Verbänden und Schulen haben. Musik machen und spielen, sich freiwillig engagieren - das schafft ein Klima der gegenseitigen Akzeptanz, in dem jede und jeder dazugehört. Daran zu arbeiten, dass jedes Kind in diesem Land dazugehört, dazu haben wir uns mit diesem gemeinsamen Antrag auf den Weg gemacht. Alle mussten Abstriche machen. Ich glaube aber, diese 14 Punkte, die wir auf den Weg bringen, sind wegweisend. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, sie in dieser Wahlperiode zu realisieren.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordneter Siegrid Tenor-Alschausky das Wort.

Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ ist der Titel des der Beschlussempfehlung zugrunde liegenden Ursprungsantrages. Der Kampf gegen Kinderarmut und die Sorge um unterversorgte, vernachlässigte, materiell und sozial verarmte Kinder und Jugendliche ist notwendig und ist eine immer währende Aufgabe aller politisch Handelnden.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch deutlich machen: Von den etwa 530.000 Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein wachsen die meisten gut und behütet heran. Ihre Familien schützen und stützen sie. Folglich sind ihre Zukunftsperspektiven gut.

Wir können aber nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die **Lebenslage** vieler **Kinder und Jugendlicher** problematischer wird. Zunehmend mehr Kinder sind von staatlichen **Transferleistungen** abhängig. Gesundheitliche und psychosoziale Belastungen nehmen zu. Armut lässt sich aber nicht dauerhaft durch Transferleistungen bekämpfen. Armutsbekämpfung heißt vor allem Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Kinder und Jugendliche dürfen nicht Verhältnissen ausgeliefert sein, die dazu führen, dass ihre Zukunft verspielt ist, bevor sie richtig begonnen hat. Der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat deshalb einstimmig beschlossen, Kinderarmut aktiv zu bekämpfen, die Betreuung von Kindern bedarfsgerecht fortzuentwickeln und Familien zu unterstützen.

Leider ist es unmöglich, die erkannten **Defizite** durch einen Beschluss einfach abzustellen. Deshalb ist es unumgänglich, dass Politikerinnen und Politiker auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten, um das Ziel zu erreichen, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Die **lokalen Bündnisse für Familien** arbeiten häufig sehr erfolgreich. Positive Arbeitsansätze und Erfahrungen sollen deshalb mit Unterstützung der Landesregierung kommuniziert werden. Auch der Sozialausschuss will die lokalen Bündnisse anhören. Beratungs- und

Hilfsangebote für Familien müssen gesichert und fortentwickelt werden. Kindern und Jugendlichen müssen in Krisensituationen Hilfsangebote zur Verfügung stehen.

Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns auch der bedarfsgerechte **Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen** und **Ganztagsschulangeboten**. Ich freue mich, dass wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, trotz der dramatischen Haushaltslage an dem Ziel festzuhalten, durch Verschiebungen und Einsparungen mittelfristig zu einem **beitragsfreien letzten Kindergartenjahr** zu kommen. Meine Vorredner haben dies auch schon betont.

Auch ich habe heute Morgen Zeitung gelesen. Ich habe der Presse entnommen, dass man in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 so weit sein kann. Ich denke, das ist eine Perspektive, die wir uns für Schleswig-Holstein als durchaus realistisch vornehmen können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die **Sprachförderung** für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund - aber auch aus bildungsfernen Schichten - wurde sehr erfolgreich begonnen und muss unbedingt fortgeführt werden. Die Verbesserung der Gesundheitsvorsorge darf nicht vernachlässigt werden. **Kinderschutzzentren** sind in ihrer Existenz zu sichern. **Fachberatungsstellen** für Kinder, die **Opfer sexueller Gewalt** wurden, sind gemeinsam mit den Kommunen abzusichern. Ich habe es heute Morgen im Rahmen der Debatte über den Verbraucherschutzbericht schon angesprochen: Es ist notwendig zu verhindern, dass Jugendliche verschuldet in ihr Erwachsenenleben starten. Deshalb müssen wir entsprechende Angebote von **Schuldnerberatungen** vorhalten.

Kinder müssen in unserem Land eine ausreichende Förderung ihrer sozialen und persönlichen Kompetenzen und Begabungen erhalten, damit sie gut auf die Herausforderungen einer **selbstständigen Lebensgestaltung** vorbereitet sind. Alle Kinder haben ein Recht darauf, dass unsere Gesellschaft ihnen unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern gleichberechtigte **Chancen** für eine gesicherte Lebensgestaltung gibt und ihnen eine frühzeitige und verlässliche Unterstützung in Notlagen gewährt. Ein guter und viel versprechender Ansatz einer Politik für Kinder und Jugendliche in unserem Land ist der vom Sozialministerium initiierte **Kinder- und Jugendaktionsplan**. Ich freue mich darüber, dass über diese Feststellung im Haus offensichtlich Einigkeit herrscht.

Landesweit beteiligen sich bereits viele Einrichtungen, Initiativen, Organisationen, Vereine und Ver-

(Siegfried Tenor-Alschausky)

bände an den Projekten der verschiedenen Handlungsfelder. Wir Sozialdemokraten halten diesen Ansatz für gut und Erfolg versprechend, um dem Ziel, gemeinsam gegen Kinderarmut, näher zu kommen. Deshalb wünsche ich mir, dass sich viele auch von dieser Debatte aufgefordert fühlen, aktiv an einem lebenswerten Schleswig-Holstein für alle Kinder und Jugendlichen mitzuarbeiten.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Frauke Tengler [CDU])

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal wollte ich sagen, ich habe mich gefreut, dass Herr Austermann der Debatte zumindest in Teilen lauschen konnte. So konnte er im Anschluss an die vorangegangene Debatte sehen, was ein Ausschuss, wenn er ordentlich arbeitet, hinbekommt, nämlich in diesem wichtigen Thema einen einstimmigen Beschluss. Deswegen einen herzlichen Dank an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Heinold, Sie waren ja sogar bereit, den Änderungsantrag von CDU und SPD zu übernehmen. Wir haben es gemeinsam hinbekommen, einen interfraktionellen Antrag zu diesem Thema zu beschließen, deswegen herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgearbeitet haben. So kann es also auch gehen.

Kinderarmut heißt, dass Kinder und Jugendliche häufig in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt und ausgegrenzt werden. Neben dem Mangel an materiellen Dingen haben sie oft überhaupt keine Chance, von entsprechenden Bildungsangeboten zu profitieren. Es wird diesen Kindern von vornherein die Chance genommen, sich einen Platz in dieser Gesellschaft zu erarbeiten oder zu erobern. Wenn Bildungsteilhabe und Sprachförderung nicht im Kindergarten, sondern vor dem Fernseher stattfinden und falsche Ernährung und Bewegungsmangel dazu führen, dass sie sich im Unterricht nicht ausreichend konzentrieren können und deshalb womöglich ohne Abschluss die Schule verlassen, dann werden ihnen von vornherein Chancen für Ausbildung und Beruf verbaut und genommen. Das ist dann der Stoff, aus dem die Armutsbioographien tatsächlich entstehen. Dass dieser Teufelskreislauf durchbrochen werden kann und muss, ist deshalb Konsens aller hier im Hause vertretenen Fraktionen.

Wir haben festgestellt, dass wir nicht ein Erkenntnisdefizit haben, sondern dass wir ein **Handlungsdefizit** haben. Das heißt, wir müssen - und der interfraktionelle Beschluss beweist dies - und wir

wollen aktiv werden, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Kinderarmut zu ergreifen. Der einstimmig vom Ausschuss verabschiedete Katalog von 14 Maßnahmen ist auch aus Sicht unserer Fraktion der richtige Schritt in die Richtung, vorhandene Erkenntnisse durch ganz konkrete Maßnahmen umzusetzen. Dabei bildet dieser Maßnahmenkatalog eine entsprechende Ausgestaltung und Ergänzung des **Kinder- und Jugendaktionsplans** der Landesregierung, der bereits seit November 2005 vorliegt. Diese Maßnahmen müssen mit Leben erfüllt werden und müssen mit den zum Teil schon vorhandenen Angeboten zu einem Netzwerk verknüpft werden. Der gemeinsame Beschluss ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt dahin, die Zukunfts- und Startchancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und ihnen dadurch eine Perspektive zu geben.

Der Beschluss muss jetzt - und da sind wir alle, jeder Einzelne, in den Fraktionen gefordert - landesweit umgesetzt werden, denn die Kinder von heute übernehmen gerade in einer älter werdenden Gesellschaft von morgen eine tragende Rolle. Damit sie ein starkes Rückgrat dafür bekommen, ist es unsere Aufgabe, dafür mit einer ordentlichen Politik zu sorgen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Deutschland hängen die **Entwicklungschancen** eines Kindes vom **Geldbeutel** ab, und zwar dem der Eltern. Alle Kinder haben zwar einen Zugang zum Gesundheitswesen, ihre Eltern werden gegebenenfalls unterstützt, wenn es um den Besuch des Kindergartens geht, und natürlich können auch arme Kinder zur Schule gehen. Aber arme Kinder sind häufiger krank, haben schlechte Zähne, besuchen nicht immer den Kindergarten und brechen überproportional oft die Schule ab. Sie werden als Erwachsene nur angelernte oder ungelernete Jobs ergattern, wenn überhaupt, und so setzt sich für deren Kinder der Lebensweg unter den gleichen schlechten Bedingungen fort wie bisher. Das zeigen zumindest internationale Studien. Hier muss etwas getan werden, damit diese Spirale nach unten gestoppt werden kann.

(Lars Harms)

Aber gerade die Einkommen in den unteren 10 % der Einkommensskala sind seit 1990 um 22,7 % gesunken. Wenn man die Debatten zu Mindestlöhnen, Tariflöhnen und Hartz IV verfolgt, nimmt man immer noch unterschwellig wahr, dass es viele gibt, die weiter an der Spirale nach unten drehen wollen. Wer das tut, darf sich dann aber über soziale Verwerfungen, die damit einhergehen, und Effekte auch für Kinder nicht wundern und später sagen, das habe man so nicht gewollt.

Wir dürfen angesichts der entmutigenden Zahlen hinsichtlich der Abwärtsspirale bei armen Bevölkerungsgruppen nicht vor dem komplexen Phänomen Armut und Kinderarmut kapitulieren. In anderen Ländern geht man nämlich sehr erfolgreich gegen Kinderarmut vor. Das Kinderhilfswerk Unicef wies in seiner großen **Kinderarmutsstudie** aus dem Jahr 2005 darauf hin, dass im Nachbarland Dänemark nur 2,4 % der Kinder in Armut aufwachsen. Bei uns ist es schätzungsweise jedes zehnte Kind. In den 90er-Jahren ist laut Unicef der Anteil armer Kinder in Deutschland stark gewachsen, stärker als in den anderen Industrienationen. Mit einer Zunahme der Kinderarmut um 2,7 % liegt Deutschland im internationalen Vergleich ganz hinten auf Platz 18 von 24 Industriestaaten. Was ist der Unterschied? Neben sicheren Arbeitsverhältnissen und ordentlichen Löhnen entscheidet auch die Höhe der Sozialleistungen über die Entwicklung der Kinderarmut. Staaten, die wie Dänemark, Schweden, Finnland oder Belgien mehr als 10 % ihres Bruttosozialprodukts in Sozialleistungen investieren, schaffen es durchweg, Kinderarmut unter 10 % zu drücken. Es geht dabei nicht um reine Transferzahlungen, sondern auch um weitere Angebote. Großbritannien unterstützt arme Familien überproportional mit Transferzahlungen und beklagt trotzdem ein hohes Armutsrisiko. Das Geld wird zwar in den Familien dringend gebraucht, es besteht aber die Gefahr, dass die Unterstützungszahlungen im Budget der Familie quasi untergehen und nicht ausschließlich für die Kinder genutzt werden.

Geld allein löst das Problem also nicht. Das sage ich insbesondere nach dem Beschluss, 4 Milliarden € in das neue **Elterngeld** zu stecken. Niemand kann mit Sicherheit sagen, welche Handlungsfolgen diese ungeheure Summe erzielen wird. Nur eines ist sicher, der Mittelstand wird davon profitieren. Elterngeld schützt aber nicht vor Kinderarmut. Wer Kinderarmut nur am Einkommen misst, wird diese immer mit Transferzahlungen lösen wollen. Was wir aber brauchen sind Indikatoren und klare Ziele. Die Indikatoren würden uns zeigen, welche Bedürfnisse zum Beispiel hinsichtlich Bildung und Gesundheitsfürsorge erfüllt werden müssen, damit

Kinder nicht ausgegrenzt werden, sondern einen Platz in der Gesellschaft finden. Was PISA für die Schulen geleistet hat, brauchen wir auch in anderen Bereichen, damit wir wissen, wo wir ansetzen müssen.

Ebenso wichtig sind klare Ziele zur Reduzierung der Kinderarmut. Ich möchte ein Beispiel nennen. Ein realistisches Ziel ist die Teilnahme aller Kinder an den kostenlosen gesundheitlichen **Vorsorgeuntersuchungen**. Kinder, die nicht zum Kinderarzt kommen, werden zu Hause besucht. Es geht hier nicht um Kontrolle, sondern um Unterstützung der Eltern. Für dieses Ziel brauchen wir klare Zeit- und Zielvorgaben. Dies gilt ebenso für den Ausbau der qualifizierten Ganztagsbetreuung für Kinder. Kinder aus allein erziehenden Haushalten sind überproportional von Armut betroffen, weil das allein erziehende Elternteil keine existenzsichernde Beschäftigung findet. Darum muss die **Betreuungssituation** umgehend verbessert werden, und die Arbeitsverhältnisse müssen flexibler gestaltet werden.

Momentan werden allerdings Maßnahmen ergriffen, die Kinderarmut weiter verschärfen. In Berlin kritisiert die große Koalition die Zahlungen an ALG II-Empfänger als zu hoch. Wenn dieser Weg konsequent zu Ende gedacht wird, wird die Kinderarmut zunehmen. Da helfen dann auch keine Landtagsbeschlüsse wie heute. Letztendlich kommt es darauf an, dass die Eltern vernünftige sichere Löhne erhalten und wir Gesundheitsleistungen ohne Hindernisse anbieten sowie eine gute flächendeckende Betreuung der Kinder und Jugendlichen gewährleisten. In dem Sinne verstehe ich den Antrag. Ich freue mich, dass wir alle zusammen trotz einiger parteimäßiger Unterschiede einen gemeinsamen Beschluss im Sinne der Kinder hingekriegt haben, und dafür sage ich vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, will ich noch einmal - jetzt, nachdem das Plenum einigermaßen ordentlich besetzt ist - darauf hinweisen, dass ich mich bei den Besuchern für die schlechte Präsenz zu Beginn dieser Tagung um 15:00 Uhr entschuldigt habe. Mir liegt aber vor allem auch daran zu erklären, dass Minister Austermann als Wissenschaftsminister wegen der Demonstration draußen kurzfristig verhindert war und dass die stellvertretende Ministerpräsidentin Ute Erdsiek-Rave und Minister Uwe Döring durch die Demonstration gehindert waren, pünktlich hier zu sein.

(Präsident Martin Kayenburg)

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich denke, nicht alle Abgeordneten waren draußen, Herr Kollege Kubicki. Ich glaube aber, jetzt ist das hinreichend klargestellt. Die Regierung wäre sonst pünktlich vertreten gewesen.

Für die Landesregierung erteile ich nunmehr das Wort in Vertretung der Sozialministerin der Ministerin für Bildung und Frauen, der Frau Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident, ich bitte auch noch einmal um Entschuldigung. Ich hatte zudem auch nicht mitbekommen, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits um 15 Uhr aufgerufen werden sollte. Ich hatte mich allerdings dennoch bemüht, um 15 Uhr hier zu sein. Ich bitte um Entschuldigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es lässt sich auf einen schlichten Satz bringen: Kinderarmut ist in einer hochentwickelten Industriegesellschaft wie Deutschland ein gesellschaftlicher Skandal.

(Beifall im ganzen Haus)

Kinderarmut geht - leider, muss man sagen - oft mit schlechtem Gesundheitszustand von Kindern einher, geht einher mit Phänomenen wie Vernachlässigung, auch Gewalt in der Familie, falscher Ernährung und Bildungsferne. Kindertageseinrichtungen und Schulen bekommen dies am stärksten zu spüren. Sie sind an vielen Stellen so etwas wie Reparaturbetriebe der Gesellschaft. Natürlich kann man jetzt kritisieren, Herr Abgeordneter Harms, dass hier zu wenig über die Ursachen geredet wird, aber ich glaube, wir sind denjenigen, die in einer solchen Situation sind, schuldig, dass wir nicht nur von den Ursachen sprechen und sagen, ansonsten sei für uns nichts zu tun, sondern dass wir natürlich die Auswirkungen von Armut auch bekämpfen. Dazu gibt es auch eine Verpflichtung für uns.

Das ist eine umfassende Aufgabe: Hilfe, Unterstützung, Betreuung, Bildung, Krisenintervention bei Gewalt in der Familie, Ganztagsangebote, Ferien- und Freizeitangebote und nicht zuletzt - das ist hier zu Recht in allen Reden betont worden - eine intensive **Sprachförderung** vor der Schule, elementare Bildung in den Kindertageseinrichtungen.

Ich will ein Beispiel nennen. Von den etwa 2.100 Kindern, die im letzten Jahr bei den Untersuchungen als sprachförderbedürftig erkannt wurden, stammen viele - das muss man wohl so sagen bezie-

hungsweise annehmen - aus prekären Familienverhältnissen. Immerhin ein Drittel dieser Kinder hat keinen Migrationshintergrund. Das heißt, sie wachsen auf und bringen Defizite im Hinblick auf ihre Sprachentwicklung mit, vermutlich verursacht durch mangelnde sprachliche Kommunikation in der Familie. Es wird nicht vorgelesen, dafür wird umso mehr ferngesehen und vor Medien gesessen. Diese Kinder brauchen Unterstützung. Sie brauchen insofern einen Ausgleich in der Kindertageseinrichtung. Sie brauchen möglichst früh - eben vor der Schule - einen Ausgleich für die Benachteiligung, die sie im Grunde genommen von Beginn ihres Lebensweges an mitbringen. Anders gesagt: Gerade Kinder und Eltern in schwierigen oder auch prekären Beschäftigungsverhältnissen sind auf qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen angewiesen. Sie sind auf Krippen, auf Kindertageseinrichtungen, auf Ganztagschulen angewiesen, die allen Kindern die Chance geben, ihre Talente auch wirklich zu entwickeln.

Eltern brauchen Hilfe, Beratung und Aufklärung. Sie brauchen in Deutschland endlich auch eine familiengerechte Struktur des Arbeitslebens und der Kinderbetreuung.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Dass dies in Zukunft übrigens zugleich ein zentraler Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist, beginnt sich zum Glück langsam herumszusprechen. Ich bin froh, dass in dieser Hinsicht hier in diesem Hause wirklich Konsens zwischen allen Parteien besteht. Das ist ein gewaltiger gesellschaftlicher Fortschritt, der sich hier abzeichnet.

Herr Abgeordneter Harms, das **Elterngeld** ist kein Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut. Damit haben Sie natürlich Recht. Als solches ist das Elterngeld aber auch nicht auf den Weg gebracht worden. Das Elterngeld ist für mich vielmehr ein zentrales Element - für mich ist dies gewissermaßen der Anfang -, um wirklich für Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Es ist ein unschätzbare Beitrag zu einem Rollenwandel in dieser Gesellschaft, zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Sie haben an dem Widerstand aus manchen Reihen ja gemerkt, was für eine Umwälzung dies eigentlich bedeutet. Die Männer haben inzwischen gemerkt, dass sie in Zukunft eben auch für Erziehung mit in die Verantwortung genommen werden. Erziehung darf einfach nicht mehr allein Frauensache bleiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich hatte gesagt, dass Eltern und Kinder Betreuungsangebote brauchen. Eltern brauchen aber nicht

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

nur Förderung. Das will ich hier in aller Klarheit sagen. Eltern müssen auch gefordert werden,

(Beifall bei der CDU)

etwa wenn es darum geht, Kinder mit dem Frühstück in die Schule zu schicken, etwa wenn es darum geht, die Kinder pünktlich zur Schule zu schicken und sie auf ihrem Bildungsweg auch wirklich aktiv zu unterstützen. Dies muss man genauso betonen wie die Förderung, zu der wir uns bekennen. Es gibt eben auch eine Bringschuld von Eltern. Es ist eine Zusammenarbeit der Eltern mit der Schule und mit der Kindertageseinrichtung gefordert.

(Beifall im ganzen Haus)

Auf dem gesamten Feld der Armutsbekämpfung sozusagen im engeren Sinne, auf dem Gebiet der Unterstützung von Familien geschieht sehr viel. Ich kann und will die Maßnahmen aus Zeitgründen hier nicht erläutern. Ein erheblicher Teil davon wird im **Familienbericht** abgebildet werden, den die Sozialministerin in der 14. Tagung vorlegen wird. Ein großer Teil ist auch im Antrag aufgeführt und braucht hier nicht noch einmal dargestellt zu werden. Ich wollte jetzt eigentlich noch auf ein paar Schwerpunkte hinweisen, aber im Grunde sind diese im Antrag enthalten. Ich stimme dem, was hier ausgearbeitet worden ist, sozusagen inhaltlich voll zu.

Lassen Sie mich zusammenfassend Folgendes sagen. Die **sozialen Frühwarnsysteme** werden ausgebaut. Sie müssen auch ausgebaut werden. Sie müssen dafür sorgen, dass kein Kind unter problematischen Verhältnissen leidet. Früher wahrnehmen, schneller handeln, besser kooperieren - das sind die Leitlinien. In dieser Hinsicht ist viel auf den Weg gebracht worden. Wir sehen aber auch, dass es noch nicht reicht. Einige sagen, der Ausbau der Krippenplätze sei noch nicht auf dem richtigen Level, das wir brauchen, und auch der Ausbau der Ganztagschulen habe noch nicht das wünschenswerte Niveau erreicht. Ich will aber zugleich sagen, dass es in dieser Hinsicht große Anstrengungen gerade auf der Seite der Kommunen gibt. Das Land investiert ebenfalls in erheblichem Umfang. Auch in der prekären Haushaltslage, in der wir uns befinden, halten wir an Investitionen in Betreuung, in Kindertageseinrichtungen und in Sprachförderung fest. Es geht also darum, alle Kräfte zu bündeln und den bisher schon eingeschlagenen Weg auch weiterhin zu beschreiten. Das muss die Devise sein.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 16/672 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 16/788, einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 34 auf:

Wirtschaftsbericht 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/779

Ich erteile dem Herrn Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Dietrich Austermann das Wort. - Herr Minister, bitte.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte auch meinerseits noch einmal um Verständnis für die Umstellung der Tagesordnung. Da Sie aber alle erfahrene Politiker sind, wissen Sie, dass es manchmal Situationen gibt, in denen man sich nicht zurückhalten darf.

Ich glaube, dass mehrere Tagesordnungspunkte, die wir heute miteinander erörtert haben, deutlich gemacht haben, wie wichtig es für unser Land ist, dass wir eine besser laufende Wirtschaft haben, dass wir mehr Beschäftigung haben, dass wir Arbeit haben. Das Thema Kinderarmut hängt natürlich direkt mit der Frage zusammen, wie viel Menschen Arbeit haben und wie viel Menschen ihre Kinder selber versorgen können. Es gibt auch noch eine Reihe von anderen Themen, die wir heute erörtert haben, bei denen dies genauso der Fall ist.

Ich möchte eine zweite Bemerkung vorausschicken. Vor kurzem hat in Neumünster eine Podiumsdiskussion über die Bewertung der Arbeit der Landesregierung stattgefunden. Wie von allen anderen Parteien war auch ein Kollege von der SPD dort anwesend. In Neumünster wurde ein bisschen darüber gemutmaßt, wer denn nun welche Arbeit leistet und wer welche Arbeit wie verkauft. Ich möchte ganz klar sagen, nicht bei allem, was die neue Landesregierung getan hat, wurde bei null angefangen. Wir bauen auf einer guten Arbeit auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der FDP)

(Minister Dietrich Austermann)

Wir haben aber auch eine ganze Reihe von Maßnahmen ergreifen müssen, die relativ schmerzhaft waren, bei denen Korrekturen notwendig waren. Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen - ich rede über Wirtschaftspolitik, Herr Kubicki -, die getroffen werden mussten, um das Ravier wieder in Ordnung zu bringen. Wir haben an vielen Stellen Maßnahmen getroffen, um die Einlösung von Versprechungen nachträglich zu finanzieren. Wir haben also eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die notwendig waren, um eine Kurskorrektur vorzunehmen und den Aufbruch im Norden - so lautet das Motto des Wirtschaftsberichts der Landesregierung - auch tatsächlich zu bewerkstelligen.

Ich verstehe diesen Bericht als ein Resümee des ersten Jahres der Arbeit der neuen Landesregierung und auch als ein Programm für die Zukunft Schleswig-Holsteins. Ich denke, Sie alle sollten diesen Bericht lesen, weil er im Hinblick auf viele Bereiche eine gute Auskunft über die Situation gibt, in der sich das Land tatsächlich befindet. Der Bericht enthält weniger Lyrik und mehr Fakten als früher. Manches ist ein bisschen klarer ausgedrückt als früher. An vielen Stellen sind die Formulierungen vielleicht auch prägnanter. Ich denke, das ist ein Kurs der Glaubwürdigkeit, mit dem wir in der Politik alle miteinander gut fahren.

Der neue Stil bedeutet aber nicht, dass wir uns über die Inhalte des Berichtes nicht freuen könnten. Die schleswig-holsteinische Wirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen. Das ist unbestreitbar.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich heute die Daten auf dem Arbeitsmarkt ansehen, stellen Sie fest, dass wir nach den süddeutschen Bundesländern bei der **Arbeitslosenquote** inzwischen Platz fünf einnehmen. Ich sage das zugleich im Namen des Kollegen Döring, da ich hier ja auch für die Landesregierung berichte. Wir hatten bei der Arbeitslosigkeit im Ländervergleich den stärksten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Das alles ist nicht von selbst gekommen. Es ist nicht dem einen oder anderen in den Schoß gefallen. Es ist vielmehr auch das Ergebnis harter Arbeit der Landesregierung und auch vieler Arbeiten, die vom Wirtschaftsministerium geleistet worden sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern nehmen wir bei den Wachstumsraten und beim Abbau der Arbeitslosigkeit Spitzenpositionen ein. So haben wir, wie gesagt, den höchsten Rückgang der Arbeitslosigkeit unter allen Ländern zu verzeichnen. Das **Wachstums** steht auf einem breiten Funda-

ment. Es gibt eine Reihe von zukunftsträchtigen Branchen, aber auch eine Reihe von Branchen, die sich entwickeln konnten.

Ich habe vorhin gesagt, dass wir an der einen oder anderen Stelle Korrekturen vornehmen mussten. Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel, die uns von Dritten zur Verfügung gestellt worden sind oder werden sollten, auch tatsächlich in Anspruch genommen werden. Dadurch konnten wir den Werften beim Übergang in die neuen Phase der jetzigen Wachstumssituation helfen. Wir haben auch an anderen Stellen Mittel eingesetzt. Das hat alles dazu beigetragen, zusätzliche Beschäftigung zu ermöglichen.

Das bedeutet im Ergebnis, dass wir, während in den meisten Bundesländern die Beschäftigung weiter zurückgeht, inzwischen eine stabile Situation erreicht haben. Auch das ist meines Erachtens ein großer Erfolg.

Der **IHK-Konjunkturklimaindex** für Schleswig-Holstein ist im Vorjahresvergleich um 15 Punkte auf 120 gestiegen. Wir haben einen positiven Trend durch alle Branchen. Insolvenzen sind rückläufig. Das Ansiedlungsvolumen ist deutlich gestiegen. Mich hat besonders die Äußerung eines Unternehmensvorstandes aus Baden-Württemberg gefreut, der gestern dabei war, die neue Lokfabrik im Nordhafen in Kiel mit uns in Betrieb zu nehmen. Er hat gesagt: Es ist beeindruckend, wie in Schleswig-Holstein in Land und Stadt mit Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammengearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, besser kann man die Situation eigentlich nicht beschreiben. Wenn man das erreicht hat, ist das ein gutes Ergebnis.

Der **Export** trägt unseren Aufschwung. Wir haben auch dort Akzente gesetzt. Wir haben kräftig aufgeholt und den Bundesdurchschnitt geschafft. Die Bürgschaftsbank sagt heute: die beste Bilanz seit 1949. Die I-Bank hat eine ähnliche Statistik, nur dass es sie 1949 noch nicht gab. Im letzten Jahr die beste Statistik aller Zeiten. I-Bank und MBG beste Bilanzen. Das heißt, dass Investitionen, die im letzten Jahr beschlossen worden sind, Maßnahmen, die im letzten Jahr entschieden worden sind, in diesem Jahr zum Wachstum beitragen.

Mein Ziel ist, mit der Landesregierung dazu beizutragen, dass wir im Wachstumsbereich besser sind als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei CDU und SPD)

(Minister Dietrich Austermann)

Das heißt, dass wir Platz 1 haben wollen und dass wir uns mit Platz 2 oder 3 nicht mehr zufrieden geben. Schleswig-Holstein muss zum wirtschaftswachstumsstärksten Bundesland werden. Dafür gibt es eine Reihe von Entscheidungen.

Die mittelständische Struktur unseres Landes bietet gute Voraussetzungen dafür. Im Schnitt sind die Betriebe mit 50 Mitarbeitern stark oder schwach - wie man will. Es gibt zu wenig Forschungsarbeiten. Wir müssten wesentlich mehr Geld aufwenden, um **Technologietransfer** zu ermöglichen,

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Transfer von neuen Technologien, von Wissen in die Wirtschaft. Deswegen ist es gut und richtig gewesen, dass die Landesregierung entschieden hat, Wissenschaft und Wirtschaft unter einem Dach zu bündeln, um die beiden unterschiedlichen Kulturen, die Wissenschaftler auf der einen Seite und die Wirtschaftler auf der anderen Seite, besser zusammenzubringen. Ich erwarte auch durch Programme, die wir angeleiert haben - einem Seed- und Startup-Fonds -, dass wir aus dem Wissenschaftsraum noch mehr als bisher Transfer in die Wirtschaft erreichen und damit zusätzliche Entwicklungen und Arbeitsplätze machen.

Wir sind dabei, Anstrengungen zu unternehmen, anwendungsorientierte Institute entweder auszubauen oder neu zu schaffen. Wenn das Fraunhofer Institut verdoppelt wird, wenn in Lübeck ein neues Fraunhofer Institut neu entsteht, steht das für **angewandte Forschung** und heißt, dass wir den Auftrag, den wir als Regierung haben, tatsächlich nutzen wollen.

Zugleich setzen wir auf mehr Technologie und Innovation, wie das Zusammenlegen dieser beiden Bereiche im Ministerium in unserer Landesregierung deutlich gemacht hat.

Eine leistungsfähige Hochschullandschaft gehört ebenso dazu wie eine entsprechende Ausstattung der Technologietransferzentren.

Wir fordern Messeauftritte innovativer Unternehmen.

Über die Innovationsstiftung unterstützen wir im Rahmen des Förderprogramms Hochschulen, Wissenschaft, Technologietransfer, innovative Verbundprojekte.

Wir werden ab 2007 über das neue **Zukunftsprogramm Wirtschaft**, das von der EU im Wesentlichen unterstützt wird, die Möglichkeit haben, diesen Technologietransfer tatsächlich zu ermöglichen

und auch finanziell zu begleiten. Wissenstransfer, Innovation können wir Jahr für Jahr bis zum Jahr 2013 mit etwa 40 bis 50 Millionen € unterstützen, ohne dass dazu jeweils ausdrücklich Landesmittel in die Hand genommen werden müssen, aber natürlich auch mit Landesmitteln.

Um mehr qualifiziertes Personal für Forschung und Entwicklung zu gewinnen, wurde das **Förderprogramm „Innovationsassistent“** eingerichtet. Damit konnten im letzten Jahr Innovationsbereiche kleiner und mittlerer Unternehmen mit insgesamt 91 Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Schließlich haben wir das 20 Millionen € schwere Förderprogramm für wissenschaftliche Ausgründungen eingerichtet, um schlummernde Ressourcen unserer Wirtschaft zu aktivieren.

Wichtiges Thema: der **Schleswig-Holstein-Fonds**. Er ist keine Wundertüte, aber eine Kraftanstrengung des Landes. Wir haben vom Konsum zu Investitionen umgeschichtet und beteiligen dabei alle Ressorts, wenn auch nicht gleichermaßen stark. Es ist ein Ausrufezeichen, indem wir deutlich machen, dass wir Schwerpunkte setzen wollen, eindeutige Schwerpunkte in der Wirtschaft, dass wir Leuchttürme schaffen, die andere mitziehen. Vieles von dem, was Wirtschaft bedeutet, ist Psychologie. Das ist eine alte Binsenweisheit. Manchmal sage ich vor Unternehmen: Wenn wir nichts erreicht hätten als die Wirtschaft nicht mehr - ich unterstreiche das Wort „mehr“ - beim Arbeiten zu stören, hätten wir eine Menge geschafft.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein bisschen mehr erreicht, denn wir haben erreicht, dass sich viele von denen, die heute aktiv sind, auf das verlassen, was die Landesregierung insgesamt tut. Dafür steht der Ministerpräsident. Dafür steht das ganze Kabinett. Ich denke, dass das inzwischen auch eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Das macht ein bisschen die geänderte Politik deutlich, dass der Ministerpräsident zusammen mit dem Umweltminister nach Brüssel geht - nicht, um neue Vorschriften gegen die Wirtschaft und für mehr Umweltschutz umzusetzen, sondern mit der EU-Kommission darüber zu reden, wie Arbeitsplätze im Industrieraum Brunsbüttel realisiert werden können. Ich halte das für eine konzertierte und notwendige Aktion.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das halten Sie für neu?)

- Herr Hentschel, es ist unbestreitbar, dass wir in manchen Bereichen etwas schneller vorgehen als

(Minister Dietrich Austermann)

früher, dass wir in manchen Bereichen dynamischer entscheiden als früher. Ich sage das immer mit der Formulierung: Manche grünen Barrieren sind inzwischen weggefallen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist jetzt nicht personenbezogen gemeint. Das heißt aber, dass wir natürlich bei jeder Maßnahme, die wir treffen, darauf achten müssen, welche Bedeutung, welche Auswirkungen sie auf Wirtschaft und Beschäftigung hat. Es macht überhaupt keinen Sinn, sich über Langzeitarbeitslosigkeit zu beklagen und dann wichtige Projekte zu blockieren.

Gucke ich mir eine ganze Reihe von Kleinen Anfragen aus einem bestimmten Bereich an, stelle ich fest, sie waren in erster Linie von dem Gedanken getragen: Wie können wir das eine oder andere Investitionsprojekt noch ein bisschen verzögern denn beschleunigen? Das ist die falsche Politik. Damit muss meines Erachtens Schluss gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass wir miteinander damit Schluss gemacht haben.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses. Hier meine ich alle. Kritische Fragen geben manchmal die Möglichkeit, Profil zu schärfen und Aussagen deutlicher zu treffen. Ich bedanke mich bei Ihnen auch deshalb, weil wir an mancher Stelle auch als Ministerium mit allen Mitarbeitern - die Mitarbeiterschar hat sich gegenüber vor einem Jahr oder vor eineinhalb oder zwei Jahren nicht wesentlich verändert - den Eindruck haben, dass den Mitarbeitern und vielleicht auch der Hausspitze mit Vertrauen begegnet wird, weil sie mit uns den Eindruck haben, es läuft ganz gut in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Minister Dietrich Austermann. - Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten der CDU-Fraktion, Herrn Johannes Callsen, das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine schönere Bestätigung unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hätte es kaum geben können, wenn man sich die Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit heute Morgen veröffentlicht hat, ansieht. Denn die **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein ist demnach im Mai 2006 gegenüber dem Vorjah-

resmonat um 13 % zurückgegangen. Der Minister hat darauf hingewiesen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In absoluten Zahlen bedeutet dies: Gegenüber dem Vorjahresmonat gibt es in Schleswig-Holstein 21.000 Arbeitslose weniger, 21.000 Menschen mehr, die wieder eine berufliche Perspektive haben. Dies sind Zahlen, die den Erfolg der Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein in den vergangenen zwölf Monaten eindrucksvoll belegen und auch für uns als CDU-Fraktion ein deutliches Zeichen sind, dass unsere Politik zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Genau das haben wir uns in der großen Koalition im Land vorgenommen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land, die Handwerksbetriebe, Handel, Dienstleistungen und Industrie spüren, dass es wieder mehr Freiraum für wirtschaftliche Betätigung hier bei uns gibt. Sie gehen, wie die **Konjkturumfragen** der Kammern belegen, deutlich optimistischer in die Zukunft und denken wieder verstärkt an Investitionen. Dies schafft Umsatz und Arbeitsplätze.

Das **Wirtschaftswachstum** in Schleswig-Holstein - wir haben es gehört - lag im vergangenen Jahr mit 1,3 % über dem Bundesdurchschnitt und damit im Spitzenbereich aller Bundesländer. Auch dies ist ein schöner Erfolg für die Wirtschaftspolitik, die dabei allerdings auch von der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung insgesamt unterstützt wurde. So haben die Auslandsumsätze des produzierenden Gewerbes bei uns um 13 % gegenüber dem Vorjahr zugelegt. Die Exportquote übersprang im Jahr 2005 erstmals die 40-%-Marke und lag bei 41,2 %.

Diese positiven Zahlen sind nicht nur ein sichtbares Zeichen für das Zutrauen der Unternehmen in eine verlässliche und innovative Wirtschaftspolitik, sie sind zugleich Ermutigung für uns als CDU-Fraktion, diesen Weg entschlossen fortzusetzen:

(Beifall bei der CDU)

Innovationen, Investitionen, Liberalisierung und Deregulierung sowie Entscheidungsfreude und Perspektive geben unseren Betrieben wieder mehr Freiraum für das unternehmerische Handeln. Hierfür sind in den vergangenen zwölf Monaten eine Reihe von Weichen neu gestellt worden.

Mit dem **Schleswig-Holstein-Fonds** wurden - in der Tat nach einem Kraftakt - mehr als 400 Millionen € zusätzlich bereitgestellt, um im Land mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung zu generieren. Die Mittel kommen ganz überwiegend

(Johannes Callsen)

dem notwendigen weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Innovationsförderung und dem Technologietransfer sowie der Stärkung der Mittelstands- und Tourismusförderung zugute. Dass in der viermonatigen Laufzeit des Fonds bis Jahresende 2005 bereits ein Fördervolumen von fast 27 Millionen € bewilligt werden konnte, ist ein gutes Zeichen für die Akzeptanz dieser Fördermittel.

Ganz wesentlich trägt der Schleswig-Holstein-Fonds zur weiteren Stärkung der Kompetenzfelder der schleswig-holsteinischen Wirtschaft bei: von der Medizintechnik über die maritime Wirtschaft, den Energiebereich und die Kommunikationstechnologien bis zum **Tourismus**, der nicht nur insgesamt durch eine neue Strategie, sondern auch durch das neue Modernisierungsförderprogramm für kleine Hotelbetriebe an den Tourismusstandorten der strukturschwachen Regionen gefördert werden soll.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Mehr unternehmerischer Freiraum, das heißt auch **weniger Bürokratie**. So hat die Novellierung unserer Bäderregelung zu mehr Wettbewerbsgleichheit mit anderen deutschen Küstenländern geführt. Die Novellierung der Vergabeordnung des Landes mit höheren Wertgrenzen für öffentliche Ausschreibungen führt sowohl bei den Gemeinden als auch bei den Betrieben, die sich an diesen Ausschreibungen beteiligen, zu erheblich weniger bürokratischem Aufwand und wird allgemein von allen Seiten gelobt. Die Erleichterungen dieser Verordnung können aber nur der erste Schritt zu dem Ziel sein, das Vergaberecht insgesamt zu vereinfachen.

Neben den Landesregelungen, die wir verstärkt fortführen wollen, unterstützen auch Initiativen der großen Koalition in Berlin unser Ziel des Bürokratieabbaus. Erst kürzlich haben CDU und SPD einen Gesetzentwurf in Berlin eingebracht, mit dem unnötige Vorschriften etwa im Bereich der Statistiken oder der Datenverarbeitung, abgeschafft und die Anhebung der steuerlichen Buchführungspflichtgrenze geregelt werden.

In vielen Gesprächen mit Unternehmern zeigt sich, dass allein diese für sich zugegebenerweise vielleicht unspektakulären Maßnahmen des Bürokratieabbaus eine erhebliche positive psychologische Wirkung haben und für mehr Zuversicht in unseren Unternehmen sorgen.

Nach wie vor ein großes Problem gerade **kleiner und mittlerer Betriebe** ist ihre **Finanzierungssituation**, konkret die Frage von Eigenkapital und Risikokapital. Es ist - der Minister hat darauf aufmerksam gemacht - beachtlich, dass von den För-

derinstituten des Landes und dem Land selbst im vergangenen Jahr 726 Unternehmen gefördert werden konnten. Damit wurde ein Investitionsvolumen von über 766 Millionen € ausgelöst, und mehr als 21.000 Arbeitsplätze wurden gesichert oder geschaffen. Dies ist das beste Ergebnis der Wirtschaftsförderung seit Jahren. Die mit der Förderung ausgelösten betrieblichen Investitionen wurden gegenüber dem Vorjahr um mehr als 24 % gesteigert. Auch dies ist ein sichtbares Zeichen für mehr Optimismus in der Wirtschaft.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds wird die Palette dieser **Finanzierungsinstrumente** noch weiter zugunsten des Mittelstandes gestärkt, insbesondere durch Finanzhilfen für kleine und mittlere Unternehmen mit geringerem Finanzierungsbedarf - hier gab es in der Vergangenheit immer eine Lücke - oder mit dem neuen Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Finanzierungen aus dem Hochschulbereich. Die Unternehmen erhalten damit bedarfsgerechte Lösungen für die Realisierung von Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze und ich bin optimistisch, dass sie auch in Zukunft regen Gebrauch davon machen werden.

Neben dem konsequenten weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und einem auf Zielgruppen außerhalb Schleswig-Holsteins ausgerichteten Standortmarketing für betriebliche Neusiedlungen im Land kommt der regionalen Wirtschaftsförderung eine besondere Rolle gerade in den **strukturschwächeren Regionen** zu. Durch nachdrücklichen und erfolgreichen Einsatz in Berlin konnte der Wirtschaftsminister erreichen, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in der Förderperiode bis 2013 weiterhin in Schleswig-Holstein gilt und die strukturschwachen Regionen unseres Landes auch zukünftig zum Fördergebiet gehören. Das ist ein wichtiges Signal für die betroffenen Gebiete.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die europäische Strukturpolitik wird ab 2007 ganz Schleswig-Holstein umfassen und verstärkt auf Wachstumsimpulse für das ganze Land setzen.

Eine große Bedeutung - das sage ich als Abgeordneter aus dem Landesteil Schleswig - kommt weiterhin der verstärkten Zusammenarbeit mit Dänemark zu: Hierzu gibt es bei INTERREG positive Signale, es gibt aber auch ausgehend vom deutschen Wirtschaftsforum des Wirtschaftsministeriums und der IHK Flensburg Signale, die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation etwa durch

(Johannes Callsen)

eine Entwicklungsagentur im Landesteil Schleswig noch weiter zu intensivieren.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsbericht 2006 enthält eine Fülle von Zahlen, die den Erfolg unserer Wirtschaftspolitik deutlich machen. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium für die Zusammenstellung dieses durchaus lesenswerten Berichts. „Aufbruch im Norden“ ist der Titel dieses Wirtschaftsberichts. Er ist zugleich die Bilanz für das erste Jahr der neuen Landesregierung in Schleswig-Holstein. Ich bin der Überzeugung, dass mit dieser neuen Politik wichtige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung gesetzt wurden. Erste Erfolge in der Wirtschaftsentwicklung und auf dem Arbeitsmarkt machen dies deutlich. Schleswig-Holstein ist ein hoch interessanter und mittelständisch strukturierter Wirtschaftsstandort mit vielen qualifizierten Unternehmen und Mitarbeitern. Ihre Arbeit, ihr Engagement und ihre Ideen wollen wir mit unserer Politik nachhaltig unterstützen, für mehr Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsbericht 2006 trägt den Untertitel „Aufbruch im Norden“. Ich danke natürlich auch im Namen der SPD-Fraktion allen Beteiligten für diesen interessanten und lesenswerten Bericht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zutreffend ist wohl, dass es in weiten Teilen der Wirtschaft eine Aufbruchstimmung gibt, und die heutigen Arbeitsmarktzahlen in Schleswig-Holstein lassen hoffen, dass die Wirtschaftsentwicklung langsam beginnt, sich am Arbeitsmarkt auch auszuwirken. Bislang war dies leider nicht der Fall.

Ich darf zwei Sätze zu der Presseerklärung der sonst von mir hoch geschätzten Kollege Torsten Geerdts und Johannes Callsen sagen. Ich zitiere:

„... haben die heute vermeldeten Arbeitslosenzahlen von Schleswig-Holstein als klaren Erfolg der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“

- Jetzt kommt es: -

„der CDU bezeichnet.“

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Unverschämt! Die SPD war genauso wenig daran beteiligt! - Zuruf von der CDU)

Ich glaube, das ist wirklich ein bisschen kurz gesprungen. Ich glaube, das, was der Herr Wirtschaftsminister hier ausgeführt hat, wird der Sache gerecht. Er hat klar gesagt: Dies ist ein gemeinsames Ergebnis der Arbeit von SPD und CDU.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dies ist auch ein Ergebnis der Arbeit des Arbeitsministers Uwe Döring. Dies ist ein Ergebnis der Arbeit des Wirtschaftsministers Dietrich Austermann, ohne Frage. Aber - das haben Sie fairerweise gesagt, Herr Minister - es ist auch ein Ergebnis der Vorgängerregierung und ein Ergebnis der hervorragenden Arbeit von Bernd Rohwer. Das steht für mich außer Frage und das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, wer sein ganzes Leben in der Opposition war, kann das nicht beurteilen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Positiv anzumerken ist zunächst, dass wir in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr - bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt - ein **Wirtschaftswachstum** von 1,3 % hatten. Unter allen Bundesländern liegen wir damit - gleichauf mit Bayern - an dritter Stelle. Die Exporte aus Schleswig-Holstein stiegen um 13 %, mit einer Exportquote von 41,2 % haben wir den Höchststand seit 1995 erreicht.

Aber es gibt auch einen ernüchternden Teil des Wirtschaftsberichts: Der **Arbeitsplatzabbau** konnte auch im vergangenen Jahr nicht aufgehalten werden. Es fällt auf, dass das verarbeitende Gewerbe, das mit 6 % einen im Bundesvergleich hohen Umsatzzuwachs hatte, ebenfalls im Bundesvergleich mit 2,2 % die meisten Stellen abbaute. Das kann nicht sein; das darf nicht sein. Der Wirtschaftsbericht zählt die Fördermöglichkeiten und Hilfen auf, die von zahlreichen Betrieben in Schleswig-Holstein genutzt werden. Diese Betriebe sollten sich dann aber auch ihrer Verantwortung stellen, sie sollten ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie sollten, wenn sie Fördermittel in Anspruch nehmen, auch Stellen schaffen.

Es kann nicht bestritten werden, dass die Arbeitslosenzahlen immer noch Besorgnis erregend sind.

(Bernd Schröder)

Wir alle sind aufgerufen, alles Machbare zu unternehmen, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu sichern und zu schaffen. Wir brauchen noch mehr Wachstum, damit das Arbeitsplatzangebot steigt.

Die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein ist geprägt vom Dienstleistungsbereich. Das produzierende Gewerbe hat einen deutlich geringeren Wertschöpfungsanteil als in den anderen westdeutschen Bundesländern. 72.500 Betriebe - dies entspricht 99,5 % - haben weniger als 250 Beschäftigte, 328 Großbetriebe haben allerdings zusammen 175.000 Beschäftigte. Für die Bauwirtschaft werden in den nächsten Jahren gezielte Impulse gesetzt. Das Verkehrsministerium wird in den nächsten Jahren Aufträge im Volumen von mehr als 700 Millionen € vergeben. Beim **Handwerk** sank der Umsatz um 1,5 % und die Anzahl der Beschäftigten um 3,6 %. Die Anzahl der Handwerksbetriebe ist dagegen um knapp 9 % gestiegen. Bemerkenswert ist, dass die ohnehin schon hohe Ausbildungsbereitschaft im Handwerk im vergangenen Jahr noch weiter gestiegen ist. Das macht deutlich, welche Bedeutung die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein haben. Hier ist insbesondere dem Handwerk Dank zu sagen, dass es dem Aufruf, Ausbildungsstellen bereitzustellen, in diesem Umfang auch nachgekommen ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Nach einer Kammerumfrage ist die Stimmungslage im Handwerk zuversichtlich. Das Handwerk hat in Schleswig-Holstein bereits in den letzten Jahren bewiesen, was es leisten kann. Im Handel war ein Umsatzplus von 2,4 % zu verzeichnen. Das liegt über dem Bundesdurchschnitt, der bei 1,1 % liegt. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,9 %. Dies relativiert sich jedoch, da einem Anstieg der Anzahl der Teilzeitbeschäftigten ein erheblicher Rückgang der Zahl der Vollzeitbeschäftigten gegenübersteht.

Positives ist beim **Tourismus** zu vermelden. Im Gegensatz zu unseren wichtigsten Mitbewerbern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind bei uns die Übernachtungs- und Gästezahlen gestiegen. Es ist ja bekanntermaßen auch so, dass wir den Bereich Tourismus weiter ausbauen wollen.

Zur Stärkung der kommunalen Wirtschaftskraft und damit der örtlichen Betriebe werden wir über den Schleswig-Holstein-Fonds in den nächsten Jahren insgesamt 415 Millionen € zur Verfügung stellen, und wir erwarten, dass dadurch ein Investitionsvolumen von über 1,6 Milliarden € ausgelöst wird. Auch das wird dazu führen, dass Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Der **Mittelstand** ist und bleibt in Schleswig-Holstein der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Um ihn zu stärken, bedarf es einer hervorragenden Verkehrsinfrastruktur, einer guten Kreditversorgung sowie flexibler und eben - wie auch mein Vorredner gesagt hat - unbürokratischer Rahmenbedingungen. Ich freue mich darüber, dass mit der Einrichtung des **Service-Büro Mittelstand** im Ministerium erfolgreich Kompetenzen gebündelt werden konnten und dass in Zusammenarbeit mit Banken, Sparkassen und Steuerberatern zunächst für die Westküste ein Informationsnetzwerk aufgebaut werden konnte, das dann auch für alle Landesteile aufgebaut wird.

Den Abbau bürokratischer Hürden sind wir durch die Reduzierung statistischer Meldepflichten, die Novellierung der Vergabeordnung und die Optimierung der Zusammenarbeit mit den drei Industrie- und Handelskammern aktiv angegangen. Die Finanzierungshilfen durch das Land und seine Finanzierungsinstitute waren im vergangenen Jahr überaus erfolgreich.

Die **Außenwirtschaft** floriert. Neben der bereits genannten Steigerung der Exporte nahmen auch die Importe um 7 % zu. Die im November letzten Jahres - wir haben darüber gesprochen - gestartete Außenwirtschaftsoffensive, die Schwerpunkte in den großen asiatischen Zukunftsmärkten setzt, zeigt erste Erfolge.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die vorhandenen Stärken - das ist auch für Flensburg wichtig - und Schwerpunkte in den im Wirtschaftsbericht benannten **Kompetenzfeldern** wurden ausgebaut. Die so genannten Clusteraktivitäten wurden erhöht. Im Ergebnis konnten 140 neue Unternehmen mit 2.000 Arbeitsplätzen für Schleswig-Holstein gewonnen werden. Die norddeutsche Zusammenarbeit mit Hamburg und die Neuorganisation in der Metropolregion entwickeln sich erfreulich. Neben Wirtschaft und Wissenschaft nehmen auch verkehrspolitische Vorhaben eine wichtige Rolle ein.

Auch der Blick in den Norden stimmt zuversichtlich. In der Zusammenarbeit mit Dänemark, das das viertwichtigste Exportaufnahmeland für Schleswig-Holstein ist, stehen ebenfalls Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr im Zentrum.

Eine Spitzenposition nimmt Schleswig-Holstein nach wie vor bei der **Ausbildung** junger Menschen ein. Das Sofortprogramm der Landesregierung für mehr Ausbildung und Qualifizierung ist überaus erfolgreich. Wir sind noch vor Baden-Württemberg und Bayern bundesweit Spitzenreiter.

(Bernd Schröder)

Die **Verkehrspolitik** will ich aus Zeitgründen nur kurz nennen. Nur so viel: Mit dem Neubau der A 20 und der Nordwestumfahrung Hamburgs, einem für die Wirtschaft ungeheuer wichtigem Verkehrsprojekt, befinden wir uns auf einem guten und Erfolg versprechenden Weg. Wir stehen nach wie vor auch zu einer festen Fehmarnbelt-Querung

(Beifall bei der SPD)

mit einer entsprechenden Hinterlandanbindung und hoffen, dass die Finanzierung bald gesichert ist.

Wir nehmen Schleswig-Holsteins Zukunftschancen ernst. Bei den von mir genannten positiven Zahlen und Ansätzen bleibt aber eines bestehen: die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit. Aber die strukturellen Schwächen unseres Landes lassen sich nicht kurzfristig ändern. Sie sind mit der geographischen Randlage verbunden.

Wir haben - und daran möchte ich erinnern - allein durch den Weggang der Dienstposten der Bundeswehr über 60.000 Stellen verloren. Hinzu kommt noch eine ganze Reihe von Stellen aus der privaten Wirtschaft in einer strukturschwachen Region. Das muss man erst einmal verkraften.

Meine Damen und Herren, wir haben in Schleswig-Holstein keinen Grund, uns mit unserer Wirtschaft verstecken zu müssen. Wir sollten uns jedoch auch nicht stolz zurücklehnen. Nicht nur diese Landesregierung, sondern auch schon die Vorgängerregierung hat in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg einen strukturellen Wandel im Land angestoßen und damit eine Politik zur nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftsdynamik betrieben. Ich fordere Sie alle, uns alle auf, im Interesse unseres Landes und des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein gemeinsam unsere Stärken weiter zu stärken und unsere Schwächen weiter zu schwächen und abzubauen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Bernd Schröder und begrüße auf der Tribüne Damen des kommunalpolitischen Frauennetzwerks KOPF aus dem Kreis Plön sowie Schülerinnen und Schüler der Kurt-Tucholsky-Realschule mit ihren Lehrkräften aus Flensburg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach so viel Sonne, die hier überall verbreitet wurde, wird es, finde ich, Zeit, etwas Schatten zu werfen, sonst verbrennt diese Landesregierung ja noch, bekommt einen tüchtigen Sonnenbrand oder vielleicht sogar einen Sonnenstich.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Ja, lieber Kollege, das ist ein bisschen viel Strahlemann, was hier in den letzten 30 Minuten gespielt wurde, finde ich.

Im Übrigen: Bemerkenswert ist auch, Herr Minister Austermann, dass Sie die Arbeit der Vorgängerregierung so sehr loben. Da frage ich mich, warum die eigentlich abgewählt wurde. Dann hätte man die Regierung im Amt belassen können und dann hätte sie einfach so weitermachen können.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn das alles so prima gewesen wäre, hätten wir Sie gar nicht gebraucht. Dann hätten Sie in Berlin bleiben können. Das wäre auch schön gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Weltwirtschaft boomt**. Da regen Sie sich auf, Herr Ritze; das freut mich auch immer. Die Weltwirtschaft boomt so stark wie seit 30 Jahren nicht mehr und Deutschlands und Schleswig-Holsteins Exporte boomen mit. Da haben Sie Recht. Deutschland und Schleswig-Holstein nützt das aber verhältnismäßig wenig. Hier gibt es höchstens ein „Boomchen“ mit Wachstumsraten, über die Sie sich so gefreut haben, die aber in wirtschaftlich erfolgreichen Staaten die Regierungsdämmerung einleiten würden. Schleswig-Holsteins Wirtschaft wuchs im letzten Jahr durchschnittlich - -

(Ein Mobiltelefon klingelt)

- Vielleicht könnte jemand das Handy ausstellen.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft wuchs im letzten Jahr überdurchschnittlich, zum ersten Mal seit 1996 schneller als die deutsche Wirtschaft und auch schneller als die Wirtschaft der westdeutschen Länder. Der Wirtschaftsminister führt das auch auf die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung zurück. Dieses Klappern mag ja zum politischen Handwerk gehören, allerdings sollte man sich Folgendes vor Augen halten: Das reale **Wirtschaftswachstum** lag 2005 um 1,3 % höher als das nominale mit 1,1 %. Anders ausgedrückt: In Schleswig-Holstein sollen

(Dr. Heiner Garg)

die Preise im Jahr 2005 angeblich gesunken sein. Die Preisstatistiken sprechen allerdings dagegen. Viel spricht hingegen für eine schlichte statistische Anomalie. Im letzten Jahr wurde nämlich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf die Vorjahrespreisbasis umgestellt und die Datenbasis für Schleswig-Holstein ist demnach noch ziemlich lückenhaft. Es kann also sehr gut sein, Herr Wirtschaftsminister, dass die Rate des realen Wachstums dieses Jahres im nächsten Jahr schlicht herunterkorrigiert werden muss.

Ehrlich und offen wäre es gewesen - uns Sie predigen ja hier bei jeder Gelegenheit diese neue Ehrlichkeit und Offenheit -, wenn Sie dies wenigstens angesprochen hätten.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber offensichtlich geht es der großen Koalition schon so schlecht, dass sie sich noch nicht einmal in diesem Punkt die neue Ehrlichkeit leisten kann.

Abgesehen davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht ein reales Wachstum von 1,3 % bei weitem nicht aus, um die **strukturellen Probleme** Schleswig-Holsteins zu lösen: die Massenarbeitslosigkeit, die Haushaltskatastrophe und die Probleme unseres Bildungswesens. Hinzu kommen die beginnenden Auswirkungen der Alters der Bevölkerung, was die eben genannten Probleme noch weiter verschärfen wird.

Herr Minister Austermann, die spannende Frage ist doch angesichts der vielen Einzelheiten, die Sie hier vorgestellt haben und über die Sie sich meinetwegen auch freuen dürfen: Haben Sie, hat diese Landesregierung eine **langfristige Strategie**,

(Zurufe: Nein, nein!)

um genau die Probleme, die ich gerade genannt habe, auf Landesebene anzugehen? Und wenn Sie eine solche haben, warum haben Sie diese dann bis heute verschwiegen, und zwar auch in Ihrem Wirtschaftsbericht? Denn bis heute haben Sie hier keine langfristige Strategie erläutert, wie Sie die Lösung der Probleme wirklich in Angriff nehmen wollen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der der Union, natürlich wäre es übertrieben, das von der gesamten Landesregierung zu erwarten. FDP und im Übrigen bis vor einem Jahr auch die Union haben gesagt: Die SPD könne und später auch SPD und Grüne könnten es nicht und deshalb müssten sie abgelöst werden. Auf einmal war das die beste Wirt-

schaftspolitik des Landes, die offensichtlich in den letzten siebzehn Jahren vollbracht wurde. Das finde ich ehrlich gesagt jedenfalls ein wenig komisch.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Unruhe)

- Herr Hentschel, das hat der Wirtschaftsminister der CDU gesagt.

(Zurufe)

- Kollege Kubicki, wir hätten erwartet, dass wenigstens die Union eine solche Wachstumsstrategie für Schleswig-Holstein vorlegt und in ihrem Wirtschaftsbericht formuliert.

Die Massenarbeitslosigkeit wollten Sie bekämpfen, Sie wollten Steuern und Lohnnebenkosten senken, um Schwarzarbeit unattraktiv zu machen und neue Anreize für Investitionen und Arbeit zu setzen. Womit hat dieser Wirtschaftsminister eigentlich angefangen? - Ich darf daran erinnern: Zunächst einmal wollten Sie den Wettbewerb auf der Schiene einschränken. Dann sagten Sie den Ausbau des Husumer Hafens ab. Seitdem hat sich herzlich wenig verbessert.

(Lars Harms [SSW]: Abbau statt Aufbau! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Austermann, Sie sprechen zwar immer viel von Ihren Leuchttürmen und Sie wollen Schleswig-Holstein zum wachstumsstärksten Bundesland in Deutschland machen. Aber eine langfristige Strategie für mehr Investitionen, für mehr Arbeit und für dauerhaft höheres Wachstum haben Sie bis zum heutigen Tag nicht präsentiert. Solange Sie die nicht präsentieren, nehme ich Ihre ganzen Sonnenscheinreden nicht sonderlich ernst.

Dabei - das muss ich einräumen - unterscheidet sich der Wirtschaftsminister überhaupt nicht vom Eigenlob seines Vorgängers; der hat das immer genauso gemacht. Auch der legte die wirtschaftlichen Daten stets nach eigenem Gutdünken aus, damals zugunsten von Rot-Grün, und völlig unabhängig davon, was sie tatsächlich besagten.

Jetzt gucken wir uns einmal an, was sich wirtschaftspolitisch wirklich geändert hat. Zwei Redner der Regierungsfractionen haben gesagt: **Bürokratieabbau**, eine ganz große Sache! Ja, ein kleines bisschen Bürokratie wurde abgebaut. Zum Beispiel darf man in Schleswig-Holstein jetzt wieder Knicks abholzen und Kormorane totschießen.

(Zurufe)

(Dr. Heiner Garg)

Herr Ritzek, das ist die einzig konkrete Maßnahme, die aus dem dem dicken **Schlie-Papier** bisher beschlossen wurde.

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

Lieber Kollege Ritzek, unabhängig davon, wie man das politisch bewertet - glauben Sie ernsthaft, dass das in Zukunft wirtschaftliche Impulse auslösen wird? - Ich glaube das jedenfalls nicht.

(Beifall bei FDP und SSW - Zurufe)

Auch die CDU hat das bis vor kurzem übrigens nicht geglaubt.

Herr Schlie hat ein dickes Buch zum Abbau von Bürokratie geschrieben. Das Einzige, was Sie bislang abgebaut haben, sind die Gehälter der öffentlich Bediensteten - gegen die Wahlversprechen der Union. Das ist das Einzige, was Sie bisher getan haben.

Der Aufbau zusätzlicher Bürokratie ist geplant. Ihre merkwürdigen **neuen Verwaltungsregionen** zum Beispiel sind nichts anderes als eine weitere Verwaltungsebene, die zusätzliches Geld kosten wird. Dieses Geld muss aus der Wirtschaft, der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gezahlt werden. Worin der geldwerte Zusatznutzen der Verwaltungsregionen für die Menschen und Unternehmen in Schleswig-Holstein liegt, bleibt komplett offen.

Auch Ihre komische **Gemeinde- und Ämterstrukturreform**, wie Sie sie jetzt beschließen wollen, soll zu weniger Bürokratie für Menschen und Unternehmen führen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Zum Thema!)

- Lieber Herr Fraktionsvorsitzender der CDU, das hat unmittelbar etwas mit dem Thema zu tun. Was Sie als Bürokratieabbau verkaufen ist in Wahrheit ein Aufbau von zusätzlicher Bürokratie. Das kostet und belastet die Wirtschaft zusätzlich.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen gehört das zum Thema. Ich hätte mich gefreut, der Wirtschaftsminister hätte deutlicher zum Thema gesprochen und hier nicht nur eine strahlende Sonnenscheinrede gehalten.

Was Sie tatsächlich machen: Sie wollen den Kommunen in dieser Wahlperiode 480 Millionen € wegnehmen. Wenn Rot-Grün beschlossen hätte, den Kommunen 480 Millionen € wegzunehmen, und ihnen damit das notwendige Geld fehlt, um zu investieren, hätte ich mir das Theater, wenn die CDU in der Opposition säße, gern angeguckt.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, insgesamt hat sich beim Thema Bürokratieabbau bis heute gar nichts geändert. Genauso wie die Vorgängerregierung reden Sie viel davon und tun im Prinzip genau das Gegenteil.

Was ist sonst noch übrig geblieben, was ist sonst noch gleich geblieben? - Eines der größten Probleme der alten Landesregierung bestand aus unserer Sicht darin, dass sie an ihre eigene Propaganda geglaubt hat. Bei Austermann bin ich mir nicht ganz sicher, ob er seine eigene Propaganda glaubt oder ob er nur so tut. Mittlerweile glaube ich, Herr Austerermann glaubt seine eigene Propaganda.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung das größte wirtschaftliche und gesellschaftliche Problem unseres Landes richtig erkannt und benannt, nämlich die **Massenarbeitslosigkeit**. Bedauerlicherweise ist es allerdings beim Benennen und Erkennen geblieben, denn es fehlt bis heute ein schlüssiges Konzept zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein.

Herr Minister Döring, es ist richtig, dass die Arbeitslosigkeit saisonal und konjunkturell stark zurückgegangen ist. Aber ich glaube, selbst Sie würden mir nicht widersprechen, wenn ich sage: Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist damit mitnichten gelöst. Das dickste Problem, das wir auf dem Arbeitsmarkt haben, ist mitnichten gelöst. Deswegen finde ich solche Reden, wie sie Ihr Kollege Austerermann hier hält, schlichtweg unangemessen, auch angesichts der Tatsache, dass wir hier nach wie vor ein gewaltiges Problem haben.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- Lieber Kollege Schröder, Sie haben es wenigstens eingeräumt. Ihr Vorredner von der Union und vor allem Ihr Wirtschaftsminister räumen dieses Problem noch nicht einmal ein. Ich gebe ja zu, dass Sie das wenigstens eingeräumt haben. Wir müssen doch endlich anfangen, die Probleme konkret beim Namen zu nennen und da ist zu allererst die Landesregierung gefordert.

Was will die Bundesregierung in Zukunft tun? Sie will Arbeit und Geldverdienen in Deutschland noch unattraktiver machen mit dem höchsten Steuer- und Abgabenerhöhungsprogramm, das in dieser Republik jemals beschlossen wurde. Das senkt die Einkommen der Menschen und ihre Neigung zum Konsum. Zusätzlich wird die Konsumneigung dadurch geschwächt, dass Menschen in Zukunft für

(Dr. Heiner Garg)

ihre Altersversorgung stärker selbst vorsorgen müssen, obwohl man sie eigentlich gar nicht lässt.

Lieber Herr Minister Austermann, Sie haben aus Sicht meiner Fraktion heute die große Chance verpasst, nachdem die letzte Landesregierung im letzten Amtsjahr keinen Wirtschaftsbericht vorgelegt hat, aus dem CDU-Wahlprogramm

(Glocke der Präsidentin)

- mein letzter Satz, Frau Präsidentin -, das ich mir heute Mittag noch einmal sehr genau angeguckt habe, auch nur in Ansätzen irgend etwas, was Sie den Menschen in diesem Land im Landtagswahlkampf versprochen haben, in diesen Wirtschaftsbericht hineinzuschreiben.

Ich freue mich auf die Auseinandersetzungen über die nicht vorhandene Strategie im Wirtschaftsausschuss. Was Sie bis jetzt vorgelegt haben, ist gar nichts, Herr Austermann.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Garg, auch Ihren Versprechungen zu glauben, fällt mir schwer, vor allem wenn Sie sagen, es käme jetzt der letzte Satz. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will gern mit dem anfangen, was der Minister in Bezug auf die vorherige Regierung angesprochen hat, nämlich die Frage **Bürokratieabbau**. Denn es scheint ja der Haupterfolg dieser Regierung zu sein, dass sie Bürokratie abgebaut hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

Die Industrie- und Handelskammer hat in der letzten Legislaturperiode dankenswerterweise anerkannt, dass Schleswig-Holstein die schnellsten **Genehmigungsverfahren** im ganzen Bundesgebiet hat. Die Genehmigung von technischen Anlagen und Betrieben erfolgt ja bekanntlich nicht im Wirtschaftsministerium, sondern in den Staatlichen Umweltämtern, die die technischen Kontrollen durchführen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Diese Verfahren sind sehr gelobt worden, als die Wirtschaft neulich auf der Diskussion in Neumünster, wo Sie sich einmal alles hätten berichten las-

sen und nicht nur in der Zeitung lesen können, interessanterweise ausführlich über Genehmigungsfragen diskutiert hat. Der Vertreter der Industrie- und Handelskammer sagte, er befürchte, dass es jetzt wesentlich schlechter werde. Wenn man die Staatlichen Umweltämter auflöse und an die Kommunen gebe, befürchte man einen Qualitätsverlust. Und ein Qualitätsverlust bei den Genehmigungsverfahren bedeute in der Regel, dass die Beamten unsicher seien und alles viel länger dauere. Erstes Beispiel für Bürokratieabbau.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Zweites Beispiel für Bürokratieabbau: Der Umweltminister hat die Hälfte aller **Erlasse aufgehoben**. Jetzt erzähle ich Ihnen einmal eine Geschichte von der Konferenz des Umweltministeriums mit den Umweltbehörden der Kreise und Städte. Da wurde Folgendes erzählt: Es gibt zunehmend Unsicherheit bei den Beamten vor Ort, nach welchen Richtlinien sie Entscheidungen treffen sollen, weil die Erlasse ja alle aufgehoben worden sind. Empfohlen wurde den Leuten, am besten die alten Erlasse, die früher galten, aufzubewahren, die ja Rechtswirksamkeit besessen hätten. Wenn man sich danach richte, sei man ziemlich sicher, dass es rechtswirksam sei, weil das ja einmal Erlasse gewesen seien. Wenn man danach verfare, hätte man hinterher keine Probleme. - Das als zweites Beispiel für Bürokratieabbau!

Über den Knickerlass brauchen wir nicht weiter zu reden - was dazu geführt hat, dass wir jetzt elf Knickerlasse auf Kreisebene haben.

Auch das ist ein Beispiel für Bürokratieabbau.

Zur Verwaltungsstruktur hat sich mein Vorredner, Herr Garg, schon ausführlich ausgelassen. Die Verwaltungsstrukturreform ist mit einem ungeheuren Bürokratieabbau verbunden, wenn es die Landesregierung tatsächlich schafft, eine neue kommunale Verwaltungsebene aufzubauen. Hurra!

Ich würde mir wünschen, dass der Wirtschaftsminister dazu etwas sagt. Aber er schweigt. Der Erfolg hat natürlich immer viele Väter.

Einer der Erfolge der Wirtschaftspolitik der letzten Regierung war übrigens das **Mittelstandsförderungsgesetz**. Jetzt frage ich: Wer hat das Mittelstandsförderungsgesetz ins Parlament eingebracht? Erinnern sich noch manche? - Das war die CDU. Als es verabschiedet wurde, hat die CDU gesagt, das sei der größte Erfolg und sie habe mit der Macht der Wirtschaft hier im Lande ein Mittelstandsförderungsgesetz durchgesetzt und die Regie-

(Karl-Martin Hentschel)

rung habe es akzeptiert und Rot-Grün habe zustimmen müssen.

Aber was lesen wir jetzt in der Zeitung? - Die CDU will Bürokratieabbau machen und will das Mittstandsförderungsgesetz abschaffen. Na, prost Kuchen! Das ist die neue Wirtschaftspolitik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist die neue CDU!)

Minister Austermann berichtet stolz über das reale Wirtschaftswachstum von 1,3 % im Jahr 2005. Welchen Minister wollte er damit loben?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das frage ich mich auch!)

Etwa den Vorgänger Herrn Rohwer? Die Frage ist nicht: Was wurde erreicht? Die Frage ist doch - und da erwarten wir vom Wirtschaftsminister eine Antwort -: Wie geht es weiter? Welche Vision, welche Konzepte, welche Strategien hat dieser Wirtschaftsminister, um die Wirtschaft dieses Landes weiterzuentwickeln?

Wie wir wissen, wurde der Faktor Arbeit in den letzten Jahren immer produktiver, während die **Reallöhne** sinken. Das ist Gift für die Binnennachfrage. Woher sollen die Wachstumsimpulse kommen?

Es gibt gerade in den unteren Einkommensschichten zu wenig **Nachfragevolumen**. Dazu kommt die ständige Angst, Arbeitsplätze zu verlieren. Die einkommensstarken Schichten verstärken ihre **Sparquote** und stürzen sich ebenfalls nicht in die Nachfrage.

Und was macht jetzt Ihre große Partner-Koalition in Berlin? - Sie erhöht die **Mehrwertsteuer**, und zwar ohne die Lohnnebenkosten zu senken. Es ist genau das Gegenteil von dem, was wir immer gesagt haben: Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird, dann muss sie im Verhältnis eins zu eins in die Senkung der Lohnnebenkosten eingehen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Das war immer das Credo von Schleswig-Holstein.

Aber was macht diese Bundesregierung? - Sie macht genau das Gegenteil. Das ist eine Konsumbremse sondergleichen, die - wie immer - die Kleinverdiener, Rentner und Arbeitslose am meisten trifft. So haben wir uns das nicht vorgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Der Wirtschaftsminister verweist angesichts des schwachen privaten Konsums auf den hohen Ölpreis. Der **Ölpreis** wird weiter steigen; das wissen wir alle. Zu dem Knappheitspreis, den wir seit Jah-

ren erleben, kommt die Mehrwertsteuer hinzu. Was ich nicht sehe, ist, dass die Landesregierung energisch eine Politik weg vom Öl betreibt. Gerade Schleswig-Holstein ist doch prädestiniert für eine zukunftsfähige Energiepolitik durch regenerative Energien. Wir haben in diesem Bereich sogar eine Spitzenstellung. Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie, das sind alles Zukunftstechnologien, sind Zukunftsvisionen, die Schleswig-Holstein eine große Chance bieten. Wo ist die Vision des Wirtschaftsministers in diesem Bereich? - Fehlanzeige!

Die grüne Wirtschaftspolitik setzt auf einen Dreiklang: erstens Innovationen, zweitens Ökologie, drittens Marktwirtschaft.

Zukunftstechnologien müssen ressourcen- und energiesparend sein. Sie können sicher sein: Keine Technologie, die nicht ressourcen- und energiesparend ist, wird in den nächsten 50 Jahren eine Chance haben, sich auf den Weltmarkt durchzusetzen. Nur Technologien, die es schaffen, der Knappheit der Rohstoffe und der Ressourcen zu entsprechen, werden in der Zukunft Erfolg haben. Wer nach China, Indien und so weiter guckt, weiß: Nur Technologien, die wenig Emissionen in die Umwelt bringen, die technisch und ökologisch sauber sind, werden in der Zukunft eine Chance haben. Das ist eine Strategie, für die Schleswig-Holstein gute Chancen hat. Aber dazu braucht man Strategien. Dazu muss etwas genannt werden.

Wir sind in einer Wissensgesellschaft. Wir wissen, dass Know-how, Bildung, Technologien eine immer größere Rolle spielen. In einem Industrieland und Hochpreisland wie Deutschland werden nur solche Technologien eine Chance haben, die dem entsprechen.

Ich habe seit Jahren dem früheren Wirtschaftsminister immer gesagt - meine Fraktionskollegen wissen das,

(Zuruf von der SPD: Haben Sie das schon dem Vorgänger gesagt?)

meine ehemaligen Koalitionspartner aus der SPD wissen das -: Wir haben schon seit langem zu viel Geld für Altes ausgegeben und zu wenig Geld für Neues. Wir geben zu viel Geld für Landwirtschaft, Straßenbau, Werftenhilfe, Regionalförderung, Kurpromenaden aus. Dahin gehen 95 % der gesamten **Wirtschaftsförderung** dieses Landes. Der Anteil der technologischen Innovationen liegt weit unter 5 %. Das ist eine falsche Schwerpunktsetzung. Sie muss Schritt für Schritt verändert werden. Ich frage: Wo bleibt die Strategie der Landesregierung? Wo bleibt ihre Vision?

(Karl-Martin Hentschel)

Ich war erstaunt, dass die **WTSH**, die Wirtschaftsförderung Technologietransfer GmbH, überhaupt nur an drei Stellen dieses Berichts genannt wird: im Bereich der Außenwirtschaft, bei der Life-science und bei der Ansiedlungspolitik. Wo bleibt der hochwertige Technologietransfer, für den jahrelang die **TTZ** stand? Oder hat das Vergraulen des ehemaligen **TTZ**-Direktors Franz Gelbke nach Indonesien eine Lücke gerissen, die nicht mehr zu schließen ist?

Das **Regionalprogramm 2000** läuft aus. Die EU-Strukturfördermittel für die Periode 2007 bis 2013 werden vom Land in ein Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein eingebracht. Nach dem arbeitsmarktpolitischen Programm wird es das Zukunftsprogramm Wirtschaft geben. Jetzt kommt es darauf an, dass wir neue Konstellationen für die künftige Einsetzung der Fördermittel haben. Wir müssen wissen, in welche Richtungen es geht und in welche Strukturen die Mittel eingebracht werden.

Auch dazu frage ich, Herr Minister: Wo bleiben die Konzepte? Wo bleibt die Vision?

Meine Redezeit geht zu Ende. Daher fasse ich jetzt zusammen. Ich hätte Ihnen aber noch einige Geschichten erzählen können.

Sie schwelgen im Wachstum von 1,3 %. Selbst wenn das Ihr Erfolg wäre, fragt sich doch: Wie soll es in Zukunft weitergehen? Was sind Ihre Konzepte für die Wissensgesellschaft? Was sind Ihre Konzepte für die Technologieförderung? Was sind Ihre Konzepte für bessere Qualifikation? Und was sind Ihre Konzepte, um Schleswig-Holstein attraktiv für junge, kreative Leute zu machen, damit sie hierher kommen und kleine Betriebe gründen? Ich glaube, das sind die entscheidenden Fragen, um die wir uns in den nächsten Jahren kümmern müssen. Wir müssen Konzepte entwickeln und hier im Landtag darüber diskutieren. Darüber werden wir auch reden, wenn wir den Bericht im Wirtschaftsausschuss weiter behandeln werden. Bisher habe ich zu keiner dieser Fragen etwas Überzeugendes gehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für den SSW das Wort dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal bei den Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für den aus-

führlichen und informativen Bericht bedanken, der trotz sicherlich unterschiedlicher Bewertung eine gute Grundlage für die heutige Debatte ist.

Wir diskutieren heute den Wirtschaftsbericht 2006 der Landesregierung vor dem Hintergrund einer anziehenden Konjunktur in Deutschland, die auch in Schleswig-Holstein zu positiven Akzenten führen kann. Darüber sollten wir uns erst einmal alle gemeinsam freuen, weil uns die Probleme einer stagnierenden Wirtschaft und des damit zusammenhängenden starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit hier im Lande schwer zu schaffen macht.

Für 2006 prognostizieren die verschiedenen Wirtschaftsinstitute ein **Wachstum** in Deutschland von 1,6 bis 2,0 %. Es sieht also so aus, als sei die Talsohle der vergangenen Jahre erst einmal überwunden. Dass Schleswig-Holstein wie im Jahr 2005 wieder überproportional von diesem Anstieg profitiert, dafür sieht es in unserem Land in diesem Jahr gut aus. Denn im Jahr 2005 lag das reale Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein mit 1,3 % über dem Bundesdurchschnitt. Wir erzielten damit das dritthöchste Wachstum aller Bundesländer.

Unter dem Motto „Aufbruch im Norden“ wird die Landesregierung, besonders der Wirtschaftsminister, diesen wirtschaftlichen Aufschwung im Bericht für sich allein verbuchen. Man muss aber klar sagen, dass die Grundlage für diesen beginnenden Aufschwung auch schon unter der rot-grünen Regierung in Kiel und in Berlin gelegt wurde. Denn für das Wachstum im Jahr 2005 kann nicht nur die neue Landesregierung verantwortlich sein, die erst seit Mai 2005 in Amt und Würden ist. Das hat der Wirtschaftsminister dankenswerterweise eben schon zugegeben.

Wie schon in der Vergangenheit hat die bisherige Wirtschaftsbelegung leider nicht zu einer entscheidenden Trendwende am **Arbeitsmarkt** geführt. 2005 waren in Schleswig-Holstein im Jahresdurchschnitt immer noch 161.000 Menschen zu viel arbeitslos. Das waren 11,6 % der Bevölkerung.

Daran werden auch die guten wirtschaftlichen Aussichten für dieses Frühjahr nichts Entscheidendes ändern können. Wir brauchen noch ein viel höheres Wachstum, um die Arbeitslosigkeit massiv abbauen zu können. Auch wenn durch das regionale **Bündnis für Ausbildung** die Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein besser ist als im Bundesdurchschnitt, so muss die Landesregierung doch gerade im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit ihre Anstrengungen in Zukunft noch vergrößern. Ziel muss es sein, dass alle Jugendlichen der geburtenstarken

(Lars Harms)

Jahrgänge, die jetzt auf den Markt drängen, einen Ausbildungsplatz bekommen können.

Im Gegensatz zur Landesregierung sieht der SSW nicht ganz so optimistisch auf das nächste Jahr. Die Exporte - auch die der schleswig-holsteinischen Unternehmen - steigen zwar weiterhin sehr stark an und beweisen damit auch, dass unsere Firmen international sehr wohl wettbewerbsfähig sind, aber leider bleibt das Problem der schwachen **Binnenkonjunktur** weiterhin bestehen. Obwohl das Konsumklima in diesem Jahr stark verbessert ist, wird die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zum 01 Januar 2007 die Binnenkonjunktur höchstwahrscheinlich wieder abwürgen. Auch die vielen Steuererhöhungen bei gleichzeitig schwacher Lohn- und Gehaltsentwicklung werden nicht dazu beitragen, dass die Menschen nach 2006 mehr Geld für den Konsum verwenden. Dazu ist es problematisch, dass die Mehrwertsteuererhöhung um 3 % nicht vollständig zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt wird. Hier wurde eine große Chance verpasst, zumindest die Arbeitskosten nachhaltig zu senken.

Man stelle sich einmal vor, die rot-grüne Bundesregierung hätte diese höchste **Steuererhöhung** der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Was dann bei den Medien, bei der CDU-Opposition und insbesondere bei den Unternehmensverbänden los gewesen wäre, können wir uns alle lebhaft vorstellen. Von daher ist es schon erstaunlich, dass die Wirtschaft jetzt nicht aufgebeht.

Aus Sicht des SSW muss die Landesregierung mit einer aktiven und regional ausgewogenen Wirtschaftspolitik dazu beitragen, dass sich der Aufschwung in Schleswig-Holstein verstetigt. Im Bericht wird deutlich, dass der Wirtschaftsminister in diesem Zusammenhang auf der guten Vorarbeit seines Vorgängers aufbauen kann. Das gilt insbesondere für die **Standortpolitik**, in der in 2005 die positive Entwicklung fortgesetzt werden konnte. Mit 140 neu angesiedelten Unternehmen und fast 2.000 Arbeitsplätzen war die Ansiedlungspolitik in 2005 wie in der Vergangenheit sehr erfolgreich. Auch für die Fortsetzung einer vernünftigen Mittelstandspolitik in Schleswig-Holstein, die bei einem Anteil von 99,5 % der Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten natürlich das A und O der schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik sein muss, hat das Land in den letzten Jahren gute Voraussetzungen geschaffen.

Die **Dienstleistungen für den Mittelstand** reichen seitens des Landes vom Servicebüro Mittelstand über die Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein bis hin zur Investitionsbank, wobei insbesondere die Schaffung von neuen Finanzierungsinstrumenten

für den Mittelstand eine wichtige Aufgabe des Landes ist und bleibt, weil gerade die Kreditbeschaffung für viele Unternehmen weiterhin ein Problem bleibt.

Auch bei der Weiterentwicklung der Kompetenzfelder der schleswig-holsteinischen Wirtschaft konnte sich Wirtschaftsminister Austermann eigentlich auf die erfolgreich entwickelte **Clusterstrategie** des Landes stützen. Allerdings hat der Wirtschaftsminister hier bereits in seinem ersten Amtsjahr Schwerpunkte gesetzt, die sich aus Sicht des SSW äußerst kontraproduktiv auswirken werden. Das gilt zum Beispiel für den Cluster **Windenergie**. In den letzten Jahrzehnten wurden in diesem Zukunftsfeld der Wirtschaftspolitik fast 5.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Landesregierung hat ihre Ambitionen für einen weiteren Ausbau der Windenergie aus ideologischen Gründen aber zurückgefahren. So wird im Bericht mit keinem Wort die Entscheidung des Wirtschaftsministers, den Ausbau des Husumer Hafens nur mit 2 bis 3 Millionen € zu fördern, erwähnt.

(Zurufe der Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Kollege Arp, das ist verständlich, denn mit dieser Entscheidung liquidiert Herr Austermann kaltblütig die Ausbaupläne für den Husumer Hafen, Kollege Arp. Für die Stadt Husum wäre es viel zu riskant, eine Minimallösung umzusetzen. Deshalb wird sie die Finger ganz einfach davon lassen müssen. Die fehlende Unterstützung der Landesregierung trifft den Windkraftstandort **Husum** hart und wird seine Entwicklung auf viele Jahre hinaus blockieren. Für die Menschen in und um Husum bedeutet dies, dass bis zu 500 potenzielle Arbeitsplätze in der Region nicht geschaffen werden und dass manche jetzt noch vorhandenen Arbeitsplätze langfristig vernichtet werden. Die Menschen werden in Zukunft nach Esbjerg oder Cuxhaven fahren müssen, wenn sie im Zukunftssektor Offshore-Windkraft Arbeit finden wollen.

Damit zeigt der Wirtschaftsminister einmal mehr, dass er trotz aller Lippenbekenntnisse der **Metro-polregion Hamburg** den Vorzug gibt und dass er nicht bereit ist, wirklich in die wirtschaftliche Entwicklung im Norden des Landes zu investieren, nämlich dort, wo man Ideen hat. Diese Befürchtungen werden nicht nur vom SSW geäußert. Auch die regionalen Unternehmensverbände des nördlichen Landesteils teilen diese Auffassung, auch wenn sie es sicherlich nicht so deutlich sagen können oder wollen wie wir, wie wir es tun.

(Lars Harms)

Die Änderungen im **zukünftigen Regionalprogramm** nach 2007 deuten auch auf einen Paradigmenwechsel hin, der zum Nachteil der bisherigen strukturschwachen Regionen insbesondere im Norden des Landes sein wird. Es ist geplant, dass das neue Regionalprogramm nicht mehr ausgleichsorientiert sein soll, sondern in Zukunft flächendeckend im ganzen Land zum Einsatz kommen kann. Es sagt sich von selbst, dass damit die Grundidee, wirtschaftlich schwächere Regionen gezielt mit Förderung und Investitionen zu unterstützen, absurdum geführt wird. Auch wenn die EU hier die Vorgaben für das neue Regionalprogramm macht, so muss die Landesregierung sich dringend darüber Gedanken machen, wie die strukturschwachen Regionen bei diesem landesweiten Wettbewerb bestehen können. Das ist genau das Konzept, das auch die Kollegen von den Grünen und von der FDP gefordert haben, das wir aber leider nicht finden können.

Bisher ist dies nicht geschehen. Die Landesregierung will scheinbar tatenlos zusehen, wie die **wirtschaftliche Entwicklung** zwischen dem **Süden** und dem **Norden** des Landes weiter auseinander geht. Im Norden des Landes glaubt jedenfalls keiner ernsthaft, dass ein Ausbau der Metropolregion Hamburg für den Landesteil Schleswig positive Effekte haben wird. Davon können auch die Aussagen im Bericht über die grenzüberschreitende **Zusammenarbeit mit Dänemark** nicht hinwegtäuschen. Es ist natürlich positiv, dass die Landesregierung auch auf Druck des SSW hin jetzt auf dem Papier die Zusammenarbeit mit Dänemark in gleichem Maße wie mit Hamburg vorantreiben will. Die Fakten aber, die diese Aussage untermauern sollen, sind leider noch nicht in ausreichendem Maße geschaffen worden. So ist es zwar positiv, dass sich jetzt zum Beispiel auf deutscher Seite ein **Regionalmanagement** der operativen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit annehmen soll, aber wir wissen immer noch nicht viel über die konkreten Maßnahmen seitens der Landesregierung zur Stärkung der Region. Man kennt die Zielrichtung in der Region einfach nicht.

Beispielsweise sind auch die Leuchttürme oder die **Leitprojekte** der deutsch-dänischen Zusammenarbeit noch immer nicht bekannt oder definiert worden. Der von der Landesregierung für den Herbst geplante deutsch-dänische Kongress ist hier sicherlich ein richtiger Schritt, denn natürlich müssen auch die Entscheidungsträger vor Ort Vorschläge für grenzüberschreitende Projekte machen. Wichtig ist aber, dass die Landesregierung keine politischen Maßnahmen ergreift, die die Grenzregionen von vornherein schwächen.

Diese Gefahr besteht zur Zeit bei einem sehr erfolgreichen Leuchtturm der bisherigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Hier meine ich die Universität Flensburg, die langsam aber sicher in ihrer Leistungsfähigkeit ausgehöhlt wird. Neben der schon seit Jahren bekannten Unterfinanzierung der Universität plant der Wirtschafts- und Wissenschaftsminister mit einem landesweiten Universitätsrat auch noch die kalte Entmachtung der Leitung vor Ort. Wer es wirklich ernst mit einer Verbesserung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit meint, der muss auch den **Hochschulstandort Flensburg** mit seinen erfolgreichen deutsch-dänischen Studiengängen stärken und nicht schwächen, der muss die Verantwortung vor Ort verankern und das darf sie nicht einer großen Organisation irgendwo in anderen Ecken des Landes übergeben.

Dazu darf sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur auf gute Kontakte nach Kopenhagen oder auf den Bau einer **Fehmarnbeltbrücke** beschränken. Gerade in dieser Frage haben der nördliche Landesteil und Sønderjylland in Dänemark ein gemeinsames Interesse daran, dass sich die Entscheidungsträger in Kiel, Kopenhagen und Berlin erst einmal darum bemühen, die Landverbindungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Dies gilt für den Schienenbereich besonders für das Nadelöhr der Eisenbahnbrücke bei Rendsburg und im Straßenbereich für einen zügigen Ausbau der A 7. Auch der Ausbau der A 20 mit der westlichen Elbquerung mit Anbindung an die Westküste bleibt für den SSW ein vorrangigeres Ziel als der Bau der Fehmarnbeltbrücke. Solange wir noch nicht einmal durchgebundene grenzüberschreitende Züge haben, solange brauchen wir uns über Luftschlösser in Form von Brücken keine Gedanken zu machen.

Unter dem Strich bleiben wir also bei unserer Einschätzung, dass die zukünftige Entwicklung zu einer weiteren Schiefelage in der regionalen Wirtschaftspolitik zulasten des Nordens führen kann. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Landesregierung den Willen und die Kraft aufbringt, ihre Wirtschaftspolitik nicht nur auf die Metropolregion und die großen Zentren um Lübeck und Kiel auszurichten, sondern dass sie auch dem **nördlichen Landesteil** ihre volle Aufmerksamkeit zukommen lässt und ihm so eine Chance gibt. Der SSW wird seine politischen Bemühungen in dieser im Übrigen auch für die Zukunft der dänischen und der friesischen Minderheit entscheidenden wirtschaftlichen Frage weiterhin forcieren. Wir würden uns über möglichst viele Bündnispartner in dieser Frage freuen.

(Lars Harms)

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dietrich Austermann das Wort. Damit steht den Fraktionen wieder jeweils ein Viertel der festgesetzten Redezeit zur Verfügung.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann sich das natürlich ganz einfach machen. Man diskutiert über einen Wirtschaftsbericht der Landesregierung, den man nicht gelesen hat, indem man eine vorbereitete Rede hält, die an den Debattenbeiträgen der anderen vorbeigeht. Zumindest habe ich die Reden des Abgeordneten Garg, des Abgeordneten Hentschel und des Abgeordneten Harms so verstanden. Sie haben alle drei offensichtlich nicht den Bericht gelesen und Sie haben bei dem, was ich gesagt habe, nicht zugehört.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich höre Ihnen immer gut zu!)

- Das muss leider deutlich gesagt werden. Sie haben nach der Strategie gefragt. Sie haben nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass unser Ziel ganz klar ist. Wir wollen die Betriebe der kleinen und **mittelständischen Wirtschaft** und Industrie durch Technologietransfer, durch Förderprogramme, die helfen, oder durch den Transfer von Wissen stärken.

Ich denke, das ist der wichtigste Punkt, wenn man sich vor Augen führt, dass die kleinen und mittleren Betriebe natürlich keine Forschungsabteilung haben, sondern dass an dieser Stelle die öffentliche Hand unterstützend tätig wird. In diese Richtung geht auch der Ausbau der Hochschulen. Das ist also ein ganz klarer Punkt.

Ich habe gesagt, wir sind für mehr **anwendungsnahe Forschung**, das heißt beispielsweise, für Fraunhofer-Institute, die dafür sorgen, und wir arbeiten dafür. Sie können sicher sein, dass im Jahre 2007 dazu entsprechende Entscheidungen auch ins Werk umgesetzt werden.

Ich habe ein neues **Konzept für Außenwirtschaft** vorgelegt, das hier in der letzten Landtagssitzung noch gefeiert wurde - offensichtlich auch vergessen.

Beim Thema **Energiepolitik**, Herr Harms, kann man sich mit dem, was man sagt, natürlich auch an die Grenze der Lächerlichkeit begeben. Sie wissen

ganz genau, dass ich in **Husum** bekannt gegeben habe - das ist gewissermaßen ein Merkstein für unsere Energiepolitik - ein Forschungsprojekt von 8 Millionen € für die Errichtung einer Forschungsplattform. Diese **Forschungsplattform** soll im Meer die Möglichkeit geben für kleine und mittlere Betriebe, ihre Arbeiten dort zu prüfen, dort etwas zu tun und es weiterzuentwickeln. Deswegen ist doch nicht gesagt, dass der Ausbau des Hafens Husum, auf den inzwischen auch die Stadtvertretung verzichtet, nur ein Schlag gegen die **Windenergie** gewesen sei. Nein, wir versuchen an der Stelle, wo Strukturen verbessert werden müssen, zu helfen, auch zugunsten der Windenergie.

Wenn wir dann sagen, wir wollen den **Messestandort** Husum ausbauen und erklären, dass wir dort eine kräftige Investition machen mit den Mitteln, die wir beim überflüssigen Ausbau des Hafens gespart haben, ist das auch Strategie. Man muss sich genau ansehen, an welcher Stelle welche Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Der **Schleswig-Holstein-Fonds** hat eine ganz klare Struktur, indem er Schwerpunkte an bestimmten Stellen setzt. Strategie bei Ansiedlungen: Wir können heute darüber reden, dass wir im letzten Jahr 2.000 Arbeitsplätze zusätzlich angesiedelt haben. Fast jeden Tag führen wir Gespräche, die Mitarbeiter im Ministerium, ich selbst auch, um neue Betriebe anzusiedeln. Als wir uns gestern über die neue Lokfabrik gefreut haben, haben wir gleichzeitig mit dem Unternehmen darüber gesprochen, wo wir an anderer Stelle etwas tun können. Wir haben eine Perspektive, und die heißt, den Unternehmen Mut machen. Das ist unsere Strategie: Den Unternehmen Mut machen und sie stärken durch Technologieunterstützung, sie zu stärken, dass sie ihre Arbeit leisten und fortführen können.

Wir haben neue Programme aufgelegt, die **Eigenkapital** ersetzen, die Eigenkapital stärken. Diese Programme wirken. Wie kann da jemand sagen, es gebe keine Strategie? Bürokratie abbauen: Da sind Maßnahmen getroffen worden. Wir haben die liberalste Vergabeordnung in Deutschland, haben die liberalste Bäderordnung in Deutschland. Ich bin gespannt, wie Ihre Position bei dem Thema ist, wenn es darum geht, das **Mittelstandsförderungsgesetz** an der Stelle zu ändern, wo es den Mittelstand belastet. Ich warte auf konkrete Anträge, einen einzigen Antrag, in dem Ihre Fraktion einmal vorschlägt, wo im Lande Bürokratie abgebaut werden kann, aber bitte konkret, nicht mit allgemeinem Blabla, sondern ganz konkret, an welcher Stelle was gemacht werden soll.

(Minister Dietrich Austermann)

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben einen ganz klaren Zeitplan zum Thema **Infrastruktur**. Ich kann Ihnen heute sagen, wann die A 20 fertig ist. Ich kann Ihnen sagen, wann die Fehmarnbelt-Querung fertig ist. Die **Fehmarnbelt-Querung** ist immerhin ein 5 Milliarden €-Projekt. Eine Investition wie diese in Zweifel zu ziehen: Der Kollege Döring, der Ministerpräsident und ich haben daran gearbeitet, haben gekämpft, wir waren noch nie so dicht an der Fehmarnbelt-Querung wie zurzeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir waren noch nie so dicht dran wie zurzeit! Wir haben mit dem Bundesverkehrsminister einen Zeitplan verabredet. Im Dezember wird entschieden, und ich gehe davon aus, es wird für Ja entschieden.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Einen kleinen Moment bitte, ich will nur den letzten Satz zu diesem Thema noch sagen.

Wir haben dafür gesorgt - auch der Kollege Döring, auch der Ministerpräsident und das ganze Landeskabinett -, dass Bewegung im Bereich der **Grenzlandzusammenarbeit** zwischen Deutschland beziehungsweise Schleswig-Holstein und Dänemark gekommen ist. Das wird von Frau Spoorendonk nicht bestritten. Sie können doch nicht sagen, wir hätten keine Strategie. Wir haben viele Baustellen, und in vielen Baustellen haben wir mit einem Schild gezeigt, in welche Richtung es ganz klar gehen soll. Bitte sehr!

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Dr. Garg, Sie erhalten jetzt das Wort für eine Zwischenfrage.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Minister Austermann, man weiß ja nie, nur fürs Protokoll: Würden Sie mir bitte sagen, wann die feste Fehmarnbelt-Querung fertig ist?

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Das kann ich Ihnen sagen. Wir werden die Entscheidung im Dezember dieses Jahres treffen, und ich gehe davon aus, dass wir im Jahre 2016 fertig sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dann als Oppositionsführer dafür sorgen, dass ich als Pensionär dazu eingeladen werde, wenn die Brücke in Betrieb genommen wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben ein klares Konzept, an welcher Stelle wir für mehr Selbstständigkeit sorgen wollen, und zwar mit einem Fonds, der Gründer unterstützt, der Ausgründungen aus Hochschulen unterstützt. Da ist nicht alles in Ordnung im Lande, an vielen Stellen muss gearbeitet werden. Viele Dinge sind gemacht worden, die wir erwähnen müssen.

Thema **EU-Programme**: Nun kann man natürlich, wenn man hier im Lande nichts zu meckern hat, sagen, das sei weltweit in Ordnung. Dann müssen Sie den Leuten die Frage erklären, wieso es bei uns besser läuft als in den 15 anderen Bundesländern, was die Beschäftigung betrifft. Wieso sind wir besser als 13 andere Bundesländer bei der Arbeitslosigkeit? Wieso haben wir seit Monaten den stärksten Rückgang bei der Arbeitslosigkeit? Wir haben alle die gleichen Bedingungen in Deutschland. Aber die Frage müssen Sie bitte vor Ihrem eigenen Gewissen beantworten, und ich denke, an der Stelle haben Sie ganz klare Defizite.

Sie können uns natürlich auch vorhalten, dass die Bundesregierung bestimmte gesetzliche Maßnahmen trifft. Wenn wir dafür auch verantwortlich sind, ist das okay, aber dann müssen Sie bitte auch unsere Entscheidung akzeptieren. Wir haben keine Verantwortung dafür, Herr Harms, dass die EU verhängt hat, dass ganz Schleswig-Holstein **Fördergebiet** wird. Ich sage aber an jeder Stelle und sage das auch hier, dass diese Landesregierung darauf achten wird, dass auch in Zukunft die schwächeren Landesteile stärker unterstützt werden als die starken Landesteile.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte abschließen. Ich gehe davon aus, das Wahlprogramm der SPD sieht genau wie das der CDU eine Priorität, und die Priorität heißt **Arbeitsplätze** oder Arbeitslosigkeit abbauen.

Ich könnte sagen, meine Strategie ist, das fortzusetzen, was wir im ersten Jahr gemacht haben. Wir haben heute 30.000 Arbeitslose weniger als am 27. April 2005. Das sind noch 139.000 zuviel, aber die Richtung ist richtig. Heute hat der Vorsitzende,

(Minister Dietrich Austermann)

der Geschäftsführer der Generaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit - früher hat man gesagt der Präsident des Landesarbeitsamtes; das war ein bisschen kürzer - an den Ministerpräsidenten geschrieben, und ich gehe davon aus, er hat auch an den Kollegen Döring geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Carstensen!

Ich möchte auf die Verabredung in unserem persönlichen Gespräch zurückkommen und Ihnen heute die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Mai 2006 darstellen. Die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein hat sich gegenüber dem April um 9.000 Personen reduziert. Das ist der größte Rückgang innerhalb eines Monats seit vielen Jahren. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind es sogar 21.000 Arbeitslose weniger. Das ist ein Minus von 13 %, das höchste von allen Bundesländern. Damit ist die niedrigste Arbeitslosenquote seit Einführung von Hartz IV erreicht ... Im Ländervergleich hat Schleswig-Holstein das Saarland überholt und liegt jetzt auf Platz fünf der Bundesländer, gemessen an der Arbeitslosenquote. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist nahezu gestoppt. Die Zahl der Ausbildungsstellen liegt um 2,5 % über der des Jahres ... im Vergleich bundesweit minus 4 %, bei uns plus 2,5 %. Allerdings steigt die Bewerberzahl erheblich. Wir haben hier Anstrengungen zu unternehmen.“

Das, was ich hier vorgelesen habe, ist unsere Zielsetzung, ist unsere Strategie.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Minister Austermann und erteile das Wort für die CDU-Fraktion noch einmal dem Herrn Abgeordneten Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat einiges deutlich gemacht, und zwar, wie ich glaube, mit der erforderlichen Deutlichkeit.

Ich will zum Kollegen Harms sagen, man kann Schwierigkeiten einer strukturschwachen Region aufzeigen, man muss aber aufpassen, dass man nicht an der Schwelle dazu steht, eine ganze Region schlecht zu reden und nur noch Negativbeispiele aufzuzeigen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Minister Austermann hat eben eine ganze Reihe von Beispielen angeführt. Ich will nur noch einmal erinnern an die Frage der **GA-Förderung**. Wenn diese Landesregierung, und zwar die gesamte Landesregierung, nicht dafür eingetreten wäre, dass der **Landesteil Schleswig** und die strukturschwachen Gebiete generell in der Förderkulisse für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geblieben wäre, dann wäre mit regionaler Wirtschaftsförderung dort in Zukunft überhaupt nichts mehr möglich gewesen. Dass die **EU** mittlerweile andere Vorgaben macht nach der Lissabon-Strategie, das ist in der Tat nicht dieser Landesregierung anzulasten. Wir treten gemeinsam dafür ein, auch gegenüber der EU, Korridore zu schaffen, um strukturschwache Regionen weiterhin nach Möglichkeit zu fördern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hentschel, für Chronisten: Sie haben angemerkt und kritisiert, dass die ttz und der Technologiebereich im Wirtschaftsbereich nicht ausföhrlich vorkommen. Wie gesagt, für Chronisten: Die ttz wurde im Jahre 2004 zur WTSH verschmolzen mit der WSH. Das war zu einer Zeit, die nicht Minister Austermann zu verantworten hat, sondern wo ich ahne und weiß, dass Sie da eine gewisse Regierungsverantwortung mit wahrgenommen haben.

Wir haben beim Kollegen Dr. Garg auch eine ganze Reihe von Negativbeispielen zum Bürokratieabbau und zu anderen Bereichen gehört, die mich ebenfalls in der Auffassung bestärken, dass er entweder den Bericht nicht gelesen oder nicht richtig ausgewertet hat. Was ich positiv sehe: Alle diese Negativbeispiele, die Sie aufgezeigt haben, Verwaltungsregionen, Kormorane, Knickerlass und Ähnliches, stammen klassischerweise nicht aus der typischen Wirtschaftspolitik, sodass ich davon ausgehe, im eigentlichen Wirtschaftsbericht selbst haben Sie solche Negativbeispiele und solchen Anlass für Kritik nicht gefunden.

Was die volkswirtschaftlich-statistische Analyse, mit der Sie die Schwarzmalerei zu Beginn Ihrer Rede unterstrichen haben, angeht: Wenn Schleswig-Holstein bei gleicher konjunktureller und weltkonjunktureller Lage im letzten Jahr im Bundesdurchschnitt überdurchschnittliche, also bessere **Wachstumsraten** beim **Bruttoinlandsprodukt** und auch bessere Raten beim **Abbau der Arbeitslosigkeit** - wie gesagt, bei gleichen Startbedingungen und im Vergleich zu allen anderen Bundesländern - zu verzeichnen hat, dann hat das meiner Überzeugung nach schon etwas mit der Stimmung in Schleswig-Holstein, mit der Landespolitik und auch mit den neuen Akzenten, die wir hier setzen, zu tun.

(Johannes Callsen)

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich will ich auf die Vorwürfe, die mir gegenüber gemacht worden sind, reagieren. Herr Callsen, ich will unsere Region nicht schlecht reden. Im Gegenteil! Wir haben immer wieder gesagt: Wir wollen die **Stärken unserer Region** fördern. Wenn es darum geht, die Stärken zu fördern, und ich sehe, dass die Landesregierung dieses nicht tut, ist es meine verdammte Pflicht, dieses hier im Landtag auch wirklich anzusprechen. Sie müssen damit leben, dass die Negativbeispiele von uns allen hier angesprochen werden. Sie haben leider Gottes ein Projekt eingedampft, von dem wir uns die Schaffung von mindestens 500 Arbeitsplätzen erhofft haben. Wir hören nun, dass wir stattdessen eine **Forschungsplattform** bekommen. Das ist wichtig und auch gut, aber nur eine Ergänzung zu dem, was wir in **Husum** als Hafenausbau hätten haben sollen. Wir erforschen jetzt, wie gut man Offshorewindenergie gewinnen kann. Die Arbeitsplätze werden dann aber in Esbjerg oder in Cuxhaven geschaffen. Das ist das, was ich bemängeln. Ich werde das auch weiterhin bemängeln.

Was die EU angeht, so ist es klar, dass die **EU** Vorgaben macht. Im Rahmen der EU-Programme - Herr Callsen, Sie haben es eben auch deutlich gemacht - kann man natürlich Schwerpunkte setzen und Korridore schaffen. Das ist auch das, was die ehemalige Landesregierung mit der **Cluster-Strategie** getan hat. Das ist das, was wir erwarten. Auch die beiden Kollegen von der FDP und den Grünen haben sich in diesem Sinne geäußert. Wir erwarten nicht nur gute Worte, sondern eine Strategie. Wir möchten, dass handfest gesagt wird, welcher Cluster im Norden gebildet wird, welche Strategie im Norden gefahren werden soll. Wir hören immer nur: Metropolregion Hamburg, Metropolregion Hamburg, Metropolregion Hamburg. Etwas Gleichartiges für unseren Norden hören wir aber nicht. Das ist etwas, was wir bemängeln.

Es gibt ja durchaus Chancen. Ich hätte mir heute gewünscht, dass gesagt worden wäre: Im Bereich des **Tourismus** schaffen wir hoch im Norden Cluster, denn in Nordfriesland gibt es einen touristischen Schwerpunkt. Auch in einer anderen strukturschwachen Region im Süden, im Ostholsteinischen,

liegt ein touristischer Schwerpunkt. Dazu hätte ich Aussagen erwartet. Diese vermisse ich. Das ist das Problem, das wir haben: Wir hören von der Landesregierung eben gerade nicht ganz konkret, welche Schwerpunkte für unsere Region gesetzt werden. Wir als Regionsvertreter des Nordens sollten uns eigentlich einig sein, dass wir von der Landesregierung mindestens das erwarten können, was ich eben angesprochen habe. Wir überweisen den Bericht jetzt an den Ausschuss. Ich gehe davon aus, dass wir zumindest die Chance bekommen, Entsprechendes noch im Ausschuss zu hören, damit man vernünftig darüber reden kann, wie man den Norden in seinen Stärken weiterentwickeln kann. Das muss Zielsetzung unserer Politik sein. Es darf nicht nur um ganz bestimmte andere Regionen gehen; wir müssen vielmehr auch den Norden weiterentwickeln.

(Beifall bei SSW und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/779, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung. Die Fraktionen haben vereinbart, die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 33 - Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein - ohne Aussprache dem Finanzausschuss zu überweisen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und dem Sozialausschuss!)

- Vielen Dank für diese Nachmeldung.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Weißbuch „Kommunikationspolitik“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/793

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich bitte daher zunächst um Abstimmung darüber, ob das Plenum diesen Bericht entgegennehmen möchte. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle Zustimmung fest.

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Ich bitte die Landesregierung um den Bericht und erteile dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Herrn Uwe Döring, das Wort.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jean-Claude Juncker hat bei der Verleihung des Karlspreises ganz treffend formuliert: Wenn wir Europa immer nur als hässliche Braut beschreiben, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Bürger der EU Europa nicht zu ihrer Herzdame erklären. - Wir waren eben schon wieder nahe daran, Europa schlechtzureden, statt die Dinge einmal umgekehrt zu sehen. Das rituelle Schlechtreden Europas ist nur ein Beleg von vielen für die gestörte Kommunikation zwischen Europa und seinen **Bürgerinnen und Bürgern**. Die dahinter stehende Frage lautet: Wie soll sich Europa eigentlich darstellen?

Die **EU-Kommission** versucht, darauf eine neue Antwort zu finden. Als Ergebnis ihrer Reflexionsphase hat sie mit dem Plan D und vor allem mit dem Weißbuch eine neue Kommunikationsstrategie formuliert. Mehr Dialog, mehr Dezentralität, mehr Bürgerorientierung - wer könnte schon dagegen sein? Leider wird dieses Bekenntnis aber nicht ausreichen, um den Verfassungsvertrag zu retten. Es wird, so fürchte ich, auch der europäischen Idee nicht zu mehr Akzeptanz verhelfen.

Das **Weißbuch** hat eine Reihe von Mängeln. Es ist unklar, wie weit die Kommission sich selbst an der notwendigen Diskussion beteiligen will. Sie will offenbar nur Stichwortgeber oder Moderator sein. Die meisten Vorschläge beschränken sich auf die üblichen Elemente einer Werbekampagne. Das ist viel zu wenig.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Insgesamt setzt das Weißbuch zu stark auf Verfahren und zu wenig auf politische Themen. So wird zum Beispiel ein **europäischer Verhaltenskodex** zur Kommunikation vorgeschlagen, nach dem sich alle Beteiligten freiwillig verpflichten sollen, gemeinsame Kommunikationsgrundsätze und -standards einzuhalten. Das offenbart übrigens einen gewissen skurrilen Ansatz von Demokratieverständnis der Kommission. Man stelle sich einmal vor, die Landesregierung würde einen solchen Verhaltenskodex zur Berichterstattung über die Landespolitik vorschlagen. Das zeigt sehr deutlich, dass dies nicht der richtige Weg sein kann.

(Beifall bei der FDP)

Noch im Juni wird der **Bundesrat** eine Stellungnahme zur EU-Kommunikationspolitik beschließen. Schleswig-Holstein hat daran maßgeblich mitgewirkt. Die grundlegenden Ziele können begrüßt werden. Die Länder verlangen aber zu Recht eine stärkere regionale Ausrichtung. So will sich die Kommission beispielsweise nur mit hohen Mindestbeiträgen an Projekten beteiligen. Die zahlreichen anderen kleinen Akteure, die wir hier im Lande haben, würden dann nicht berücksichtigt werden können. Das kann so nicht sein.

Eine zweite wichtige Forderung zielt auf die stärkere inhaltliche Beteiligung der Kommission. Sie darf nicht nur steuern, sondern muss auch selbst Farbe bekennen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Die klassischen Informations- und Werbekampagnen der letzten Jahre sind gescheitert. Der **Plan D** und das Weißbuch bringen hier leider keine qualitativen Verbesserungen. Was wir viel dringender brauchen, ist eine breite Diskussion über Umfang und Ziel der europäischen Integration und ihren Mehrwert, und zwar nicht in Brüssel, sondern vor Ort hier bei uns.

Europäische Kommunikationspolitik muss erstens die kompetente Nutzung europäischer Instrumente fördern und zweitens die Mitwirkung an Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene sichern. In Schleswig-Holstein verfahren wir bereits entsprechend dieser Schwerpunktsetzung. Mit der Unterstützung der Europa-Union und der dezentral ausgerichteten Europawoche ist unsere Informationsstrategie regional gut verankert. Hinzu kommt die enge Zusammenarbeit mit den beiden EU-Informationsstellen der Europa-Union in Kiel und der Akademie für ländliche Räume. Auch mit dem Euro-Infocenter der Investitionsbank, der WTSH, der IHK, dem Hanse-Office und vielen anderen besitzen wir eine ausgezeichnete Beratungsstruktur für die EU-Programme. Schließlich können wir auch mit der Verbesserung der Europafähigkeit einen Beitrag leisten, damit europäische Politik nicht mehr als politischer Fremdkörper wahrgenommen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Diese Ansätze gehen über das hinaus, was die Kommission in dem Weißbuch vorschlägt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr weit sogar!)

- Herr Kollege Astrup, sehr weit sogar! - Ich würde mich freuen, wenn wir uns im Europaausschuss Zeit für eine gründliche Diskussion nähmen. Die Debatte über diese Kommunikationsstrategien ist

(Minister Uwe Döring)

wichtig. Wir dürfen aber auch nicht vergessen: Europa wird sicherlich nicht an schlechter Kommunikation scheitern, sondern allenfalls an schlechter Politik.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Minister Döring für seinen Bericht, eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verlängerung der Reflexion - um weitere zwölf Monate -, Beginn der Kommunikation, Vermeidung der Frustration: Das sind die gegenwärtigen Schlagwörter innerhalb der Europäischen Union, obwohl die Europäische Union doch ein Erfolgsmodell ist. Auch die **Neuaufnahme der zehn Mitgliedstaaten** ist ein Erfolgsmodell. Auch wir in Schleswig-Holstein spüren durchaus die positiven Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union, was im vorherigen Redebeitrag gesagt worden ist, zum Beispiel bei der Entwicklung unserer **Exporte**, die über 60 % in die Länder der Europäischen Union gehen. Dennoch: Die Stimmung in der Europäischen Union ist mangelhaft. Herr Minister Döring, Sie haben darauf hingewiesen. Woher kommt das? Vielleicht auch deshalb, weil wir die Europäische Union schlecht reden.

Deshalb: Die **Kommunikation** muss her. So sagt es die Europäische Kommission. Zwei aktuelle Kommunikationspapiere der Europäischen Union beschreiben die Stimmung richtig und die Maßnahmen zur Erreichung der „Hirne und Herzen“ der Menschen in der Europäischen Union. Einmal „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ vom 13. Oktober 2005 und das Strategiepapier zur Verbesserung der Kommunikation mit dem Titel „Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik“ vom 1. Februar 2006.

Die Kommission sagt in dem **Plan D** sehr offen, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Europäische Union wieder hergestellt werden muss. Das heißt, es bestand schon einmal. Zumindest war das Vertrauen größer. Es geht um die öffentliche Zustimmung zur gegenwärtigen Europäischen Union.

Die Kommunikation der Europäischen Union mit den Bürgerinnen und Bürgern hat mit der Entwicklung der EU nicht Schritt gehalten, so die Kernaussage

im „Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik“. Das Gefühl der Entfremdung gegenüber den Brüsseler Entscheidungen muss weg.

Die Schlüsselaussage in **Teil I des Weißbuchs** ist keine neue Erkenntnis. Es heißt dort, dass die „Kommunikation zu sehr eine ‚Brüsseler Angelegenheit‘ sei, indem man sich darauf konzentriert, den Menschen zu vermitteln, was die EU leistet. Viel weniger beschäftigt man sich damit, den Menschen zuzuhören. Fazit: Entscheidend sei, dass man mehr auf Dialog statt auf einseitige Kommunikation setzt“.

Diskussion und Dialog, das sind die neuen Schlagwörter der Kommission. Eine „Europäische Sphäre“ muss geschaffen werden bis zu den regionalen und lokalen Ebenen, auf denen europäische Themen dann im Dialog übergreifen sollen. „Die Bürger möchten ein Mitspracherecht haben“, so die Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, Margot Wallström.

Auf die fünf Maßnahmen, die in dem Weißbuch erwähnt werden, um die Kommunikation zu verbessern, möchte ich nicht im Einzelnen hinweisen. Herr Minister Döring hat das im Einzelnen erwähnt. In der Tat muss auch ich sagen: Ob ein „Verhaltenskodex zur Kommunikation“, der Grundsätze und Standards für die europäische Kommunikations- und Informationsarbeit zu europäischen Themen erstellt, auf der regionalen oder der lokalen Ebene ankommt? - Zweifel sind angebracht.

Der stärkeren **Einbeziehung der Medien** wird im Weißbuch ein breiter Raum gewidmet. Ob eine eigene EU-Presenachrichtenagentur oder ein TV-Kanal zur Übertragung der Brüsseler Konferenzen der Missionsarbeit „Kommunikation“ dienlich sind, werden die Medien bewerten. Auf alle Fälle sind die Medien eingeladen, mehr über die Europäische Union zu berichten. Wir werden bei uns bald mehr EU-Parlamentarier und Kommissare zu Gesprächen haben, wenn es nach dem Weißbuch geht.

Das Papier ist zu begrüßen, keine Frage. Es lässt an Klarheit bei der Bewertung der „Kommunikationsmisere“ wie auch bei der Auflistung möglicher Maßnahmen zur Beseitigung nichts offen. Aber lange nicht alles ist neu.

Dennoch bleiben im Weißbuch viele Fragen unerwähnt: Warum sind die Leute wirklich nicht an der Europäischen Union interessiert? Warum werden Widersprüche nicht aufgeklärt, zum Beispiel beim Zugeständnis der Kommission zu einem festgelegten Beitrittsdatum, obwohl die Beitrittskriterien

(Manfred Ritzek)

nicht erfüllt worden sind? Warum wird der Begriff „europäisch“ im Vertragstext nicht endlich erläutert, um die Angst und die Furcht vor ausufernder Erweiterung zu nehmen?

Plan D und auch das Weißbuch können für uns nur Arbeitspapiere sein. Setzen wir dennoch unsere Kommunikation fort, jeder einzelne von uns, die Europa-Union, die Europaschulen und viele mehr.

Ich bitte um Kenntnisnahme des Berichts.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek.

Bevor ich das Wort wieder erteile, begrüße ich auf der Tribüne sehr herzlich unseren ehemaligen Kollegen Joachim Behm.

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Zielsetzung des so genannten Plan D oder des Weißbuchs zur Kommunikation ist schon einiges gesagt worden. Es geht um die bessere Vermittlung europäischer Inhalte, um die Aktivierung der Diskussion über, in und für Europa.

Der Minister hat angesprochen, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat eine durchaus kritische Haltung zu diesem **Plan D** äußern wird. Ich will an dieser Stelle sagen: Wir unterstützen diese Einstellung, diese Meinung zu diesem Kommunikationsstrategieentwurf sehr. Ich begrüße auch, dass wir uns heute, bevor im **Bundesrat** darüber entschieden wird, parlamentarisch dazu äußern können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Plan D würde so, wie er angelegt ist, umgehend - das kann man der EU-Kommission wohl empfehlen - einen Plan B nach sich ziehen. Er wird so nicht erfolgreich sein. Lassen Sie mich drei Punkte nennen, warum ich glaube, dass diese Strategie so, wie sie vorgelegt wird, überhaupt keine Möglichkeiten hat, wirklich realisiert zu werden.

Erster Punkt. In der Strategie wird von einer Strategie auf Dauer, also einer **langfristigen Strategie**, gesprochen. Wenn man das will - was richtig wäre -, müsste man das allerdings auch langfristig und nachhaltig finanzieren. Das ist hier überhaupt nicht der Fall. Es gibt eine Planung für 2007/2008. Dann soll es ein so genanntes Feed-back geben. Man will

schauen, was dabei herausgekommen ist. Erst dann geht es weiter. Ich verstehe nicht, wie man eine Strategie, die langfristig das Image Europas verbessern soll, mit einer so kurzfristigen finanziellen Planung versieht. Das kann, glaube ich, nichts werden.

Zweiter Punkt. Da wird in der Mitteilung für mehr **Transparenz** geworben, liebe Kolleginnen und Kollegen, und als Beispiel die Öffentlichkeit der EU-Ratssitzungen genannt. Nun weiß ich, dass es wenig gibt, was attraktiver ist als die meist sechstündigen EU-Ratssitzungen. Ich glaube, Transparenz, die überzeugen kann, kann nur darin bestehen, dass wir leichtere Antragstellungen haben, dass wir nachvollziehbare Entscheidungen und durchschaubare Strukturen haben. Das ist der Kern von Transparenz und nicht die Übertragung von sehr langen, aber sicherlich sehr wichtigen Sitzungen.

Ein dritter Aspekt. Ich möchte ihn gern mit einem Zitat beginnen, Frau Präsidentin. In der EU-Mitteilung steht:

„Plan D ist ein Instrument des Zuhörens und des Dialogs. Hierdurch beabsichtigt die Kommission, Lehren aus den Sorgen der Bürger zu ziehen, und die Mitgliedstaaten erhalten die Möglichkeit, die Sorgen ihrer Bürger in der Zeit der Reflexion zu verstehen.“

Wirklich schön gesagt. Als kirchenpolitischer Sprecher würde ich sagen: Mir kommen die Tränen. Als europapolitischer Sprecher sage ich: Das ist wirklich Lyrik at its best, sagt im Kern überhaupt nichts und hat überhaupt nichts damit zu tun, eine „Eurobarometer-Umfrage“, die damit begründet werden soll, in irgendeiner Form zu legitimieren. Dieses Barometer benötigen wir angesichts der vielfachen und ständigen Meinungsbilder in den einzelnen Staaten nun wirklich nicht. Die Gelder dafür sollten anders eingesetzt werden.

Lassen Sie mich als überzeugter Europäer - ich will es an dieser noch einmal betonen - deutlich sagen: Dieser Plan D ist weder besonders überraschend - wir wissen, dass es ein Kommunikationsproblem gibt -, noch ist er besonders einfallsreich, denn es fehlen wirklich neue Ansätze und Instrumente. Er ist nicht wirklich strategisch angelegt, denn es fehlt **Nachhaltigkeit** sowohl, was die finanziellen Mittel angeht, als auch, was die strategische Ausrichtung angeht.

Gestatten Sie mir, es an dieser Stelle etwas deutlicher zu sagen: Ich halte diesen Plan D eigentlich für überflüssig.

(Rolf Fischer)

Richtig ist: Das Gespräch über Europa und seine **Perspektiven** müssen wir immer wieder und offen-siv führen.

Welche Themen überzeugen? - Ein Ziel der Einigung Europas ist: Nationalismus und Rassismus dürfen nie wieder eine Chance bekommen, nirgend-wo in Europa. Die Friedenssicherung nach innen und außen ist ein zweites Thema. Wer in den Schulen mit den Schülerinnen und Schülern über euro-päische Themen spricht, wird feststellen, dass dies-bezüglich auch Nachfragen kommen, dass insoweit ein Interesse der jungen Leute besteht, Diskussio-nen über Europa zu führen. Dies gilt es zu transpor-tieren: Friedenssicherung nach innen und außen.

Wir meinen, wir müssen die **Problemfelder** an-sprechen. Der Herr Minister hat dies bereits getan: Wandel des Arbeitsmarktes, Notwendigkeit von Abschlüssen und Anerkennung von Ausbildungen in ganz Europa, Zukunft des Sozialstaates. Hier müssen wir Lösungen präsentieren. Das überzeugt die Menschen von Europa und nicht eine weitere bunte Broschüre.

Meine Damen und Herren, es geht um die Vielzahl unserer **regionalen Aktivitäten** - der Herr Minister hat zu Recht darauf hingewiesen - und es geht um politische Entscheidung, die nachvollzogen werden können. Das ist unsere Aufgabe. Wir werden diese Aufgabe ohne einen Plan D, ohne eine Kommuni-kationsstruktur lösen, und wir werden diese Ansät-ze im Europaausschuss weiterhin aufnehmen und fragen, wie es gelingt, Europa lebensnah und bür-gernah zu verwirklichen. Das ist unser Ziel. Das werden wir - da bin ich sicher - erreichen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abge-ordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach den gescheiterten **Volksabstimmungen** zum **EU-Verfassungsvertrag** denkt man in Brüssel über eine bessere Kommunikationspolitik nach. Liest man nun die entsprechenden Aussagen im Weißbuch über eine **europäische Kommunikationspolitik**, so fällt auf, dass dort neben einigen recht vernünftigen Überlegungen auch Selbstverständliches zu-sammengetragen wurde, und es finden sich so be-merkenswerte Formulierungen wie der Satz: „Bür-ger sollten ein Recht darauf haben, ihre Ansichten zu äußern und gehört zu werden.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Großzügig!)

Für die Volksrepublik China wäre das sicherlich ei-ne bahnbrechende Neuerung. In der Europäischen Union wirken derartige Einsichten der „Brüsseler Spitzen“ ein wenig befremdlich.

(Beifall bei der FDP)

Das einfachste und beste Rezept für eine erhöhte Zustimmung der Europäer zur Europapolitik ist die Beachtung des altbewährten Ratschlages: Tue Gutes und rede darüber. Heute Vormittag hat der Kol-lege Heiner Garg zum ersten Tagesordnungspunkt ausgeführt, dass die **EU-Verbraucherschutzpoli-tik** in vielerlei Hinsicht ein sehr gutes Politikkon-zept darstellt, das man in seiner Bedeutung für die Bürger eigentlich gar nicht hoch genug einschätzen kann. Das ist sicherlich wenig bekannt. Hier gilt al-so der Satz: Tue nicht nur Gutes, sondern rede auch mehr darüber; mache bekannt, welche Initiativen, Vorgaben und Aktivitäten auf der europäischen Ebene auf den Weg gebracht worden sind.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

Bei anderen Themen ist das aber ganz und gar nicht der Fall. Ich denke etwa an das, was vor einigen Tagen als Meldung durch die Presseagenturen ge-laufen ist: Einige Mitglieder des Europäischen Par-laments denken jetzt darüber nach, eine neue **Euro-pasteuer** auf E-Mails oder eine Steuer von 1,5 ct pro verschickter SMS einzuführen. Ich denke, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Uni-on das lesen, so trägt das nicht gerade zu einer er-höhten Begeisterung in Sachen Europa bei, sondern bewirkt vielmehr das genaue Gegenteil.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN] und Lars Harms [SSW])

Diese Beispiele machen deutlich: Grundlage für ei-ne erfolgreiche europäische Kommunikationsstrate-gie ist nun einmal, dass die Inhalte überzeugen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Überzeugen sie nicht, so hilft auch das allergrößte Bemühen um eine bessere Kommunikation nichts. Da kann man noch so viele Klimmzüge veranstal-ten und PR-Arbeit machen. Wenn die Inhalte nicht überzeugen, ist eben die Bewertung durch die Bür-ger - und zwar aus nachvollziehbaren Gründen - ei-ne eher negative.

Insoweit kommt es, wie gesagt, auf die Inhalte an. In jüngster Zeit gibt es eben positive Beispiele. Ich

(Dr. Ekkehard Klug)

denke etwa an die erfolgreiche Klage des Europäischen Parlaments vor dem Europäischen Gerichtshof, an den Beschluss des EuGH, der zur Frage der Übermittlung von Passagierdaten bei USA-Flügen das Recht der Bürger auf ihre Privatsphäre so hoch eingeschätzt hat, wie es, wie ich denke, aus demokratischen Überzeugungen heraus erforderlich ist. Wenn die **Bürger** sehen, dass ihre **Rechte**, dass der Datenschutz gewahrt wird, so ist das ein konkreter Beitrag, um eine positive Einstellung zur europäischen Politik zu begründen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu Recht verweist das Weißbuch auf die Probleme einer fehlenden **politischen Öffentlichkeit** in Europa. Nach wie vor findet der politische Diskurs im Wesentlichen im nationalstaatlichen Rahmen statt. Auch bei europäischen Themen geht es oftmals nur darum, dass darüber berichtet wird, welcher jeweilige nationale Vertreter zu europäischen Themen Stellung nimmt.

Angesichts dieser Ausgangslage ist es sicherlich sinnvoll, in Brüssel darüber nachzudenken, beispielsweise moderne **Kommunikationsmittel** wie das Internet im Sinne einer mit Dialogmöglichkeiten versehenen Website für eine stärkere Einbeziehung der Bürger in die Diskussion über Vorhaben auf der europäischen Ebene einzusetzen. Man sollte sich dabei allerdings im Klaren darüber sein, dass die schiere Größe der Europäischen Union und die geographische Verteilung der 450 Millionen Einwohner praktisch über einen ganzen Kontinent auch bestimmte Grenzen setzt. Politische Kommunikation kann in diesem Rahmen natürlich nicht so stattfinden wie in einem relativ kleinen Staat. Die Distanz zwischen den Entscheidungsträgern und dem einzelnen Bürger ist nun einmal groß.

Deshalb haben sich auch große demokratische Staaten, die vor dem gleichen Problem standen, beispielsweise die USA, zu Recht darauf eingelassen, der zentralen obersten Ebene nur begrenzte Aufgaben und Zuständigkeiten zu übertragen. Vieles wird dort auf lokaler und regionaler Ebene geregelt. Ich denke, nach diesem Grundmuster müssen wir in Zukunft auch die Aufgabenverteilung in der Europäischen Union stärker regeln. Brüssel muss in gewisser Hinsicht mehr als bisher Selbstbeschränkung bei dem üben, was im Bereich der Brüsseler Verantwortung entschieden wird. Damit würde das Gewicht der nationalen Staaten und der regionalen Ebenen entsprechend steigen. Ein Europa der Regionen wäre damit in ganz anderer Weise möglich als bisher.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort, der seine Rede gerade zu Ende schreibt.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern! hallt der Ruf, seit die Wählerinnen und Wähler in Frankreich und Holland die Verfassung gestoppt haben. Mit dem „Plan D - Demokratie, Dialog und Diskussion“ sollen die Bürger nun in eine weitreichende EU-Diskussion eingebunden werden und hinterfragen, wofür die Europäische Union da ist, wohin sie sich bewegt und wofür sie sich einsetzen sollte.

Ich habe allerdings Zweifel, ob das gelingt. Hierin bin ich mit meinen Vorrednern einig. Denn mit der „bürgernahen Sprache“ - Zitat aus dem Papier - hat das Papier selbst seine liebe Mühe. Von einer **europäischen Charta zur Kommunikation** ist dort die Rede, von Stakeholder-Foren und digital vernetzten Büchereien, die den Menschen das Gefühl der Distanz zu Brüssel nehmen sollen. Ich frage Sie: Animiert Sie das zur Diskussion? Sind Sie durch diese Debatte motiviert, sodass Sie jetzt alle für Europa stimmen?

(Rolf Fischer [SPD]: Und wie!)

- Dann haben wir ja Glück gehabt.

Meine Damen und Herren, wir - in erster Linie natürlich die europapolitischen Sprecher der Fraktionen - loben und begrüßen Europa in Sonntagsreden, im Alltag allerdings setzt sich die Politik bei jeder Gelegenheit von der Europäischen Union ab und führt Debatten darüber, was sich die Europäische Union wieder Schlimmes ausgedacht hat. Ich denke nur an unsere lebhaften Debatten über den **Naturschutz** und über die FFH- und Vogelschutzrichtlinien. Dies sind übrigens alles Richtlinien, die nicht von Grünen verabschiedet worden sind. Es waren nicht grüne, sondern es waren schwarze Mehrheiten, die diese Richtlinien in Brüssel verabredet haben. Aber nun sollen sie vor Ort umgesetzt werden, und es wird vor Ort ein Sturm der Entrüstung darüber entfacht, was alles wieder von der Europäischen Union über das Land gebracht wird.

Oder nehmen Sie ganz aktuell das **Antidiskriminierungsgesetz**. Vier Richtlinien zur Antidiskrimi-

(Karl-Martin Hentschel)

nierung hat die EU erlassen, drei hätten in Deutschland schon umgesetzt werden müssen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Was ist passiert? - CDU und - in diesem Falle - auch FDP - das muss man einmal deutlich sagen - haben dies jedes Mal blockiert und verhindert, dass es zu einer vernünftigen Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland kam.

Ich glaube, dass die EU viel Positives für die Bürger in der Europäischen Union entschieden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bei der Politik geht es übrigens nicht um Sonntagsreden - die hören die Bürger sowieso nicht -, sondern um den Alltag. Da geht es um das alltägliche Handeln, wie man sich zu dem stellt, was in der **Europäischen Union** gemacht wird und was wir selber oder die eigenen Parteikollegen beschlossen haben. Wenn man sich dazu nicht stellt und sagt, das, was man selber beschlossen hat, sei Mist, weil es von der Europäischen Union komme, und es dem Bürger vor Ort nicht mehr verkauft, dann darf man sich nicht wundern, wenn eine Stimmung aufkommt, die EU sei an allem Schuld.

Deswegen will ich Ihnen heute sagen, warum ich für Europa kämpfe. Europa hat viel für Umwelt, hat viel für Frauen, hat viel für die Antidiskriminierung und hat viel für den Verbraucherschutz getan.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa hat in den Mitgliedsländern Schritt für Schritt die Armut beseitigt. Europa hat ein Jahrtausend der Kriege und Grenzstreitigkeiten in Europa beendet und sogar langsam ein gemeinsames Bewusstsein unserer Historie und unserer Kultur geschaffen, auf das wir manchmal sogar stolz sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn ich heute durch Stockholm, durch Prag, durch Vilnius, durch London oder durch Lissabon wandle,

(Minister Uwe Döring: „Wandle“!)

dann bin ich stolz, dass ich bei allen Problemen, die wir haben, die Früchte dieser Jahrhunderte alten Kultur in Frieden und relativem Wohlstand genießen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Europa, welches wir haben, hat so eine Ausstrahlungskraft, dass immer mehr Menschen in der ganzen Welt von Asien

über Afrika bis hin zu den beiden Teilen Amerikas nach Europa blicken. Im Prozess der Europäischen Union sehen Menschen in aller Welt ein Vorbild für eine zukünftige Einigung der Welt. Ich finde, das sind wirklich gute Gründe, für Europa zu stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte am Schluss noch sagen - weil mir das gerade einfiel, habe ich eben eine Notiz gemacht, Herr Präsident; Sie haben Recht, ich will zu meiner Rede noch etwas ergänzen -: Ich glaube, wir brauchen in Europa spannende Debatten, die auf Europa konzentriert sind. Ein Problem ist, dass die Europäische Union und die Akteure der Europäischen Union nicht in den **Europawahlen** gewählt werden. Wenn es so wäre, dass wir in den Wahlen zum Europäischen Parlament gleichzeitig die Europäische Regierung, die Kommission, wählen würden und gleichzeitig den Europäischen Präsidenten wählen würden und so weiter, dann würden die Medien ganz anders auf das fokussiert sein, was sich in Europa abspielt. Dann würde das Ganze spannend werden, und dann würden sich die Bürger auch mehr damit identifizieren.

Wir brauchen also eine europäische Demokratie, wir brauchen eine europäische Kommunikation, wir brauchen eine europäische Presse. Letzteres haben wir aber nicht, solange die Masse der Journalisten in Berlin sitzt, obwohl die Entscheidungen in Brüssel getroffen werden. Die Journalisten müssen nach Brüssel und dort berichten. Dann werden wir Europa haben. Ich glaube, daran müssen wir ganz entscheidend arbeiten. Als ersten Schritt dahin brauchen wir übrigens die Verfassung. Wir brauchen auch Schritte darüber hinaus. Ich glaube auch, dass wir das schaffen werden, weil wir gar keine Alternative haben. Denn die Alternative zu Europa ist ein Rückfall Europas in ein Europa von Nationalstaaten, was wir alle nicht wollen und was ich mir nur grausam und furchtbar vorstellen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Reißt wir uns alle am Riemen, wenn wir über Europa reden!

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spooren-donk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich Mitte der 80er-Jahre erstmals die Europäische Kommission besuchte,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

- ja, ich war mit einer Gruppe dort -, sah ich einen Werbefilm der Europäischen Kommission. Er stellte die Entwicklung Europas von Karl dem Großen bis zur Gegenwart dar. Europa wurde immer zivilisierter und Gipfel der Zivilisation war die Entstehung der Europäischen Union. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man nicht für Europa werben, wobei der Begriff Europa allmählich auch mir, ich hätte fast gesagt, zum Halse heraushängt.

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

Denn Europa ist eine geographische Bezeichnung, die man geographisch einordnen kann. Vielleicht sollte man ein bisschen konkreter werden und von der Europäischen Union sprechen.

Nicht nur die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland, sondern gerade auch die erregte öffentliche Diskussion um die so genannte Dienstleistungsrichtlinie oder um die Hafens-Richtlinie der EU haben deutlich gemacht, wie groß die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union bereits geworden ist. Daher ist es im Grunde genommen zu begrüßen, dass sich die EU in einem Weißbuch mit den Defiziten ihrer **Kommunikationspolitik** beschäftigt.

Auch ich möchte aber zu bedenken geben, dass die beste Kommunikationsstrategie nun wirklich nichts nützt, wenn das politische Produkt nicht gut genug ist. Es kommt somit also nicht nur auf die Verpackung oder die Vermittlung der Brüsseler Politik an, sondern die Politik muss auch einen wirklichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger in Europa, vor Ort haben. Dabei ist es, finde ich, erst einmal lobenswert, dass die Europäische Kommission auch offen anspricht, welche Probleme es in ihrer Kommunikationspolitik bisher gegeben hat.

Weniger lobenswert - und da teile ich voll und ganz die Auffassung des Ministers - ist der Ansatz der zuständigen Kommissarin Wallström, die praktisch auch eine PR-Strategie entwirft und von einem embedded Journalismus spricht. Man will also nicht den freien, unabhängigen und kritischen Journalismus, sondern man will, dass Botschaften transportiert werden. Ich denke, so werden wir keinen Schritt weiterkommen.

(Beifall bei SSW, CDU, SPD und FDP)

Lobenswert ist wiederum, dass die EU-Kommission selbstkritisch sagt, dass sie sich in den letzten Jahren viel zu wenig damit beschäftigt hat, den Menschen zuzuhören. Die Folge ist, dass viele Menschen den Eindruck haben, dass wir kaum an der Diskussion über die **Zukunft Europas** teilnehmen dürfen oder teilnehmen können. Vor diesem Hintergrund will man dann jetzt auch - so lautet ja die Vorlage - diesen so genannten **Plan D** für Demokratie, Dialog und Diskussion in Gang setzen. Man will also den Dialog zwischen den europäischen Institutionen und den Menschen in Europa fördern. Die Europäische Kommission schlägt dann in dem Weißbuch darüber hinaus eine ganze Reihe von Initiativen vor, die diesen Dialog dann unterstützen sollen. Das sind auch alles gute Ansätze, kann man sagen. Aber im **Weißbuch** - und das ist, finde ich, interessant - wird darüber hinaus auch darauf hingewiesen, dass dieser Dialog eigentlich nur dann in Gang gebracht werden kann, wenn die nationalen und regionalen Regierungen zusammen mit den Parlamenten und Institutionen vor Ort daran mitwirken. Die EU-Kommission selbst kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Dass es so nicht laufen kann, ist natürlich ganz klar.

Hier ist, denke ich, der Punkt, wo der Landtag aus Sicht des SSW ansetzen muss. Denn genau dies gehört heute aus unserer Sicht zu den Kernaufgaben eines Parlaments. Dass die Diskussionen in der Bundesrepublik über die Zukunft Europas weiterhin nur im kleinen Kreis der Politiker, der Verwaltungsfachleute und der Experten stattfindet, ist ja auch schon mehrfach angesprochen worden und das wissen wir alle. Ich bin davon überzeugt, dass dies damit zusammenhängt, dass es in Deutschland keine Volksabstimmungen über wesentliche europäische Fragen gegeben hat und dass solche **Volksabstimmungen** auch nicht zugelassen sind.

Ich komme noch einmal mit den skandinavischen Erfahrungen mit Volksabstimmungen. Denn die zeigen nämlich ein hohes Informationsniveau und auch den Willen, EU-Fragen öffentlich zu diskutieren. Natürlich geht man bei Volksbefragungen das Risiko ein, die Abstimmung zu verlieren. Der Gewinn ist aber in jedem Fall ein Mehr an demokratischer Beteiligung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir, denke ich, ansetzen. Wir sollten diesen Dialog fördern. Ich habe es schon einmal gesagt: Auch dafür gibt es nördlich der Grenze eigentlich gute Ansätze, indem man nämlich seitens Parlament, Regierung

(Anke Spoorendonk)

und Europabewegung gemeinsam „Volksanhörungen“ durchgeführt hat und die Ergebnisse dieser Anhörungen dem Parlament mit der Bitte übergeben hat, damit weiter zu arbeiten. Es geht also nicht nur um Gesprächsrunden, sondern auch ganz klar um den Willen, in einer Anhörung konkrete Ergebnisse weiter zu vermitteln.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin, formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, ich komme zum Schluss; das werde ich tun, Herr Präsident. - Gefragt sind nicht mehr unkritische Europablütenträume, sondern wirklich auch konkrete Ansätze, und daran müssen wir uns als Landtag unabhängig von irgendwelchen Weißbüchern der EU-Kommission beteiligen.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Es ist kein Antrag gestellt worden. Mit der Berichtserstattung hat der Tagesordnungspunkt seine Erledigung gefunden. Ich stelle anheim, dass sich die Ausschüsse mit dem Bericht weiter befassen.

Trotz der fortgeschrittenen Zeit rufe ich jetzt noch Tagesordnungspunkt 17 auf - ich sehe keinen Widerspruch -:

Keine PKW-Maut auf Autobahnen

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/795

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/806

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Obwohl es noch Beratungsbedarf zwischen den Sprechern gibt, bitte ich für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Thomas Stritzl um seinen Redebeitrag.

(Zurufe)

- Wir können den Punkt auch vertagen, wenn noch Beratungsbedarf besteht.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesprächspause war notwendig, weil die Fraktionen versuchen, fraktionsübergreifend zu einem gemeinsamen Appell zu kommen. Sie haben

den Änderungsantrag der Grünen zu dem Antrag von CDU und SPD eben mit aufgerufen. Jetzt wird der Versuch unternommen - deswegen bitte ich die kurze Verzögerung zu entschuldigen -, eine gemeinsame „Überschrift“ zu finden. Denn uns alle einigt das Ziel, dass wir keine flächendeckende PKW-Maut auf deutschen Autobahnen wollen.

Hintergrund ist, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer bereits heute durch einen Mix von **staatlichen Abgaben** erheblich belastet sind. Ob Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer, Ökosteuer, KFZ-Steuer - Autofahren wird auch vor dem Hintergrund steigender Energiepreise für den viel beschriebenen so genannten Ottonormalbürger heute schon zu einer kostspieligen Angelegenheit. Dies steigert sich noch, wenn man in Betracht zieht, dass die Energiepreise weltweit weiter steigen werden und die Pendlerpauschale bis zu einer Entfernung von 20 Kilometern nach den Steuerbeschlüssen der Berliner Koalition. Wenn man dies mit in Betracht nimmt, wird erkennbar, dass die Belastungsgrenze deutlich erreicht ist, insbesondere wenn man die Entwicklung der Realeinkommen bedenkt.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Stritzl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Oppositionsführers?

Thomas Stritzl [CDU]:

Selbstverständlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich möchte gern wissen, wer die PKW-Maut will, die wir nicht wollen.

(Zuruf: Wir nicht!)

- Schön, wir wollen vieles nicht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die große Koalition will das! - Weitere Zurufe)

Präsident Martin Kayenburg:

Die Frage war dem Redner gestellt.

(Weitere Zurufe)

Thomas Stritzl [CDU]:

Sehr geehrter Herr Kubicki, es mag Ihnen vielleicht entgangen sein, dass in einer großen deutschen Boulevardpresse, wahrscheinlich der größten in Europa, am 9. Mai öffentlich Berliner Überlegungen zu diesem Thema diskutiert worden sind, und zwar über die Fraktionsgrenzen hinweg.

(Thomas Stritzl)

(Zurufe)

Sehr geehrter Herr Kubicki, Sie wissen genau wie ich, dass die Frage der Einführung einer **PKW-Maut** immer wieder diskutiert wird, immer wieder in Rede steht, übrigens über die Fraktionsgrenzen hinweg im Deutschen Bundestag. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir in der jetzigen Zeit als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sagen, was wir davon halten.

Herr Kollege Kubicki, nun können Sie die Auffassung haben, dass man Themen dieser politischen Bedeutung im Landtag nicht diskutiert. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass im Gegensatz zum amerikanischen Parlament nach unserem Parlamentsverständnis die wichtigen politischen Themen im Plenum und nicht in Arbeitskreisen besprochen werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann müssen Sie den Antrag so formulieren, dass er unmissverständlich ist! - Günter Neugebauer [SPD]: Herr Kollege, wollen Sie auf jeden Unsinn eingehen, der in dieser Zeitung steht? - Weitere Zurufe)

- Sehr geehrter Herr Kollege Neugebauer - -

(Günter Neugebauer [SPD]: Er zitiert ja eine bestimmte Zeitung!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Neugebauer, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen möchten, melden Sie sich bitte.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Kollege Neugebauer, die Frage des Herrn Oppositionsführers war, ob er etwas übersehen hätte. Ich habe die Frage mit Ja beantwortet, dass er etwas übersehen hat, und ihm auch die Quelle unter Datumsangabe genannt,

Wenn man die Steigerung der Energiepreise und die Steuerbeschlüsse der Berliner Koalition bis hin zur Streichung der Pendlerpauschale für eine Entfernung bis zu 20 Kilometern betrachtet, sieht man, dass die **Belastungsgrenzen** erreicht sind, auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Realeinkommen in Deutschland.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vor diesem Hintergrund - das ist die Überzeugung von CDU und SPD, wenn ich es richtig sehe auch der Grünen und des SSW; wenn die FDP das anders sieht, mag sie das benennen - sind wir der Auffassung, dass man allen politischen Bestrebungen ent-

gegnetreten muss, Autofahrerinnen und Autofahrer durch die technisch mittlerweile wohl unstrittig umsetzbare Einführung einer so genannten flächendeckenden PKW-Maut weiter zu belasten.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt insbesondere für ein **Flächenland** wie Schleswig-Holstein.

Sofern - das will ich als meine persönliche Meinung dazu sagen - unter dem Gesichtspunkt einer verursachergerechten Heranziehung ausländischer Verkehrsteilnehmer zu den Infrastrukturkosten eine PKW-Maut eingeführt werden sollte, müssten zuvor alle Maßnahmen auf den Tisch gelegt werden, die sicherstellen, dass inländische Verkehrsteilnehmer, inländische Autofahrerinnen und Autofahrer durch eine solche Maßnahme nicht zusätzlich belastet werden.

Nach Auffassung meiner Fraktion ist die Belastungsgrenze erreicht. Keine weiteren Belastungen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

(Zuruf: Ein Autotitan! - Weitere Zurufe)

- Zwischenrufe sind ja ganz schön, aber die Vorschusslorbeeren sollten wir unterlassen.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So ein Zwischenruf aus dem Mund eines Lübecker hat schon eine besondere Bedeutung.

Kaum ein Thema verunsichert die deutschen Autofahrer mehr als die latente Diskussion über die Einführung einer **PKW-Maut**. Kollege Kubicki, im vergangenen Jahr gab es öffentliche Überlegungen bei der CDU in Baden-Württemberg und der CSU in Bayern im Verein mit der bayerischen Bauindustrie. Auf der Verkehrsministerkonferenz in Rostock wurden nach kontroversen Diskussionen mit knapper Mehrheit sowohl streckenabhängige Autobahngebühren ähnlich der LKW-Maut als auch die Einführung von Vignetten für PKW abgelehnt.

Kaum war jedoch Ruhe eingekehrt, meldete die genannte Zeitung im April dieses Jahres unter Berufung auf Äußerungen von CDU-Fraktionschef Kauder bei einem Österreich-Besuch, dieser plane eine PKW-Maut. Im Gespräch sei eine jährliche Maut von 100 € ab 2010. Dies wurde inzwischen von der

(Bernd Schröder)

Unionsspitze zurückgewiesen, Kauder sei missverstanden worden.

In einem Artikel im Magazin „Focus“, ebenfalls im April, erhob der CSU-Haushaltsexperte Kalb die Forderung, zur ausreichenden Finanzierung des Straßenbaus nach der seit Anfang 2005 gültigen LKW-Maut auch eine **allgemeine Autobahn-Vignette** einzuführen und die Autobahnen nach österreichischem Modell zu privatisieren. Bundesverkehrsminister Tiefensee hat diesen erneuten Vorstoß aus der CSU zur Einführung einer PKW-Vignette zurückgewiesen und erklärt, dass eine PKW-Maut nicht zur Debatte stehe, da die Autofahrer insbesondere angesichts der hohen Spritpreise schon genug belastet seien.

Sie sehen also, es gibt eine ganze Reihe von Äußerungen dazu, dass so etwas kommen sollte.

Bei der SPD auf Bundesebene gibt es eine klare Beschlusslage. Auf dem Karlsruher Parteitag im vergangenen Jahr ist eine PKW-Maut abgelehnt worden. Leider konnte ein förmliches Nein im endgültigen Text der Koalitionsvereinbarung der Berliner Koalition nicht durchgesetzt werden.

Also ist es völlig korrekt, dass wir ein klares und eindeutiges Signal aus Kiel nach Berlin auf den Weg bringen: Wir wollen keine PKW-Maut!

(Beifall)

Insofern ist es auch ein gutes Zeichen, dass Stritzl und Schröder das unterschrieben haben und CDU und SPD dieses Zeichen nach Berlin senden.

Für PKWs muss die **Benutzung der Bundesfernstraßen** grundsätzlich gebührenfrei bleiben. Es stellt sich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer PKW-Maut. Ökologisch ist sie mit Sicherheit nicht. Während Autofahrer über die Mineralölsteuer nach dem Verbrauch besteuert werden und auch die KFZ-Steuer Autofahrer mit sparsamen Modellen begünstigt, werden Autobahngebühren bei der Vignetten-Lösung unabhängig vom Verbrauch erhoben und laden damit zum Vielfahren ein. Eine **Straßenbenutzungsgebühr** würde vermutlich dazu führen, dass es zu einer drastischen Verkehrsverlagerung von der Autobahn auf das nachgelagerte Straßennetz käme. Die Folge dürfte sein, dass viele PKW-Fahrer auf mautfreie Straßen ausweichen würden.

Mit diesem Problem sind wir auch bei der **LKW-Maut** konfrontiert. Wir haben das hier diskutiert. Das Problem gibt es in Erfde vielleicht nicht. Aber wir haben auf Bundesstraßen in Schleswig-Holstein große Schwierigkeiten damit. Der Wirtschaftsminister hat ja versucht, da regelnd einzugreifen.

Immer wieder kommt das Argument: Überall im Ausland müssen Deutsche Mautgebühren zahlen. Tatsache ist: Die Mehrheit der EU-Länder erhebt keine Mautgebühr auf PKW. Außerdem wird in vielen Ländern die Maut nicht vom Staat, sondern von den Betreibern erhoben, die die Autobahnen gebaut haben.

Eine Maut in Deutschland ausschließlich für ausländische Fahrzeuge müsste vorher unter rechtlichen Gesichtspunkten genau geprüft werden. Damit würde es sicherlich ausgesprochen schwierig werden.

Bevor man sich Gedanken über neue Abgaben zur Finanzierung von Straßen macht, sollten Alternativen geprüft werden.

Im Ergebnis komme ich zu dem Schluss: Die **Finanzierung des Verkehrswesens** mit Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, LKW-Maut und PPP-Modellen bei Neubau muss komplett neu überdacht werden. Sollten in Zukunft im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung andere Modelle zur Diskussion stehen, müssen diese auf alle Fälle für den Autofahrer kostenneutral funktionieren. Die Erlöse müssten in vollem Umfang dem Verkehrsbereich zufließen.

Fazit ist: Für uns kommt die Einführung einer PKW-Maut absolut nicht infrage. Wir sollten dieses Zeichen hier als Landtag gemeinsam auf den Weg bringen. Es scheitert wahrscheinlich an einem Wort. Wir wollen nämlich - dabei bleiben wir auch -, dass das flächendeckend geschieht. Aber da gibt es einen Unterschied in der Bewertung. Wir sollten alternativ abstimmen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schröder, ich wende mich jetzt an Sie, weil ich den Beitrag des Kollegen Stritzl, offen gestanden, weder inhaltlich noch akustisch richtig verstanden habe.

Wenn man es einfach formuliert - da gebe ich Ihnen völlig Recht -, dann unterschreibt man einfach den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Meinetwegen sollten wir alle sagen: Wir sind gegen eine PKW-Maut.

(Dr. Heiner Garg)

Ich würde Sie ganz herzlich darum bitten, den verquarkten Text, wer sich ihn auch immer ausgedacht hat, in dem Antrag von CDU und SPD einfach durchzulesen. Herr Astrup, auch ich habe da meine Vermutung. Was den zweiten Absatz betrifft, wundert es mich, dass Sie unterschrieben haben. Ich glaube, wir könnten schon irgendwie zusammenkommen. Die Formulierung der CDU ist nichts anderes als möglicherweise die Rechtfertigung für den Versuch, irgendwie eine PKW-Maut einzuführen. Herr Kollege Stritzl, das ist aber ein so hanebüchener Unsinn, der in dem zweiten Absatz des Antrags formuliert ist!

Ich will meine Rede abkürzen und schlage vor: Wir können alle zusammen - meinetwegen auch unter Nennung sämtlicher Fraktionssitzenden - ein wichtiges und richtiges Signal nach außen senden. Wenn man das nicht will, wie es der Kollege Schröder beschrieben hat, dann braucht man das, was davor geschrieben wurde, nicht, sondern dann reicht ein einziger Satz.

(Zuruf von der SPD: Es geht um das Wort „flächendeckend“!)

- Das muss man im Zweifel mit den Grünen noch ausmachen.

Wer wirklich die Absicht hat, wie es indirekt im zweiten Absatz steht, deutsche und andere EU-Angehörige unterschiedlich zu behandeln, sollte bedenken, dass das schon bei der LKW-Maut gescheitert ist. Ich bin davon überzeugt: Das würde auch bei einer PKW-Maut nicht klappen.

Wir wissen doch alle hier: Der ursprüngliche Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde gerade deshalb entschärft, damit EU-Angehörige in jedem EU-Staat möglichst gleichbehandelt werden.

Ich erspare mir den ganzen Rest meiner eigentlich vorbereiteten Rede, der sich auf diese wunderbare Formulierung des Antrags von CDU und SPD bezieht.

Die FDP will keine Maut für PKW auf bundesdeutschen Autobahnen, weil diese vom Steuerzahler nämlich schon zwei- und dreifach bezahlt wurden. Das können wir heute völlig problemlos in einem einzigen Satz sagen und als Landtag beschließen. Was hier sonst vorliegt, gehört wirklich in den Reißwolf, weil es nicht taugt, diese klare Absicht nach außen zu demonstrieren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der großen Koalition scheint mir nicht frei von einer gewissen Heuchelei. Die Überschrift scheint klar zu sein: Keine PKW-Maut auf Autobahnen. Das ist genau das, was wir als Antrag formuliert haben. Wir können auch gern auf das Wort „flächendeckend“ verzichten und sagen: Keine PKW-Maut. Damit bin ich einverstanden. Auch Sie? - Sie wollen auf Autobahnen wohl doch PKW-Gebühren einführen, allerdings nicht flächendeckend.

Im ersten Absatz wird die Sache relativiert. Sie sprechen sich nur noch gegen eine **flächendeckende Maut** aus. Dies soll auch nur dann gelten, wenn zusätzliche Kosten für inländische Autofahrer entstehen. Wie heißt es doch so nett im englischen Staatswappen: Ein Schelm sei, der Böses dabei denkt.

Im zweiten Absatz Ihres Antrags machen Sie eine neue geistige Kehrtwende. Da akzeptieren Sie die Maut und liefern gleich auch noch die Begründung. Es geht um die Beteiligung der ausländischen Verkehrsteilnehmer an der Finanzierung der Straßen. Für die deutschen Autofahrer soll die Maut aber kostenneutral sein. Da frage ich: Was wollen Sie denn nun tatsächlich? Dieser Antrag ist so rätselhaft wie das Orakel von Delphi.

Es ist schon erstaunlich, dass die Sau PKW-Maut von den Politikern der großen Koalition in Berlin immer wieder durchs Dorf gejagt wird. Hat das etwa den Zweck, dass die Landespolitiker der gleichen großen Koalition anschließend Anträge dagegenstellen?

Zur Sache! Eine PKW-Vignette oder PKW-Maut nur auf **Autobahnen** würde nach ADAC-Schätzungen zu massiven Ausweichverkehren auf vergleichsweise unsicheren Landstraßen führen. Die Folgen wären: 600 mehr Verkehrstote und 17.000 Verletzte pro Jahr, Staus bei Ortsdurchfahrten und mehr Lärm vor allem in der Nacht.

Was macht es für einen Sinn, Straßen, die der Steuerzahler schon bezahlt hat, anschließend für Steuerzahler zu sperren, um eine Maut einzuführen? Es ist doch viel sinnvoller, das zu tun, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich die Straßen über Benzinsteuer und Ökosteuern zu finanzieren.

(Karl-Martin Hentschel)

Das ist verbrauchergerecht. Wer wenig fährt, zahlt wenig, wer viel fährt, zahlt viel. Dann ist die Rechnung übrigens kostendeckend: Die PKWs zahlen ihren Anteil an der Straßenabnutzung. Wer seinen Anteil an der Straßenabnutzung nicht zahlt, sind die LKWs. Bei diesen liegt die Straßenabnutzung wegen der größeren Lasten übrigens zehntausendmal höher.

Das heißt: Das Problem der Straßenfinanzierung haben wir nicht im PKW-Bereich, sondern nur im LKW-Bereich. Eine PKW-Vignette oder PKW-Maut für Autobahnen wäre verkehrspolitischer Unsinn und sozial ungerecht.

Das Argument, über eine PKW-Maut **ausländische Straßenbenutzer** an den Kosten zu beteiligen, zieht nicht. Im Unterschied zum LKW, wo wir erstens erhebliche Anteile an ausländischen LKWs haben und zweitens diese ausländischen LKWs in Deutschland nicht tanken, ist es im PKW-Bereich so, dass der Anteil der Ausländer nur 5 % ausmacht, die in der Regel in Deutschland tanken, so dass wir von daher kein Finanzierungsproblem haben.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibt bei ihrer Position: Keine PKW-Maut, weder auf Autobahnen noch außerhalb. Die **Öko-steuer** ist das richtige Instrument.

Dem seltsamen Antrag von CDU und SPD können wir nicht zustimmen. Deswegen haben wir den Alternativantrag eingebracht.

Ich schlage den beiden großen Fraktionen noch einmal vor: Wenn Sie sich tatsächlich gegen eine PKW-Maut aussprechen wollen, dann unterstützen Sie bitte unseren Antrag, aus dem ich das Wort „Autobahn“ streiche. Der Antrag heißt dann nur noch: Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen eine PKW-Maut aus.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie dem zustimmen können, sind wir uns einig. Dann haben wir einen gemeinsamen Antrag. Wenn Sie dem nicht zustimmen wollen, dann haben Sie etwas anderes im Sinn. Dann werden wir uns nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Dann müssen Sie gegen den Antrag der Grünen stimmen.

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Egal, wie man darüber denkt, die PKW-Maut droht immer wieder zu kommen. Wer die maroden Staatsfinanzen betrachtet, weiß, dass sich unser Straßennetz nicht mehr ohne Weiteres finanzieren lässt. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der immer wiederkehrenden Diskussion über die PKW-Maut ist die heutige Diskussion durchaus sinnvoll. Schließlich wird auch das Land Schleswig-Holstein über den Bundesrat darüber entscheiden müssen und können, inwieweit eine PKW-Maut eingeführt und ausgestaltet wird. Zumindest droht so etwas.

Im Ziel sind wir uns alle einig: Die PKW-Maut darf nicht kommen. Und wenn sie kommt, darf sie nicht zu neuen Belastungen der INLÄNDISCHEN AUTOFÄHRER führen. Dabei sehe ich die Autofahrer nicht als eine besondere Klientel, die es zu bedienen gilt.

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Harms hat das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Für mich sind die Autofahrer vielmehr mit den normalen Steuerbürgern gleichzusetzen. Diese Steuerbürger sind in den vergangenen Jahren schon genügend geschröpft worden. Ich werde meinen Beitrag etwas abkürzen, damit die Damen und Herren sich beruhigen können. Es ist aber auch richtig und notwendig, eine Lösung dahin gehend zu finden, dass auch ausländische Verkehrsteilnehmer zur Finanzierung der Straßen in Deutschland mit herangezogen werden können. Bei der **LKW-Maut** ist man diesen Weg schon gegangen. Bei der PKW-Maut wäre dieser Weg zumindest denkbar. Wir werden es nicht von der Hand weisen können, dass diese Diskussionen immer wieder kommen werden. Daran führt kein Weg vorbei. Dem muss man sich realistisch stellen.

Trotzdem halten auch wir daran fest, dass wir eine PKW-Maut grundsätzlich ablehnen. Ich habe es schon gesagt: Es gibt viele verschiedene Bedenken, die in diesem Zusammenhang aufkommen. Wenn ich mir die beiden Anträge ansehe, dann verstehe ich den Antrag von CDU und SDP so, dass man mit ihm auf eine bestehende Diskussion über eine drohende PKW-Maut reagiert, indem man sagt: Wenn diese Maut kommt, dann soll sie nicht die Leute belasten. Ich glaube, das ist ein ehrenwerter Antrag. Vor diesem Hintergrund können wir dem Antrag

(Lars Harms)

zustimmen. Wenn ich den Antrag der Grünen sehe, dann weiß ich, dass er die wahre Lehre wiedergibt. Auch diesem Antrag können wir ohne Schwierigkeiten zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Lieber Holger, ich möchte gern einen Vorschlag machen. Warum sagen wir nicht einfach: Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen eine flächendeckende PKW-Maut auf **Autobahnen** aus? Wenn wir das Wort „flächendeckend“ in den Antrag hineinschreiben, dann hat keiner ein Problem. Es betrifft dann alle Autobahnen. Über Landstraßen und Bundesstraßen redet in dieser Frage kein Mensch. Insofern stelle ich es mir vergleichsweise einfach vor, hier zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen. Ich würde nicht gern Erbsen zählen wollen. Ich würde eher sagen: Lassen Sie uns zusammenkommen und einen gemeinsamen Beschluss fassen.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rother?

Lars Harms [SSW]:

Ja, immer her damit!

Thomas Rother [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, wie würden Sie sich denn im Zuge einer Westquerung von Hamburg mit der A 20 - falls es denn eine Brückenlösung oder gar eine Tunnellösung gibt - und einer Maut, die für diesen Autobahnabschnitt erhoben wird, zu dieser Frage stellen?

Was meinen Sie, warum ich gerade vorgeschlagen habe, das Wort „flächendeckend“ in den Antrag zu schreiben und nicht „ortsbezogen“?

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen hat ein wahrscheinlich bedeutender Journalist der „Lübecker Nachrichten“ in einem Kommentar von Kieler Folklore gesprochen. Herr Kollege Schröder, wenn wir vermeiden wollen, dass ein solcher Kommentar eine tatsächliche Be-

gründung hat, dann müssen wir Debatten der vorliegenden Art vermeiden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich will kurz sagen, warum das so ist. Ich erlebe heute, dass CDU und SPD einen gemeinsamen Antrag einbringen, von dem ich nicht genau weiß, was die Initiatoren damit erreichen wollen. Kollege Neugebauer, die von Ihnen zitierte Zeitung ist am 9. Mai erschienen. Man nennt sie „Bild-Zeitung“. Die Überschrift lautete: „Schauer-Kauder“. Das hat den Kollegen Stritzl offensichtlich veranlasst, in die Bresche zu springen und Herrn Kauder ins Kreuz zu treten, indem er uns erklärt, dass das, was Herr Kauder vorgeschlagen oder nicht vorgeschlagen hat, nicht dem Willen der CDU in Schleswig-Holstein entspricht. Die Sozialdemokraten ihrerseits wollen die Maut nun nicht mehr, sondern sie wollen sie als flächendeckende Maut nicht mehr, obwohl gerade die SPD erklärt hat was ich aus dieser Zeitung auch zitieren möchte: „Wir lehnen eine PKW-Maut ab.“

Dort steht nicht „flächendeckend“, sondern da steht, dass Sie sie schlicht ablehnen. Das ist eine schlichte Erkenntnis. Der immerhin der SPD angehörende Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee spricht von einer Phantomdiskussion, für die es keinen Anlass gibt.

Jetzt frage ich mich, was die SPD in Schleswig-Holstein vom 9. Mai bis heute veranlasst hat zu glauben, dass es einen Anlass gibt, nachdem die SPD auf Bundesebene erklärt hat, dass es keinen Anlass gibt. Was aber noch viel schöner ist, ist der Dreh, den der Kollege Stritzl, der Herr Kauder in die Wäsche treten will, findet, indem er ein Argument aufnimmt, das der CSU-Umweltexperte Göppel gegen die Vorstellung der SPD gehalten hat. Ich darf zitieren:

„Die Not zwingt uns dazu, eine PKW-Maut einzuführen. Zu viele ausländische Autofahrer nutzen unsere Straßen, ohne für die Schäden aufzukommen.“

Ich sage noch einmal: Ein bisschen mehr Nachdenken über das, was man eigentlich will, tut Not. Eine große Koalition rechtfertigt nicht alles. Entweder man ist dafür, dass man es will, oder man will es nicht. Man kann nicht in die Zeitung schreiben: Man will es eigentlich nicht, aber wenn man es doch will, dann so, dass die deutschen Autofahrer nicht belastet werden. Das ist das, was in dem Antrag der großen Koalition steht. Entweder man erklärt heute, dass es überhaupt keine Notwendigkeit gibt, über eine PKW-Maut nachzudenken, weil es

(Wolfgang Kubicki)

offensichtlich bis auf wenige Ausnahmen innerhalb der Union keinen ernsthaften Menschen gibt, der dies tut, denn auch Herr Kauder hat mittlerweile erklärt, dass dies gar nicht seine Auffassung sei, oder man erklärt: Wir wollen die Phantomdebatte vorantreiben, weil wir einen Phantomschmerz bei den Menschen auslösen wollen, die sich daran gewöhnen müssen, dass eine PKW-Maut kommt. Dann hätte diese Debatte einen Sinn. Ansonsten hat sie keinen Sinn. Man kann jetzt dem Antrag der Grünen so zustimmen, wie er ohne Begründung in einem Satz dort steht: Der Schleswig-Holsteinische Landtag will keine PKW-Maut. Noch einfacher wäre es, die beiden großen Fraktionen würden diesen Antrag schlicht und ergreifend zurückziehen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Präsident Martin Kayenburg:

Bevor ich für die Landesregierung das Wort an Herrn Minister Austermann gebe, will ich darauf hinweisen, dass der Tagesordnungspunkt 21, der heute nicht mehr aufgerufen wird, am Freitagmorgen aufgerufen wird, und zwar nach dem Tagesordnungspunkt 29. Für die Landesregierung erteile ich nunmehr dem Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Herrn Austermann, das Wort.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, dass gerade der letzte Beitrag des Abgeordneten Kubicki deutlich gemacht hat, dass es eine verwirrende Gemengelage gegeben hat und dass es deshalb angezeigt sein kann, Klarheit zu schaffen. Klarheit kann man an dieser Stelle schaffen, indem man sagt, dass man eine **zusätzliche Einnahmequelle** für den Staat aus der **PKW-Maut** nicht will. Über diese Klarheit freut sich die Landesregierung natürlich auch, wenn sie in diesem Landtag so einstimmig ist. Ich habe die Diskussion in Berlin über die letzten Jahrzehnte hinweg erlebt. Es gab immer wieder einen neuen Anlass. Wenn man sich an die Entstehung der eigentlichen **LKW-Maut** erinnert, dann wird deutlich, dass es damals darum ging, dass man der Meinung war, man bräuchte zusätzliches Geld für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen. Dieses zusätzliche Geld ist aber nicht übrig geblieben, weil der Verkehrsetat entsprechend abgesenkt wurde.

Der Abgeordnete Schröder hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Verkehrsministerkonferenz im Herbst letzten Jahres noch einmal darüber disku-

tiert hat. Hier gab es unterschiedliche Diskussionen und eine sehr knappe Abstimmung. Diese knappe Abstimmung hat bedeutet, dass nicht so ganz klar war, wohin die Tendenz langfristig oder mittelfristig geht. Auch hier war die Überlegung, dass man zusätzliches Geld für **Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen** braucht. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass frühere Bundeswirtschaftsminister - unter anderem Herrn Clement - immer wieder davon gesprochen haben, dass das Thema des Verkaufs der Autobahnen nach wie vor ein Thema ist. Der jetzige Bundesfinanzminister und frühere Wirtschaftsminister dieses Landes hat vor einiger Zeit auch davon gesprochen. Das ist noch gar nicht lange her. Diese Debatte gibt es also immer wieder.

Wenn Sie dies parteipolitisch zuordnen, so halten sich die Positionen vielleicht die Waage. Da waren unter anderem der Sozialdemokrat Steinbrück und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses von der CDU. Der baden-württembergische Verkehrsminister war dafür. Alles ging ein wenig durcheinander. Hinter allem stand die Überlegung, Geld für die Verkehrsinfrastruktur zu bekommen.

Eine nicht streckenbezogene Maut von 100 € würde bei 46 Millionen zugelassenen PKW 4,6 Milliarden € bringen. Tatsächlich werden die Autofahrer in Deutschland aber über die **Kraftfahrzeugsteuer** mit einem Milliardenbetrag gebeitelt. Die **Mineralölsteuer** macht einen zweistelligen Milliardenbetrag aus. Hinzu kommen die Ökosteuer, die **Mehrwertsteuer** sowie die **Versicherungssteuer**, die zum 1. Januar zusätzlich erhöht wird. Wenn Sie all dies addieren, kommt ein Betrag von etwa 70 Milliarden € heraus. Tatsächlich werden für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Straßenbereich 5 Milliarden €, für die gesamten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen 10 Milliarden € pro Jahr ausgegeben. Es besteht also überhaupt keine Veranlassung, darüber nachzudenken, auf diesem Weg zusätzliches Geld bereitzustellen.

Wenn man auf den Gedanken kommt, dies alles durch Einnahmen auf anderer Seite zu kompensieren, dann bringt dies unter dem Strich wieder nichts. Der Ansatz ist dann also auch falsch. Wenn man eine kilometergenaue PKW-Maut schafft, dann bringt dies zusätzliche Bürokratie und bestraft vor allem ein Flächenland mit vielen Pendlern. Es gibt allein 250.000 Menschen, die nach Hamburg fahren. An vielen anderen Stellen gibt es noch zusätzliche Ausgaben. Ich kann es kurz zusammenfassen: Die PKW-Maut ohne Kompensation ist unzumutbar. Die PKW-Maut mit Kompensation bringt nichts. Eine kilometergenaue PKW-Maut ist zwar gerechter, bringt aber neben zusätzlichen Kosten

(Minister Dietrich Austermann)

auch zusätzliche Bürokratie. Eine PKW-Maut für **ausländische Autofahrer** allein, die wünschenswert wäre, ist EU-rechtlich nicht zu machen. In diesem Sinne begrüße ich die übereinstimmende Überzeugung dieses Hauses, die sagt: Keine PKW-Maut auf Autobahnen durch die Landesregierung!

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bedanke mich und muss feststellen, dass die Redezeiten so eingehalten wurden, dass keine Mautgebühr fällig wurde. Ich frage, ob nunmehr ein gemeinsamer Antrag vorliegt? - Herr Kollege Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zwei Vorbemerkungen. Ich habe mit Interesse gehört, was der Oppositionsführer gesagt hat. Der Oppositionsführer ist offensichtlich der Auffassung, dass, wenn es politische Entwicklungsansätze gibt, die man in Berlin nicht teilt, in Kiel nicht anders entschieden werden dürfte. Ich finde das interessant. Sie sind derjenige, wenn die Berliner Koalition Mehrwertsteuererhöhungen beschließt, dann kommen Sie und sagen, im Bundesrat müsse diese Regierung dagegen stimmen.

Wenn wir im Laufe einer Diskussion, die einen politischen Willensbildungsprozess widerspiegelt, deutlich sagen, wo wir das Interesse des Landes sehen, auch der Menschen dieses Landes sehen, denn wir sind ein **Flächenstaat**, dann wird man dies doch sagen dürfen. Hätten wir es anders formuliert im Grundansatz, hätten Sie gesagt, wir würden über ein Finanzierungsinstrument streiten statt über die Sache. Deswegen haben wir nur gesagt, was wir in der Sache wollen, und die Sache ist klar: Wir wollen keine zusätzlichen Belastungen für die Autofahrerinnen und Autofahrer. Das haben wir deutlich gemacht. Ich glaube, in dem sind wir uns einig, und so kann man auch ein bisschen den Schaum aus der Diskussion nehmen.

Wir wollen den Antrag von Lars Harms aufnehmen. Er hat gesagt, er sei einverstanden mit dem Satz: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen eine flächendeckende PKW-Maut auf Autobahnen aus.“ Das flächendeckend ist begrün-

det worden. Es liegt darin, dass es eben gewisse Teilprivatisierungen geben wird. Das wissen Sie auch. Insofern wären wir vor diesem Hintergrund einverstanden, als Fraktion der CDU genau diesen Satz aufzunehmen. Es wäre dann ein Gemeinschaftsantrag von CDU, SPD und SSW, der da lautet: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen eine flächendeckende PKW-Maut auf Autobahnen aus.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir doch auch vorgeschlagen!)

- Dürfte ich dann Ihren Antrag so verstehen, dass Sie einer solchen Formulierung auch zustimmen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, aber Sie hatten eine andere Formulierung gewählt. Gut, dann sind Sie auch einverstanden. Dann hätten wir Einigkeit zwischen SPD, CDU, SSW und FDP. Ich bedanke mich für die Klarstellung.

Präsident Martin Kayenburg:

Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/795 (neu) nunmehr ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der Abgeordneten des SSW ist. Wenn das so ist, frage ich, ob wir alternativ abstimmen wollen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann stimmen wir zunächst ab über den Antrag Drucksache 16/795 (neu), wie vom Kollegen Stritzl gerade formuliert. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann stimmen wir ab über den Antrag Drucksache 16/806. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Antrag Drucksache 16/795 (neu) mit der Mehrheit des Hauses angenommen.

Ich wünsche allen einen schönen, erbaulichen Abend und hoffe, dass wir alle uns hier morgen früh um 10 Uhr pünktlich wieder sehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:13 Uhr